

ifst

Institut Finanzen und Steuern

Update Gewerbesteuer und Grundsteuer: Steuerentwicklung, Steuerwettbewerb und Reformblockaden

Prof. Dr. Uwe Wagschal

Dr. Janine v. Wolfersdorff

Dr. Kathrin Andrae

In Medienkooperation mit

**DER
BETRIEB**

Zitiervorschlag:

Autor, ifst-Schrift 508 (2016)

ISBN: 978-3-89737-167-5

15,00 Euro inkl. USt. zzgl. Versandkosten

© Institut Finanzen und Steuern e.V.

Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

In Medienkooperation mit DER BETRIEB

Einzelbezug über www.der-betrieb-shop.de/ifst

E-Mail: kundenservice@fachmedien.de

Tel.: (0800) 0001637; Fax: (0800) 0002959

Abonnenten von DER BETRIEB wird ein Rabatt in Höhe
von 20 % eingeräumt.

ifst

Institut Finanzen und Steuern

Update Gewerbesteuer und Grundsteuer: Steuerentwicklung, Steuerwettbewerb und Reformblockaden

Prof. Dr. Uwe Wagschal

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik

Dr. Janine v. Wolfersdorff

Institut Finanzen und Steuern e.V.

Dr. Kathrin Andrae

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

In Medienkooperation mit

**DER
BETRIEB**

Das Institut Finanzen und Steuern überreicht Ihnen
die ifst-Schrift 508:

Update Gewerbesteuer und Grundsteuer: Steuerentwicklung, Steuerwettbewerb und Reformblockaden

Mit ihrer Hebesatzpolitik für Gewerbe- und Grundsteuer haben die Gemeinden einen großen Einfluss auf die lokale Standortattraktivität. Ein echter Steuerwettbewerb, der tendenziell hebesatzbegrenzend wirken würde, kann auf lokaler Ebene empirisch allerdings nicht „identifiziert“ werden. In einigen Regionen sahen sich die Unternehmen so auch 2015 wieder massiven Steuererhöhungen gegenüber. Nur einzelne Gemeinden haben die Hebesätze bei der Gewerbesteuer gesenkt, der weitere Anstieg der Gewerbesteuerhebesätze – langfristiger Trend seit 1949 – scheint dagegen verfestigt. Der durchschnittliche Hebesatz liegt 2015 für Gemeinden ab 20.000 Einwohnern bei stattlichen 431 %, für Gemeinden ab 50.000 Einwohnern gar bei 448 %.

Grund für die Erhöhungen der Gewerbesteuerhebesätze sind nicht äquivalenztheoretisch fundierte Verbesserungen der Standortqualität und auch nicht die „Parteifärbung“ der Bürgermeister, sondern schlicht die Kommunalfinanzen, insbesondere die Kommunalverschuldung. Dies zeigt sich sowohl in den Daten der Finanzstatistik als auch in den empirischen Umfrageergebnissen zu Steuerentwicklung, Steuerwettbewerb und Reformblockaden bei der Gewerbesteuer, die in dieser Schrift präsentiert werden.

Nach mehreren Anläufen zu einer Reform der Kommunalfinanzen unter Abschaffung oder grundlegender Umgestaltung der Gewerbesteuer wird eine Reformfähigkeit zwar mittlerweile häufig verneint. Die Untersuchung des ifst zeigt dagegen, dass die Mehrheit der Bürgermeister durchaus einen Reformbedarf bei der Gewerbesteuer sieht! Immerhin 48 % der Kommunalvertreter sprechen sich auch für eine Angleichung der Bemessungsgrundlagen von Gewerbesteuer und Einkommen-/Körperschaftsteuer aus. Vermehrte finanzgerichtliche Verfahren zu den gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen – und damit vermehrte Risiken auch für die Kommunalfinanzen – könnten Reformwillen und Reformdruck künftig noch weiter stärken.

Institut Finanzen und Steuern

Prof. Dr. Johanna Hey

Berlin/Köln, im März 2016

Inhaltsverzeichnis

I.	„Wir schaffen das“ und die Kommunalfinanzen	13
II.	Gewerbe- und Grundsteuer als Bestandteil der deutschen Kommunalfinanzen	18
	<i>(Prof. Dr. Uwe Wagschal/Dr. Janine v. Wolfersdorff)</i>	
1.	Bedeutung von Gewerbe- und Grundsteuer für die Kommunalfinanzierung im Überblick	18
2.	Aufkommen und Rechtsentwicklung 2015	23
3.	Langfristige Aufkommensentwicklung bei der Gewerbe- und Grundsteuer	25
a.	Gewerbsteuer	25
b.	Grundsteuer	25
4.	„Sanierungsfall“: Kommunalfinanzen und die Gewerbsteuer	26
5.	Reform des kommunalen Finanzausgleichs – das Beispiel Hessen	34
III.	Umfrageergebnisse: Die Gewerbsteuer zwischen Steuerwettbewerb und Reformblockaden	37
	<i>(Prof. Dr. Uwe Wagschal/Dr. Janine v. Wolfersdorff)</i>	
1.	Generelle Einstellungen der Bürgermeister zur Gewerbsteuer	37
2.	Gewerbsteuer und Steuerwettbewerb	40
3.	Haushaltssanierung und Steuererhöhung	52
4.	Reform der Gewerbsteuer	54
IV.	Die Entwicklung der Hebesätze im Jahr 2015 im Einzelnen	63
	<i>(Dr. Kathrin Andrae)</i>	
1.	Hebesätze der Gewerbsteuer	63
a.	Gemeinden mit 50.000 Einwohnern und mehr	63
b.	Gemeinden mit 20.000 Einwohnern und mehr	68

2. Hebesätze der Grundsteuer	71
a. Gemeinden mit 50.000 Einwohnern und mehr.....	72
b. Gemeinden mit 20.000 Einwohnern und mehr.....	75
3. Vergleich der Durchschnittshebesätze der Realsteuern.....	79
a. Gemeinden ab 50.000 Einwohnern und mehr	79
b. Gemeinden ab 20.000 Einwohnern und mehr	81
Literaturhinweise	83
Tabellenanhang	87

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Entwicklung der Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B (1949 bis 2015)	14
Abb. 2: Gewerbesteuereinnahmen (netto), Kassenkredite und Finanzierungssaldo der Gemeinden/Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten) 2014, in € je Einwohner	29
Abb. 3: Ausgaben für soziale Leistungen der Gemeinden/ Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten), Durchschnitt 2010 bis 2014	30
Abb. 4: Zinsausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten), 2010 bis 2014, in Mrd. €	31
Abb. 5: Ausgaben für Sachinvestitionen der Gemeinden/ Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten), Durchschnitt für 2010 bis 2014	32
Abb. 6: Die Wichtigkeit der Gewerbesteuer in den Kommunen	38
Abb. 7: Aussagen zur Gewerbesteuer aus Sicht der Bürgermeister	39
Abb. 8: Höhe der Gewerbesteuersätze (2014) für NRW	43
Abb. 9: Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze (2003 bis 2014) für NRW	44
Abb. 10: Häufigkeit der Gewerbesteuererhöhungen	47
Abb. 11: Gründe für Gewerbesteuererhöhungen	48
Abb. 12: Motive, Umstände und Akteure der Veränderungen der Gewerbesteuer	49
Abb. 13: Rangliste der einflussreichen Akteure bei Gewerbesteueränderungen	51
Abb. 14: Alternative Einnahmemaßnahmen zur Vermeidung von Haushaltsdefiziten	52

Abb. 15: Attraktivität der Kommune bei Anhebung der Grundsteuer B	53
Abb. 16: Ursachen für das Scheitern der Gewerbesteuerreform 2011.....	56
Abb. 17: Zustimmung zu Reformbestandteilen bei der Gewerbesteuer.....	57
Abb. 18: Reformmodelle der Gewerbesteuer im Vergleich.....	61

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Struktur der kommunalen Einnahmen 2005 bis 2014, alte Bundesländer (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten), Anteil an den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes insgesamt in %	19
Tabelle 2:	Veränderung des Ist-Gewerbesteueraufkommens pro Kopf (2000 bis 2013)	23
Tabelle 3:	Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens 2010 bis 2015 . .	24
Tabelle 4:	Entwicklung des Grundsteueraufkommens 2010 bis 2015 .	24
Tabelle 5:	Aufkommensentwicklung 2014 bis 2020 – Gewerbesteuer (in Mrd. €)	25
Tabelle 6:	Aufkommensentwicklung 2014 bis 2020 – Grundsteuer (in Mrd. €)	26
Tabelle 7:	Kommunale Verschuldungsindikatoren Pro-Kopf-Verschuldung in den Bundesländern (inkl. Extrahaushalte, Zweckverbände, FEU)	33
Tabelle 8:	Reformvorschläge der Gewerbesteuer	55
Tabelle 9:	Reformvorschläge zur Gewerbesteuer im Vergleich	62
Tabelle 10:	Erhöhungen/Senkungen des Gewerbesteuerhebesatzes nach Gemeindegrößenklassen 2015	63
Tabelle 11:	Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern	64
Tabelle 12:	Streuung der Gemeinden ab 50.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Gewerbesteuer)	65
Tabelle 13:	Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ländern für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015	66
Tabelle 14:	Hebesätze der Gewerbesteuer in den Großstädten	68
Tabelle 15:	Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern	69
Tabelle 16:	Streuung der Gemeinden ab 20.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Gewerbesteuer)	69

Tabelle 17:	Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ländern für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015	71
Tabelle 18:	Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern.....	72
Tabelle 19:	Erhöhungen/Senkungen des Hebesatzes der Grundsteuer B nach Gemeindegrößenklassen.....	72
Tabelle 20:	Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer B nach Ländern für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015	73
Tabelle 21:	Streuung der Gemeinden ab 50.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Grundsteuer B)	74
Tabelle 22:	Hebesätze der Grundsteuer B in den Großstädten, aufsteigend sortiert.....	75
Tabelle 23:	Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern.....	76
Tabelle 24:	Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer B nach Ländern für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015	76
Tabelle 25:	Streuung der Gemeinden ab 20.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Grundsteuer B).....	78
Tabelle 26:	Entwicklung der Realsteuer-Hebesätze im Bundesdurchschnitt für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern. . .	79
Tabelle 27:	Vergleich der Durchschnittshebesätze nach Ländern für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach Grundsteuer B in % des Gewerbesteuerhebesatzes. . .	80
Tabelle 28:	Vergleich der Hebesätze in Großstädten, absteigend sortiert nach der Hebesatz-Differenz	81
Tabelle 29:	Entwicklung der Realsteuer-Hebesätze im Bundesdurchschnitt für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern.....	81
Tabelle 30:	Vergleich der Durchschnittshebesätze nach Ländern für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach Grundsteuer B in % des Gewerbesteuerhebesatzes. . .	82

Methodische Hinweise

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) führt in den deutschlandweit 80 Industrie- und Handelskammern jährlich eine Hebesatzumfrage für die standortpolitisch wichtigen Städte und Gemeinden durch, die im Sommer des jeweiligen Jahres im Internet veröffentlicht¹ und später in der Schriftenreihe des Instituts Finanzen und Steuern ausgewertet wird. Die Daten der DIHK-Umfrage haben den Stand 30. Juni 2015. Damit ist die ganz große Mehrheit der Hebesatzveränderungen abgedeckt, denn sie werden regelmäßig in der ersten Jahreshälfte vorgenommen.

Seit 2013 werden die Hebesätze für alle Gemeinden mit 20.000 Einwohnern und mehr erhoben. Deutschland hat im Jahr 2015 676 Städte und Gemeinden dieser Größe. Darunter waren 182 Gemeinden mit 50.000 und mehr Einwohnern. Es gibt in Deutschland 13 Großstädte ab 500.000 Einwohnern, die gesondert ausgewiesen werden.

Bei der Berechnung der gewogenen Durchschnittshebesätze werden die jeweiligen Hebesätze in beiden Berichtsjahren mit den letzten verfügbaren Einwohnerzahlen² der amtlichen Statistik gewichtet. Durch die Gewichtung der beiden Vergleichsjahre mit einem konstanten Wägungsschema wird erreicht, dass die Veränderungen der Durchschnittshebesätze allein die Entwicklung der kommunalen Hebesatzfestsetzungen widerspiegeln.

Die empirische Studie zur Einstellung der Kommunen zu Reformoptionen der Kommunalfinanzen – und hier vor allem Gewerbesteuer – basiert auf Umfrageergebnissen einer Befragung, die an sämtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von deutschen Städten über 5.000 Einwohnern adressiert war. Die Ausschöpfungsquote der 2.865 angeschriebenen Kommunen betrug 44,75 % und liegt damit über den Rücklaufquoten ähnlicher Erhebungen. Die Umfrage wurde als reine Online-Erhebung im Internet durchgeführt, wobei die Feldzeit zwischen dem 8. Dezember 2014 und dem 23. Dezember 2014 lag. In den Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, leben rund 34,2 Mio. Bürger.

¹ <http://www.dihk.de/themenfelder/recht-steuern/steuern/finanz-und-haushaltspolitik/realsteuer-hebesaetze>.

² Für 2015: Stand: 31. Dezember 2013.

I. „Wir schaffen das“ und die Kommunalfinanzen

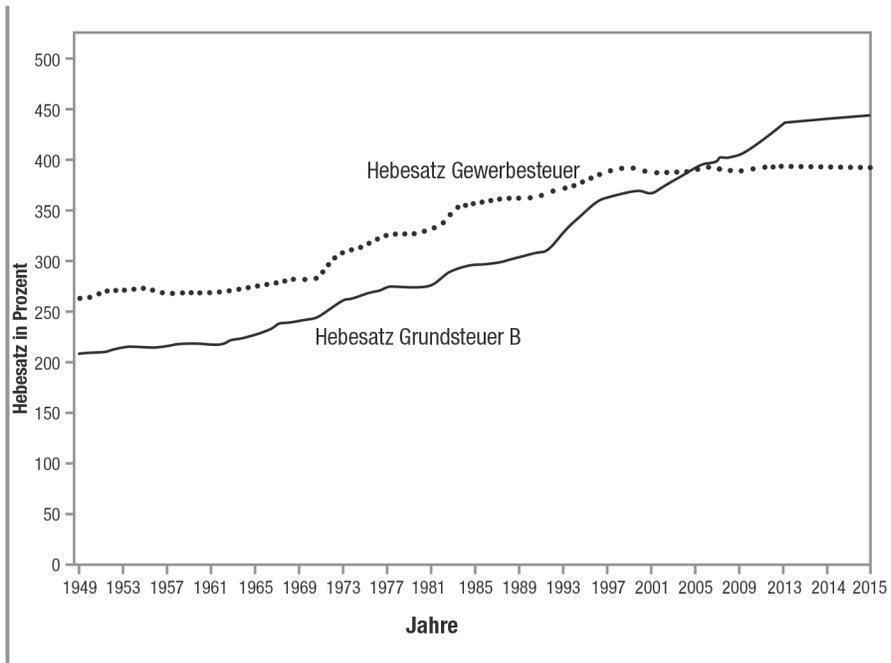
„Wir schaffen das, wenn ...“, titelte das Editorial von Helmut Dedy im Gemeindefinanzbericht 2015 des Deutschen Städtetags in Anknüpfung an Angela Merkels drei Worte der Zuversicht.³ Es geht um die Kommunalfinanzen. Der Bericht weist auf ein neuerliches finanzielles „Milliardenloch“ hin, das infolge der Flüchtlingsversorgung und -integration in den kommunalen Haushalten drohe. Selbst unter Berücksichtigung der vom Bund den Ländern bereits zugesagten Sondermittel zur Flüchtlingsversorgung beziffert der Städtetag den zusätzlichen Finanzierungsbedarf für 2016 noch auf 3 bis 5,5 Mrd. € für Länder und Kommunen. Verlässlich schätzbar ist dieser Mehrbedarf allerdings noch nicht, denn weder sind derzeit Zahlen zur weiteren Flüchtlingszuwanderung belastbar, noch ist derzeit wirklich sicher, inwieweit die Länder die in der Bund-Länder-Vereinbarung vom 24. September 2015 zugesagten Sondermittel jeweils tatsächlich an die Kommunen weiterreichen werden.⁴

Sind künftig nun also flächendeckend – und deutlicher noch als im Jahr 2015 – Hebesatzerhöhungen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B zu erwarten? Seit 1949 ist bereits ein bundesweiter Trend zu steigenden Hebesätzen auszumachen. Mit bundesdurchschnittlich plus 3 Prozentpunkten liegt der Hebesatz für Gemeinden ab 20.000 Einwohnern aktuell bei 431 %.

³ Deutscher Städtetag, Gemeindefinanzbericht 2015: Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern.

⁴ Vgl. Gemeindefinanzbericht 2015, 20.

Abb. 1: Entwicklung der Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B (1949 bis 2015)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/Steuern/Realsteuervergleich/Tabellen/ZeitreiheRealsteuern.html>; vor 1990: früheres Bundesgebiet (2015 geschätzt für den Durchschnitt aller Kommunen).

Ein Ende des „Hebesatzrends“ ist nicht in Sicht, obwohl der „Referenzhebesatz“ der Unternehmensteuerreform 2008 in Höhe von rund 400 %, für den im Idealfall bei Personengesellschaften eine volle Anrechnung auf die Einkommensteuer gelingen könnte (§ 35 EStG) und die Tarifbelastung von Kapitalgesellschaften – ohne Berücksichtigung von Hinzurechnungen – bei unter 30 % liegen würde, damit klar überschritten ist.

Die Diskussion um weitere Erhöhungen der kommunalen Hebesätze für 2016 ist so auch bereits in vollem Gange. Es gibt schon zahlreiche beschlossene Haushaltssatzungen, die Erhöhungen beinhalten, und viele regionale Ankündigen für neuerliche Hebesatzsteigerungen in 2016. Dabei stehen vor allem die Hebesätze der Grundsteuer B im Fokus, aber auch diejenigen der Gewerbesteuer. Anpassungen im kommunalen Finanzausgleich zahlreicher

Flächenländer und Erhöhungen der „fiktiven Hebesätze“ werden die Hebesatzspirale weiter nach oben „treiben“.

Ist keine Ende des Trends stetiger kommunaler Steuererhöhungen absehbar, wirft dies die Frage nach einer gesetzlichen Obergrenze auf.

Ein entsprechender gewerbsteuerlicher Höchsthebesatz – äquivalent zum Mindesthebesatz von 200 % (§ 16 Abs. 4 GewStG) – ist zwar gesetzlich noch nicht festgelegt. Das wurzelt in dem Gedanken der kommunalen Finanzhoheit, dem die Gewerbebesteuer Rechnung tragen soll, indem den Kommunen ein weiter Spielraum bei der Festlegung des Hebesatzes jenseits des gesetzlichen Mindesthebesatzes eingeräumt wird. Sie soll – äquivalenztheoretisch fundiert⁵ – eine enge Verbindung zwischen der Gemeinde und der örtlichen Industrie bewirken.⁶

Tatsächlich funktioniert der lokale Standortwettbewerb allerdings – wie in dieser Studie neben den Hebesatzentwicklungen 2015 gezeigt wird – nur in Teilen. Viele Kommunen verkennen ihre Möglichkeiten einer aktiven Steuer- und Standortpolitik, obwohl gerade bei eher finanzschwachen Kommunen ein Miteinander von Wirtschaft und Kommune gefragt wäre.⁷ Dagegen ist es ein Trugschluss, mit immer höheren Hebesätzen ein steigendes Steueraufkommen erzielen zu können; es droht ein Teufelskreis aus immer höheren Steuersätzen und immer weniger Investitionen und kommunalem Wirtschaftswachstum.

Streitanfälligkeit, Komplexität und finanzverfassungsrechtliche „Strukturfehler“ der Gewerbebesteuer⁸ haben eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen – einschließlich Gewerbebesteuer – nun mittlerweile zu einem poli-

⁵ Auch wenn das Äquivalenzprinzip nach der ausdrücklichen Verankerung der Gewerbebesteuer in Art. 106 Abs. 6 GG nicht mehr für die finanzverfassungsrechtliche Rechtfertigung der Gewerbebesteuer herangezogen werden muss, dient es doch nach wie vor als allgemeiner Ausgangspunkt für die innere Rechtfertigung der Gewerbebesteuer. Vgl. BVerfG v. 15.1.2008 – 1 BvL 2/04; *Drüen*, in Blümich, 129. Aufl. 2015, § 1 Rz.13 ff. GewStG, mit zahlreichen Nachweisen. Die sog. Fundustheorie, die ursprünglich ebenfalls als Rechtfertigung für Sonderlasten gewerblicher Betriebe diente, ist inzwischen überholt; vgl. bereits BFH v. 17.3.1960 IV 178/58 U und BFH v. 19.10.1961 – IV 213/59, jeweils m.w.N.

⁶ Vgl. die Begründung im Zweiten Steuerreformgesetz 1972, BT-Drucks. VI/3418, 51.

⁷ Vgl. hierzu auch den Bericht in der Westfalenpost vom 1.12.2015, 2.

⁸ Vgl. hierzu auch *Roser*, ifst-Schrift 497, abrufbar unter www.ifst.de.

tischen Dauerthema werden lassen. In der 17. Legislaturperiode (2009 bis 2013) wurde hierfür durch einen Kabinettsbeschluss vom 24. Februar 2010 die „Gemeindefinanzkommission“ eingesetzt. Die erste Sitzung fand im März 2010 statt, die abschließende Sitzung am 15. Juni 2011. Der Auftrag der Kommission war es, Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung zu erarbeiten, v.a. den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz zu prüfen. Dabei sollten auch Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung erarbeitet werden. Die Reformkommission scheiterte letztendlich, wenngleich in verschiedenen Arbeitsgruppen verschiedene Kompromisse erzielt werden konnten. Die Hauptaufgabe, eine Reform der Kommunalfinanzen und der Gewerbesteuer, gelang nicht. Finanziell am bedeutendsten war noch die Übernahme von Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund.

Seit 20 Jahren streitet die deutsche Politik außerdem über eine Reform der Grundsteuer.⁹ Im Sommer 2015 schien bereits eine Einigung nahe. Die Finanzministerkonferenz der Länder mit Ausnahme von Bayern hat sich nunmehr grundsätzlich auf ein Reformmodell verständigt, das sich in der weiteren Abstimmung befindet. Unter der Bedingung von Aufkommensneutralität sollen eine Bewertung des Grund und Bodens anhand der Bodenrichtwerte und eine wertorientierte Gebäudebewertung unter Berücksichtigung des Baujahrs umgesetzt werden. Angedacht ist auch eine Regelung über ein Bundesgesetz mit Öffnungsklauseln für landesspezifische Messzahlen. Bayern hält jedoch weiterhin an seinem wertunabhängigen Modell fest. Es deutet sich an, dass auch die Länder zunächst eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Bemessungsgrundlage abwarten werden,¹⁰ bevor die Reformvorstellungen endgültig festgezurr und vertiefend ausgearbeitet werden. Selbst bei zeitnaher Beschlussfassung verlangt die Umsetzung angesichts der Millionen von Steuerfällen und des notwendigen IT-Einsatzes mit zahlreichen Schnittstellen zwischen verschiedenen Verwaltungsinstitutionen einige Jahre Zeit. Vor 2020 scheint ein Inkrafttreten einer neuen Bemessungsgrundlage für die Grundsteuern ausgeschlossen.

⁹ Zu den Aufkommens- und Belastungswirkungen des diskutierten Äquivalenz-, Kombinations- und Verkehrswertmodells vgl. *Nehls/Scheffler*, ifst-Schrift 503, unter www.ifst.de.

¹⁰ Vgl. Vorlagebeschluss des BFH v. 22.10.2014 – II R 16/13, BStBl. II 2014, 957, Az. beim BVerfG 1 BvL 11/14.

Das ist nun die derzeitige Situation, die trotz bisherigen Reformscheiterns durch Unzufriedenheit seitens Kommunen wie Wirtschaft mit der Gewerbesteuer gekennzeichnet ist, zum Anlass, neben der jährlichen Analyse der Entwicklungen von Gewerbe- und Grundsteuer folgende Untersuchungsfragen empirisch zu beantworten:

- (1) *Wie ist die generelle Haltung der Städte und Gemeinden in Deutschland zur Gewerbesteuer und zu möglichen Alternativen?*
- (2) *Wie stehen die Kommunen zu Grundsteuererhöhungen?*
- (3) *(Wie) funktioniert der kommunale Standort- und Steuerwettbewerb?*
- (4) *Welche Akteure und Faktoren beeinflussen Veränderungen der Gewerbesteuer?*
- (5) *Was waren die Ursachen des Reformscheiterns der Gemeindefinanzkommission? Und wie beurteilen die Städte und Gemeinden in Deutschland dieses Ergebnis?*
- (6) *Was sind und waren die Präferenzen der Städte und Gemeinden im Hinblick auf die unterschiedlichen Reformmodelle der Gewerbesteuer?*

II. Gewerbe- und Grundsteuer als Bestandteil der deutschen Kommunalfinanzen

(Prof. Dr. Uwe Wagschal/Dr. Janine v. Wolfersdorff)

1. Bedeutung von Gewerbe- und Grundsteuer für die Kommunalfinanzierung im Überblick

Die kommunalen Einnahmen sind Teil des komplexen Steuersystems in Deutschland; sie sind im Wesentlichen durch das Verhältnis der öffentlichen Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) zueinander sowie durch die Europäische Union mitbestimmt. Zudem umfassen die Haushalte der Parafisci (v.a. die Sozialversicherungen) einen hohen Anteil (rund 45,8 %) der Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes.

Besondere Bedeutung für die Kommunalfinanzen haben die allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen der Länder und die Beteiligung der Kommunen am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern. Sie machen das Gros der Einnahmen der Kommunen aus.

Tabelle 1: Struktur der kommunalen Einnahmen 2005 bis 2014, alte Bundesländer (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten), Anteil an den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes insgesamt in %

Einnahmeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	43,8	46,1	46,1	46,7	42,8	43,1	44,3	44,7	44,0	43,9
dar.: Gewerbesteuer (netto)	18,7	21,3	21,0	20,7	17,1	18,1	19,5	19,5	18,7	18,3
Gemeindeanteil an der ESt	15,5	15,7	16,4	17,4	16,7	15,8	15,8	16,4	16,5	16,9
Gemeindeanteil an der USt	2,0	1,9	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0
Grundsteuern	7,1	6,7	6,3	6,1	6,5	6,6	6,4	6,2	6,2	6,1
Zuweisungen von Ländern	28,1	27,1	28,3	29,0	31,0	30,8	30,9	31,6	32,8	33,4
dar.: allgemeine Zuweisungen	17,7	16,8	18,1	18,7	19,7	19,2	18,9	19,1	19,4	20,1
zweckgebundene Zuweisungen	10,4	10,3	10,1	10,3	11,3	11,6	12,0	12,4	13,3	13,3
Gebühren	12,4	11,7	10,9	10,2	10,6	10,7	10,2	9,8	9,5	9,4
Sonstige Einnahmen	15,6	15,1	14,8	14,1	15,6	15,5	14,5	14,0	13,8	13,2
Einnahmen gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2015).

Die Steuerertragskompetenz (Art. 106 GG) weist den Gebietskörperschaften die Steuern nach einem Trenn- und Verbundsystem zu. Eine Besonderheit der kommunalen Finanzen ist die Trennung in einen Vermögens- und einen Verwaltungshaushalt, der jedoch durch die neu eingeführte Doppik (= Doppelte Buchführung in Konten) aufgelöst wird.¹¹ Dabei enthält der Vermögenshaushalt alle vermögenswirksamen Einnahmen oder Ausgaben der Gemeinde, wie etwa Investitionen oder den Kauf bzw. die Veräußerung von Grundstücken oder anderen Vermögenswerten. Der Verwaltungshaushalt umfasst alle periodischen Ein- und Ausgaben, wie etwa die Einnahmen aus Steuern und Gebühren, aber auch die laufenden Ausgaben für Personal, Sachaufwand, Zinsen u.ä. Der Vermögenshaushalt ist vom Umfang her deutlich kleiner als der Verwaltungshaushalt (insgesamt rund 8 % der Gesamtausgaben). Mit der Umstellung auf die Doppik im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) ändern sich auch die Begrifflichkeiten und Abgrenzungen. So heißen die zentralen Haushalte nun Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt. Außerdem wird für jede Gemeinde eine Bilanz erstellt, in der Aktiva und Passiva ausgewiesen sind. Die Daten der öffentlichen Statistik werden jedoch immer noch nach der traditionellen kamerale Abgrenzung ausgewiesen, da noch nicht alle Länder vollständig auf die Doppik umgestellt haben. Nachteilig wirken sich die parallelen Systeme auf die Qualität der Daten aus.

Die Einnahmestruktur der Kommunen im Verwaltungshaushalt ist zwischen alten und neuen Bundesländern deutlich verschieden.¹² Die Einnahmen westdeutscher Kommunen (161,9 Mrd. € in 2014) basieren hauptsächlich auf folgenden Einnahmearten:

- Steuereinnahmen (71,1 Mrd. € = 43,9 % der Gesamteinnahmen). Davon entfallen (netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) 29,6 Mrd. € (= 18,3 %) auf die Gewerbesteuer.
- Zuweisungen der Länder (54,1 Mrd. € = 33,4 % der Gesamteinnahmen)
- Gebühren (15,3 Mrd. € = 9,4 % der Gesamteinnahmen)
- Sonstige Einnahmen (21,4 Mrd. € = 13,2 % der Einnahmen). Hierzu zählen Konzessionsabgaben, Eintrittsgebühren, Zinsen, Transfereinnahmen u.a.

¹¹ Vgl. hierzu *Budäus/Hilgers/Steger*, ifst-Schrift 500, abrufbar unter www.ifst.de.

¹² Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2014).

Für die neuen Länder in Ostdeutschland sieht die Einnahmestruktur (Gesamteinnahmen = 28,1 Mrd. € in 2014) wie folgt aus:

- Steuereinnahmen (8,4 Mrd. € = 29,9 % der Gesamteinnahmen). Davon entfallen (netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) 3,5 Mrd. € (= 12,4 %) auf die Gewerbesteuer.
- Zuweisungen der Länder (14 Mrd. € = 49,7 % der Gesamteinnahmen)
- Gebühren (2,2 Mrd. € = 7,8 % der Gesamteinnahmen)
- Sonstige Einnahmen (3,6 Mrd. € = 12,6 % der Einnahmen).

Auffällig sind die geringe eigene Steuerkraft in den ostdeutschen Kommunen sowie die hohe Abhängigkeit der Zuweisungen aus den Landeshaushalten. So erreichen die ostdeutschen Kommunen nur rund 57 % der Pro-Kopf-Steuereinnahmen, die westdeutsche Kommunen erzielen. Besonders niedrig ist das Verhältnis beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, aber auch bei der Gewerbesteuer. Am höchsten liegt das Verhältnis noch beim Umsatzsteueranteil mit knapp 80 % des westdeutschen Niveaus. Diese Steuer hat zudem den Vorteil, von Jahr zu Jahr vergleichsweise wenig zu variieren. Bei den Zuweisungen liegen die ostdeutschen Kommunen jedoch noch deutlich vorn, wengleich sich hier – aufgrund des Rückgangs der Solidarpaktmittel – ein gewisser Angleichungsprozess feststellen lässt.

Den Gemeinden stehen die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer zu. Daneben erhalten sie eine 15-%-Beteiligung am Aufkommen der Einkommensteuer und eine direkte Beteiligung an der Umsatzsteuer von 2,2 % des Aufkommens. Darüber hinaus sind die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich an den Einnahmen der Länder beteiligt. Die Finanzausstattung der Kommunen ist immer wieder ein Streitthema, da einzelne Länder in der Vergangenheit versucht haben, auf Kosten der Finanzausstattung den Landeshaushalt zu konsolidieren. Bayern hat 2013 nach einem erfolgreichen Volksentscheid (über 90 % Zustimmung der Abstimmenden) die angemessene Finanzausstattung der Gemeinden sogar in der Verfassung festgeschrieben („Der Staat gewährleistet den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung“, Art. 86 Abs. 2 Bay. Verfassung). Unstrittig ist, dass kommunale Selbstverwaltung ohne die Möglichkeit der Beeinflussung von eigenen Steueraufkommen nicht möglich ist.¹³

¹³ Vgl. Bertelsmann Stiftung (2013), 70–71.

Die wichtigste Gemeindesteuer ist die Gewerbesteuer, deren Aufkommen ausschließlich den Gemeinden zusteht. Mit einem prozentualen Anteil von knapp 7 % am Gesamtsteueraufkommen im Jahr 2014 ist die Gewerbesteuer vom Aufkommen her eine mittelgroße Steuer. Jedoch ist die Gewerbesteuer für die Städte und Gemeinden die wichtigste originäre, d.h. selbst bestimm- bare, Steuer. So kommt den Gemeinden das Recht zu, die Hebesätze der Gewerbesteuer und anderer Realsteuern, wie der Grundsteuer A und B, fest- zulegen.

Die Gewerbesteuer ist überdies durch große regionale Unterschiede gekenn- zeichnet, so die Befunde des Querschnittsvergleichs über die Kommunen in den Bundesländern (vgl. die Anlagen zu dieser Schrift, S. 87 ff.). Dabei gibt es ein Ost-West-Gefälle, mit niedrigeren Hebesätzen in Ostdeutschland (Ausnahme Sachsen) sowie ein Nord-Süd-Gefälle (Ausnahme ist Schleswig- Holstein) mit niedrigeren Hebesätzen in Süddeutschland.

Neben den großen Unterschieden bei den Hebesätzen gibt es auch ähnliche Unterschiede beim (Ist-)Aufkommen der Gewerbesteuer. Insgesamt ist das Pro-Kopf-Aufkommen bei der Gewerbesteuer in Hamburg am höchsten, es ist mehr als viermal so hoch wie etwa im strukturschwachen Mecklenburg- Vorpommern. Überdies hat sich die Ungleichgewichtsdynamik seit 2000 sogar eher noch verschärft, insbesondere wenn man die absoluten Differen- zen in €/Kopf betrachtet (vgl. Tabelle 2). Je höher das Ausgangsniveau des Gewerbesteueraufkommens, desto stärker war auch der Zuwachs ($r = 0,67$) – von einem ökonomisch erwarteten „Catch-up“ kann daher nicht die Rede sein. Die Ost-West-Unterschiede in der ökonomischen Leistungsfähigkeit sind somit persistent und haben sich eher noch vergrößert.

Tabelle 2 : Veränderung des Ist-Gewerbesteueraufkommens pro Kopf
(2000 bis 2013)

Bundesland	Ist-Gewerbe- steuerauf- kommen in € (2000)	Ist-Gewerbe- steuerauf- kommen in € (2013)	Veränderung in € pro Kopf zwischen 2000 und 2013
Thüringen	103,79	297,22	+193,43
Mecklenburg- Vorpommern	115,01	252,74	+137,73
Sachsen-Anhalt	126,60	290,58	+163,98
Sachsen	134,40	325,44	+191,04
Brandenburg	143,13	296,21	+153,08
Saarland	208,94	392,82	+183,88
Schleswig-Holstein	247,65	407,99	+160,34
Berlin	261,36	403,99	+142,63
Rheinland-Pfalz	291,48	459,52	+291,48
Niedersachsen	293,47	484,67	+191,20
Bayern	367,87	653,84	+285,97
Baden-Württemberg	381,31	599,98	+218,67
Nordrhein-Westfalen	385,44	556,56	+171,12
Bremen	415,98	588,64	+172,67
Hessen	490,15	686,39	+196,23
Hamburg	764,37	1109,144	+344,77
Durchschnitt	328,37	534,19	+205,82

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015): Datengrundlage Realsteuern der Genios-Datenbank; gewogene Durchschnittssteuersätze; eigene Berechnungen.

2. Aufkommen und Rechtsentwicklung 2015

Die Gewerbesteuer ist nach der Einkommen-, der Umsatz- und der Energiesteuer die viertgrößte Einzelsteuer in Deutschland. Im Jahr 2014 betrug ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen 6,8 %. Für 2015 sagt die Steuerschätzung vom 6. November 2015 ein Aufkommen in Höhe von 45 Mrd. € voraus (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens 2010 bis 2015*

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015*
Steuereinnahmen gesamt in Mrd. €	530,6	573,4	600,0	619,7	643,6	672
Gewerbesteuereinnahmen in Mrd. €	35,7	40,4	42,3	43,0	43,8	45,0
Gewerbesteuereinnahmen in % der Steuereinnahmen gesamt	6,7	7,0	7,1	6,9	6,8	6,7
* bis 2014 Ist-Werte. 2015: Schätzung, Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Die Steuereinnahmen nach Steuerarten 2010–2014; Ergebnisse der 147. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 3.–5. November 2015, Nürnberg.						

Die Grundsteuer dagegen ist vom Aufkommen her eine der kleineren Steuern in Deutschland. Der wesentliche Teil des Grundsteueraufkommens (97 %) stammt aus der Grundsteuer B. Sie stellt trotzdem nach dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer die dritt wichtigste steuerliche Einnahmequelle der Kommunen dar. Das Aufkommen betrug 2014 12,7 Mrd. €. Am Gesamtsteueraufkommen hat die Grundsteuer einen Anteil von 2,0 %. Dieser Anteil ist relativ konstant über die Zeit (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Entwicklung des Grundsteueraufkommens 2010 bis 2015*

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015*
Steuereinnahmen gesamt in Mrd. €	530,6	573,4	600,0	619,7	643,6	672
Grundsteuer A in Mio. €	361	368	375	385	383	399
Grundsteuer B in Mio. €	10.954	11.306	11.642	11.992	12.308	12.745
Grundsteuereinnahmen gesamt in Mrd. €	11,3	11,7	12,0	12,4	12,7	13,1
Grundsteuereinnahmen in % der Steuereinnahmen gesamt	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	1,9
* bis 2014 Ist-Werte. 2015: Schätzung, Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Die Steuereinnahmen nach Steuerarten 2010–2014; Ergebnisse der 147. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 3.–5. November 2015, Nürnberg.						

Gesetzliche Änderungen hat es 2015 weder bei der Gewerbe- noch der Grundsteuer gegeben. Im Fokus stehen weiterhin Auslegungsfragen bei den gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen.

3. Langfristige Aufkommensentwicklung bei der Gewerbe- und Grundsteuer

a. Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuereinnahmen werden bis 2020 um schätzungsweise 9 Mrd. € zulegen; das ist ein Zuwachs von knapp 21 % auf dann fast 53 Mrd. € pro Jahr (vgl. Tabelle 5). 2014 lag das Aufkommen – wie beschrieben – noch bei 43,8 Mrd. €. Damit werden die Gewerbesteuereinnahmen etwas schwächer ansteigen als das gesamte Steueraufkommen in diesem Zeitraum (23,6 %).

Tabelle 5: Aufkommensentwicklung 2014 bis 2020 – Gewerbesteuer (in Mrd. €)

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Gewerbesteuer	43,8	45,0	44,4	48,7	49,9	51,3	52,9
Veränderung ggü. Vorjahr in %	1,7	2,7	-1,2	9,7	2,5	2,7	3,1
Gewerbesteuer netto	36,6	37,5	37,1	40,6	41,8	42,9	44,2
Veränderung ggü. Vorjahr	1,8	2,5	-1,2	9,6	2,8	2,7	3,1
Steueraufkommen insgesamt	643,6	671,7	686,2	717,6	744,6	769,5	795,6
Gewerbesteuer in % des Steueraufkommens	6,8	6,7	6,5	6,8	6,7	6,7	6,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Ergebnis der 147. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 3.–5. November 2015, Nürnberg.

b. Grundsteuer

Das Aufkommen der Grundsteuer entwickelt sich im Unterschied zur Gewerbesteuer im Zeitablauf kontinuierlich aufwärts. Die Steuerschätzer rechnen für die ferneren Schätzjahre mit einem stetigen Aufkommenszuwachs vor allem bei der Grundsteuer B, so dass hier im Jahr 2020 1,5 Mrd. € mehr in die kommunalen Kassen fließen sollen als noch 2014. Dieses Aufkommen wird jedoch bis 2020 gegenüber 2014 nur um 12,2 % ansteigen und damit langsamer wachsen als die Gewerbesteuer und die Gesamtsteuern (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Aufkommensentwicklung 2014 bis 2020 – Grundsteuer (in Mrd. €)

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Grundsteuer A	0,38	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Veränderung ggü. Vorjahr in %	-0,5	4,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grundsteuer B	12,3	12,7	13,0	13,2	13,4	13,6	13,8
Veränderung ggü. Vorjahr in %	2,6	3,6	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6
Steueraufkommen insgesamt	643,6	671,7	686,2	717,6	744,6	769,5	795,6
Grundsteuer B in % des Steueraufkommens insg.	1,9	1,9	1,9	1,8	1,8	1,8	1,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Ergebnis der 147. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 3.–5. November 2015, Nürnberg.

4. „Sanierungsfall“: Kommunalfinanzen und die Gewerbesteuer

Die finanzielle Lage der Gemeinden ist seit vielen Jahren ein „brennendes Thema“. Insgesamt verbuchten die Gemeinden einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte im Jahr 2014 ein Defizit von 657 Mio. €; die regionalen Unterschiede sind allerdings beträchtlich.

Insbesondere in Kommunen mit einem hohen Haushaltsdefizit wurden die Hebesätze der Gewerbesteuer stärker angehoben als in Kommunen mit guter Finanzsituation. Dies verschärft die Unterschiede in den Standortbedingungen und führte einerseits zu einem gewissen Steuerwettbewerb.¹⁴ Andererseits haben Unternehmen in „Hochsteuerkommunen“ einen komparativen Nachteil, da sie besonders stark durch die Gewerbesteuer belastet sind. Der Hebesatz stieg in den vergangenen 20 Jahren bei der Gewerbesteuer im Durchschnitt um einen Punkt jährlich, bei der „immobileren“ Grundsteuer B sogar um über 5 Punkte pro Jahr. In größeren Städten steigen diese Hebesätze sogar noch schneller an.

Die Kommunalfinanzen sind überdies einer latenten „Schwankungsgefahr“ ausgesetzt. Das liegt vor allem daran, dass die kommunalen Gewerbe-

¹⁴ In diesem Kontext ist auch die Diskussion um die Stadt Monheim in Nordrhein-Westfalen zu sehen, die durch eine starke Senkung der Gewerbesteuerhebesätze zahlreiche neue Firmen angezogen hat, vgl. dazu Abschnitt IV. 1. a., 64.

steuereinnahmen stark von der Konjunktur abhängen. So waren die Einnahmen aus der Gewerbesteuer vor allem im Zuge der Finanzkrise zunächst deutlich zurückgegangen. Ein Problem der Gewerbesteuer ist mithin aus Kommunalsicht, dass unstetige Einnahmen bei gleichzeitig stetigen Ausgaben vorliegen. Da gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen die Ausgaben für soziale Leistungen stark zunehmen, sind die Kommunen gezwungen, während Krisenzeiten ihre Investitionen zu kürzen und somit prozyklisch zu agieren. Viele Kommunen stehen zudem unter einer steigenden Belastung von Kassenkrediten,¹⁵ wodurch es zu einer Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen kommt, weil besonders finanzschwache Gemeinden – standortschädlich – überproportional die Gewerbesteuer erhöht haben. Die Schere zwischen „reichen“ und „armen“ Kommunen öffnet sich damit immer weiter.

In den meisten kommunalen Finanzausgleichsgesetzen der Länder finden sich Regelungen und Instrumente für den „Ausnahmefall“, dass Gemeinden temporär keinen Haushaltsausgleich schaffen. Aus dem Ausnahmefall ist allerdings nach und nach in vielen Regionen der Regelfall geworden. Die Schuldenlasten haben sich in den vorangegangenen Jahren trotz nach der Krise gesamtwirtschaftlich stark verbesserten Rahmenbedingungen weiter aufgebaut und schränken die Handlungsfähigkeit der betroffenen Gemeinden mittlerweile erheblich ein. Dabei gilt: Finanziell gut aufgestellte Länder haben mehr Gemeinden, denen es gut geht, und Länder mit einer schwierigen Haushaltsslage sind für mehr Kommunen verantwortlich, die ebenfalls haushaltliche Probleme haben. Zahlreiche der „notleidenden“ Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft eine Verbesserung ihrer Haushaltsslage zu erreichen.

Gemessen an dem Schuldenstand je Einwohner scheint die kommunale Verschuldung bezogen auf den öffentlichen Gesamthaushalt (Bund, Länder, Sondervermögen des Bundes sowie Gemeinden und Zweckverbände) nun zwar nicht sonderlich dramatisch zu sein, denn nur rund 7 % der Gesamtverschuldung entfällt auf die Kommunen (1.807 € je Einwohner). Diese liegt Ende 2013 in Deutschland bei 25.289 € je Einwohner. Davon entfallen weiter etwa 62 % auf den Bund (15.860 € je Einwohner), rund 31 % auf die Länder (7.755 € je Einwohner) und ein marginaler Teil auf die Sozialversicherungen (10 € je Einwohner).

¹⁵ Vgl. hierzu näher Abschnitt III. 3, 52 ff.

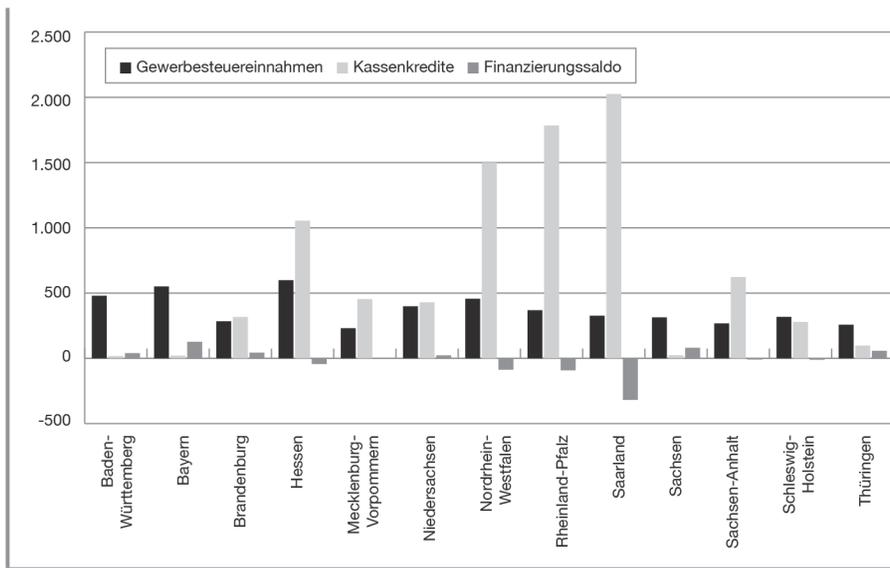
Betrachtet man die Verschuldungsentwicklung, so liegt die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen 2013 um 87 % über dem Wert von 1991 (1.807 € zu 966 €). Rechnet man die Inflation aus dem Verschuldungsanstieg heraus, dann ist die Verschuldung 2013 im Vergleich zum Basisjahr 1991 preisbereinigt um rund 27 % gestiegen, d.h. jahresdurchschnittlich um knapp 1,2 %. Dagegen hat der Bund seine Verschuldung im selben Zeitraum um rund 360 % erhöht, also mehr als viermal so viel.

Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Entwicklung der Verschuldung der kommunalen Kernhaushalte im Wesentlichen identisch zur Pro-Kopf-Entwicklung. Insgesamt fällt auf, dass für den Gesamthaushalt in Deutschland bereits seit 2003 durchgehend das Schuldenstandskriterium des Vertrages von Maastricht verletzt wird. Der Bund trägt dabei allerdings den Hauptanteil der Verschuldung. Die Kommunalverschuldung ist – gemessen in % des BIP – nahezu konstant geblieben (1991: 4,7 %; 2012: 5,1 % des BIP). Dieser Sachverhalt ist jedoch hauptsächlich ein Ergebnis der Nivelierungswirkung des hohen Aggregationsniveaus. Dagegen hat sich die Verschuldung der Länder von 11,7 % des BIP auf 24,4 % des BIP mehr als verdoppelt.

Ein zunehmend wichtiger Bestandteil der Schuldenanalyse ist die Schuldenstruktur. Auf der Ebene der Kommunen kann man nun beobachten, dass das Instrument der Kassenkredite deutlich zugenommen hat.¹⁶ Unter Kassenkrediten werden die kurzfristigen Verbindlichkeiten erfasst, die die Berichtseinheiten zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen eingehen. Sie dienen nicht der investiven Ausgabendeckung, sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung und damit der Finanzierung laufender Ausgaben. Ende 2013 liegt der Anteil der Kassenkredite an der gesamten Kommunalverschuldung im Saarland bei über 62 %, während er in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen bei etwa 50 % liegt. Eine Gruppe mit einem mittelgroßen Anteil an der Verschuldung besteht aus den drei westdeutschen Bundesländern Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie den ostdeutschen Bundesländern. Ein detaillierter Blick auf die Verschuldungsdaten zeigt, dass 94,1 % aller Kassenkredite auf die westdeutschen Bundesländer entfallen. Betrachtet man zudem die relative Bedeutung der Kassenkredite, dann macht in den westdeutschen Bundesländern der Anteil der Kassenkredite an der Gesamtheit der Verschuldung der Kernhaushalte 33 % aus.

¹⁶ Vgl. *Boettcher* (2013).

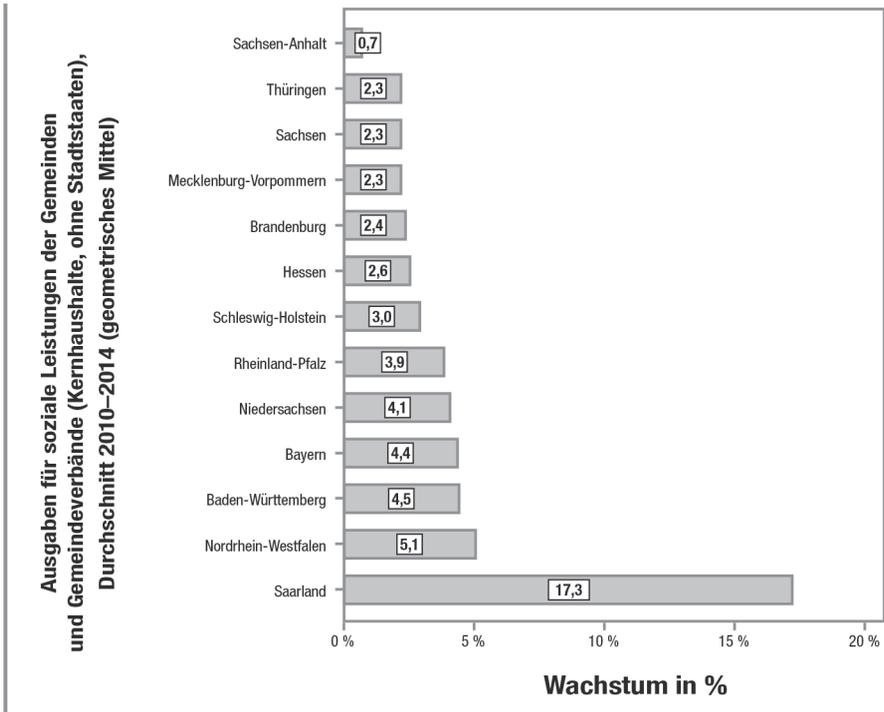
Abb. 2: Gewerbesteuereinnahmen (netto), Kassenkredite und Finanzierungssaldo der Gemeinden/Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten) 2014, in € je Einwohner



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2015).

In allen Bundesländern sind in den Kommunen die Sozialausgaben stärker angewachsen als die Investitionen, die sogar in sechs Bundesländern gekürzt wurden (vgl. Abb. 5). Am stärksten ist der Anstieg der kommunalen Sozialausgaben im Saarland und in Nordrhein-Westfalen (vgl. Abb. 3), im Saarland stiegen im Jahresdurchschnitt die Sozialausgaben um über 17 % an. Der Rückgang der Zinsausgaben (vgl. Abb. 4) konnte somit nicht zur Steigerung der Investitionen und auch nicht zum Abbau der Kommunalverschuldung genutzt werden.

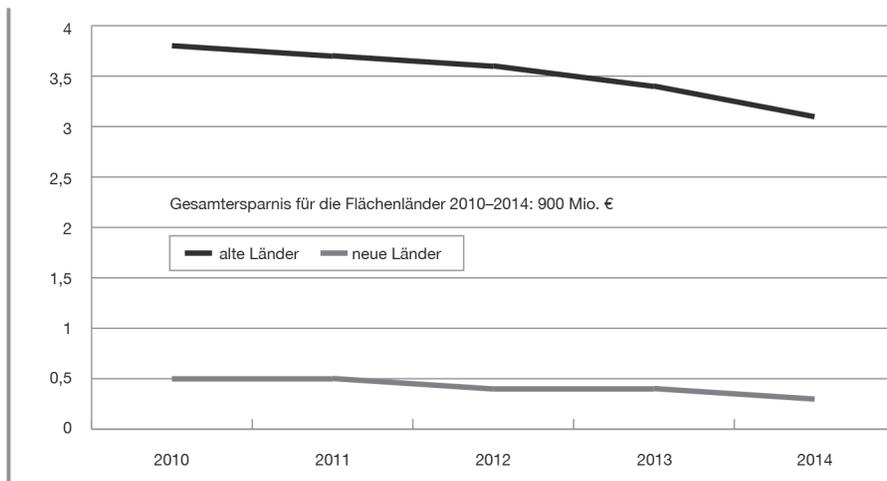
Abb. 3: Ausgaben für soziale Leistungen der Gemeinden/
Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten),
Durchschnitt 2010 bis 2014



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2015).

Während die Kommunen ähnlich wie Bund und Länder von der Niedrigzinsphase profitieren und insoweit auch ohne eigenes Zutun „sparen“, steigen auf der anderen Seite die – konsumtiven – Sozialausgaben sehr dynamisch, und zwar zu Lasten der Investitionen. Insgesamt findet somit auch eine (teilweise) Konsolidierung über Investitionsreduktionen statt.

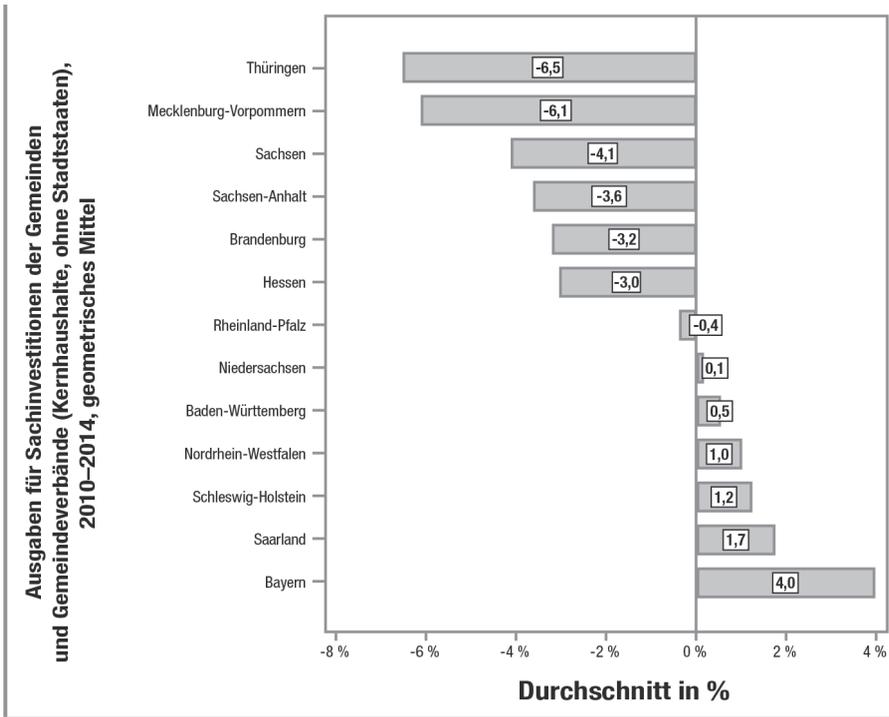
Abb. 4: Zinsausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten), 2010 bis 2014, in Mrd. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2015).

Ähnlich wie in zahlreichen Ländern findet auch in vielen Kommunen ein Werteverzehr statt. Lediglich in Bayern sind im Zeitraum von 2010 bis 2014 im Jahresdurchschnitt die Investitionen in nennenswertem Umfang angestiegen. In den ostdeutschen Bundesländern sind die kommunalen Investitionsausgaben dagegen durchweg gesunken. Auffallend ist auch der Fall Hessen, in dem als einziges westdeutsches Flächenland die Kommunen ebenfalls im Durchschnitt die Investitionen deutlich (minus drei % pro Jahr) zurückgefahren haben.

Abb. 5: Ausgaben für Sachinvestitionen der Gemeinden/
Gemeindeverbände (Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten),
Durchschnitt für 2010 bis 2014



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2015).

Insgesamt ist die Verschuldung auf kommunaler Ebene noch weitaus problematischer, als es die Daten für die Kernhaushalte suggerieren. Dies liegt an den Auslagerungen in Extrahaushalten sowie den Schulden von öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen („FEU“), die in unterschiedlichsten Rechtsformen (z.B. Eigenbetriebe, Zweckverbände) und Beteiligungsquoten geführt werden. Die Finanzstatistik hat diese Verschuldung bisher nicht systematisch ausgewiesen. Mit dem Aufbau eines konsolidierten Berichtssystems, dem „Schalenkonzept der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung“ wurde es möglich, diese zusätzliche kommunale Verschuldung zu erfassen. Das Statistische Bundesamt hat diese integrierten kommunalen Schulden nach dem Schalenkonzept erstmalig 2014 veröffentlicht.¹⁷ Dabei werden neben den Schulden der kommunalen Kernhaushalte auch die Schulden der

¹⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (2014c).

Extrahaushalte und sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, an denen die Kommunen unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, miteinbezogen und anteilig entsprechend den jeweiligen Beteiligungsverhältnissen zugerechnet.

Tabelle 7: Kommunale Verschuldungsindikatoren Pro-Kopf-Verschuldung in den Bundesländern (inkl. Extrahaushalte, Zweckverbände, FEU)

Bundesland ¹	Durchschnittliche kommunale Pro-Kopf-Verschuldung in € (inkl. Extrahaushalte, Zweckverbände, FEU) am 31.12.12 ²	Durchschnittliche kommunale Pro-Kopf-Verschuldung in € in den Kern- und Extrahaushalten (31.12.13)	Kassenkredite in € und Pro-Kopf der Kern- und Extrahaushalte (31.12.13)	Anteil der Kassenkredite an der Verschuldung des Kernhaushaltes
Schleswig-Holstein	2.175	1.442	271	18,8
Bayern	2.293	1.117	21	1,9
Sachsen	2.753	1.068	26	2,5
Baden-Württemberg	2.856	632	15	2,4
Thüringen	2.901	1.425	94	6,6
Niedersachsen	2.921	1.589	474	29,8
Brandenburg	3.050	868	322	37,1
Sachsen-Anhalt	3.678	1.394	467	33,5
Mecklenburg-Vorpommern	4.013	1.195	400	33,4
Rheinland-Pfalz	4.233	2.977	1.496	50,2
Nordrhein-Westfalen	4.426	2.859	1.439	50,3
Hessen	5.173	3.010	1.091	36,3
Saarland	6.220	3.268	1.957	59,9
Durchschnitt ³	3.468	1.807	634	35,1

Anmerkungen: Die Tabelle ist nach der Höhe der gesamten Kommunalverschuldung sortiert.

¹ Die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg werden in den amtlichen Finanzstatistiken nicht der kommunalen, sondern der staatlichen Ebene zugeordnet.

² Schulden je Einwohner als Summe aus Wertpapierschulden, Kassenkrediten und Krediten beim nicht-öffentlichen Bereich am 31. Dezember 2012, bezogen auf die Einwohnerzahl (auf Basis des Zensus 2011) zum 30. Juni 2012.

³ Schulden des öffentlichen Bereichs (ohne private Anteile) am 31. Dezember 2012, bezogen auf die Einwohnerzahl des Bundeslandes.

Die Daten in Spalte 1 in Tabelle 7 zeigen dabei – im Aggregat – ein deutlich höheres Verschuldungsniveau der kommunalen Ebene. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt im Bundesdurchschnitt von 1.810 € (Stand: 1.807 € zum Zeitpunkt 31.12.2013) um knapp das Doppelte auf 3.468 €. An der Spitze des kommunalen Verschuldungsrankings liegen bei dieser weiter gefassten Betrachtung Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und das Saarland, während eine niedrige kommunale Verschuldung in Schleswig-Holstein, Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg zu beobachten ist.

5. Reform des kommunalen Finanzausgleichs – das Beispiel Hessen

Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden ist in allen Flächenländern auch Aufgabe des Kommunalen Finanzausgleiches (KFA). Für die Zuweisungen innerhalb des KFA ist die Steuerkraft der jeweiligen Gemeinde ausschlaggebend. Hierbei spielen auch die Hebesätze für die Gewerbe- und die Grundsteuer eine Rolle. Technisch wird im KFA ein einheitlicher Hebesatz zugrunde gelegt, der sog. Nivellierungshebesatz. Die mittels Nivellierungshebesatz berechnete Steuerkraft weicht umso mehr von der tatsächlichen Steuerkraft einer Gemeinde ab, je größer die Differenz zwischen dem jeweiligen kommunalen Hebesatz und dem Nivellierungshebesatz ist. Für Städte und Gemeinden mit Hebesätzen über dem jeweiligen Nivellierungshebesatz liegt das fiktive Steueraufkommen unter dem tatsächlichen. Die betreffende Gemeinde erscheint „ärmer“, als sie ist, und bekommt damit höhere Schlüsselzuweisungen aus dem KFA. Gemeinden mit Hebesätzen jeweils unter dem Nivellierungshebesatz werden mit einer fiktiven Steuerkraft ausgestattet, die höher als die tatsächliche ist. Die „reichere“ Gemeinde erhält dadurch geringere Schlüsselzuweisungen aus dem KFA. Damit entsteht ein Anreiz für die unter dem Nivellierungshebesatz liegenden Kommunen, ihre Hebesätze nach oben anzupassen.

Welche Wirkung dieser Anreiz entfaltet, ist auch abhängig davon, wie die Nivellierungshebesätze festgelegt werden. Eine Ableitung vom Landesdurchschnitt lässt durch stetig steigende Durchschnitte stärkere Anreize vermuten als die diskretionäre Festlegung. Hier ist deshalb eine Hebesatzspirale wahrscheinlicher als bei einem exogen festgelegten Nivellierungshebesatz. Zumindest besteht in dem System der kommunalen Finanzausgleichssysteme ein eingebauter Mechanismus für Hebesatzsteigerungen.

Lenk et. al¹⁸ haben in einer Studie für die Jahre 2000 bis 2011 bei der Grundsteuer B für die Ableitung von Nivellierungshebesätzen vom Landesdurchschnitt zwar noch keine Hebesatzspirale festgestellt. Danach zeigten in diesem Zeitraum die Länder, in denen ein Landesdurchschnitt zum Einsatz kam, keine höhere Hebesatzdynamik als Länder mit einem fixen und nur diskretionär angepassten Nivellierungshebesatz. Für die Gewerbesteuer stellte die Studie durchaus Unterschiede in der Hebesatzentwicklung fest, die die Theorie der Hebesatzspirale stützt.

Nach 2011 hat sich die Hebesatzwelt indes deutlich verändert. Die Realsteuerhebesätze steigen seit 2012 in den Flächenländern jedes Jahr stark an. Im Zuge der kommunalen Sanierungs- und Konsolidierungsprogramme der meisten Flächenländer ist neben den Automatismen des KFA der Druck zu stetig steigenden Hebesätzen auch eine Folge der jeweiligen Landesauflagen. Zwischen den Flächenländern gibt es dabei erhebliche Unterschiede in den Vorgaben, die den Kommunen bei der Haushaltsaufstellung gemacht werden. Nordrhein-Westfalen sticht dabei besonders hervor. Seit Mitte der 90er-Jahre werden die Nivellierungshebesätze in Nordrhein-Westfalen als gewogene Durchschnitthebesätze berechnet und lösen durch Hebesatzerhöhungen gerade in den Stärkungspakt-Kommunen einen ständigen Kreislauf nach oben aus.¹⁹ Als Folge dessen liegt Nordrhein-Westfalen mit seinem gewogenen Landesdurchschnitt für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern unangefochten an der Spitze aller Flächenländer – mit einer kräftigen Steigerung jedes Jahr – und verzeichnet vor allem bei der Grundsteuer B eine sehr hohe Steigerung beim gewogenen Landesdurchschnitt. Zwischen Hessen, das seine Nivellierungshebesätze unabhängig vom Landesdurchschnitt ableitet, und Nordrhein-Westfalen liegen 2015 schon 76 Prozentpunkte Abstand bei der Grundsteuer B. Bei der Gewerbesteuer sind es 54 Prozentpunkte Unterschied.

In Hessen ist jedoch eine neue Hebesatzdynamik zu erwarten, denn nach einem Urteil des hessischen Landesverfassungsgerichts aus 2013 wird in Hessen eine Neuregelung des KFA notwendig. Im Kern geht es um die angemessene Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs. Aus diesem Bedarf ist unter Berücksichtigung der eigenen Einnahmen der Kommunen und bislang nicht genutzter Einnahmepotenziale die erforderliche Finanzausstattung abzuleiten. Diese Ausstattung ist den hessischen Kommunen vom Land

¹⁸ Lenk/Hesse/Lück (2013).

¹⁹ Zur den einzelnen Programmen der Flächenländer vgl. *Andrae* (2015).

zu gewährleisten. Damit muss auch in Hessen – wie bereits z.B. in Thüringen – ein Systemwechsel vollzogen werden: weg vom bisherigen Verbundansatz mit pauschalen Schlüsselzuweisungen hin zu einem System, das den Bedarf der Kommunen ermittelt und dann bei diesen für eine auskömmliche Finanzierung sorgt.

Aus Perspektive der Wirtschaft bedeutet das neue Finanzausgleichsmodell für die Kommunen und Kreise insgesamt eine Verbesserung gegenüber der alten Regelung. Den Kommunen wird mittel- und langfristig eine Mindestfinanzausstattung in Höhe von etwa 95 % der im Jahr 2014 zur Verfügung stehenden allgemeinen Deckungsmittel – eigene Steuereinnahmen plus KFA – garantiert. Doch insbesondere die Erhöhung der Nivellierungshebesätze sehen die IHKs kritisch. Bisher betragen die Sätze 220 % bei der Grundsteuer A und B und 310 % bei der Gewerbesteuer. Nunmehr werden für kreisfreie Städte die Sätze bei der Grundsteuer A auf 236 %, bei der Grundsteuer B auf 492 % und bei der Gewerbesteuer auf 454 % angehoben. Für kreisangehörige Gemeinden steigen die Werte für die Grundsteuer A auf 332 %, für die Grundsteuer B auf 365 % und für die Gewerbesteuer auf 357 %.

Die aktuell schon beschlossenen Erhöhungen für 2016 und die zahlreichen Diskussionen in den hessischen Gemeinden lassen erwarten, dass die hessischen Kommunen ihre Hebesätze auf das Niveau der Nivellierungshebesätze erhöhen werden. Denn damit verhindern sie Nachteile im kommunalen Finanzausgleich. Es besteht jedoch die Gefahr, dass ähnlich wie bereits in Nordrhein-Westfalen die Erhöhung der Nivellierungshebesätze im KFA in Verbindung mit den Vorgaben des Landes Hessen für defizitäre Kommunen und Kommunen des Kommunalen Schutzschirms eine kommunale Steuererhöhungsspirale ausgelöst werden könnte. Zwar sollen die Nivellierungshebesätze im KFA für fünf Jahre festgeschrieben werden. Für defizitäre Kommunen gilt jedoch die Vorgabe des Landes, dass die Realsteuerhebesätze 10 % über dem durchschnittlichen Hebesatz vergleichbarer Kommunen liegen müssen. Und hier erfolgt keine Festschreibung auf fünf Jahre. Somit ist zu erwarten, dass sich die durchschnittlichen Hebesätze kontinuierlich nach oben entwickeln werden.

III. Umfrageergebnisse: Die Gewerbesteuer zwischen Steuerwettbewerb und Reformblockaden

(Prof. Dr. Uwe Wagschal/Dr. Janine v. Wolfersdorff)

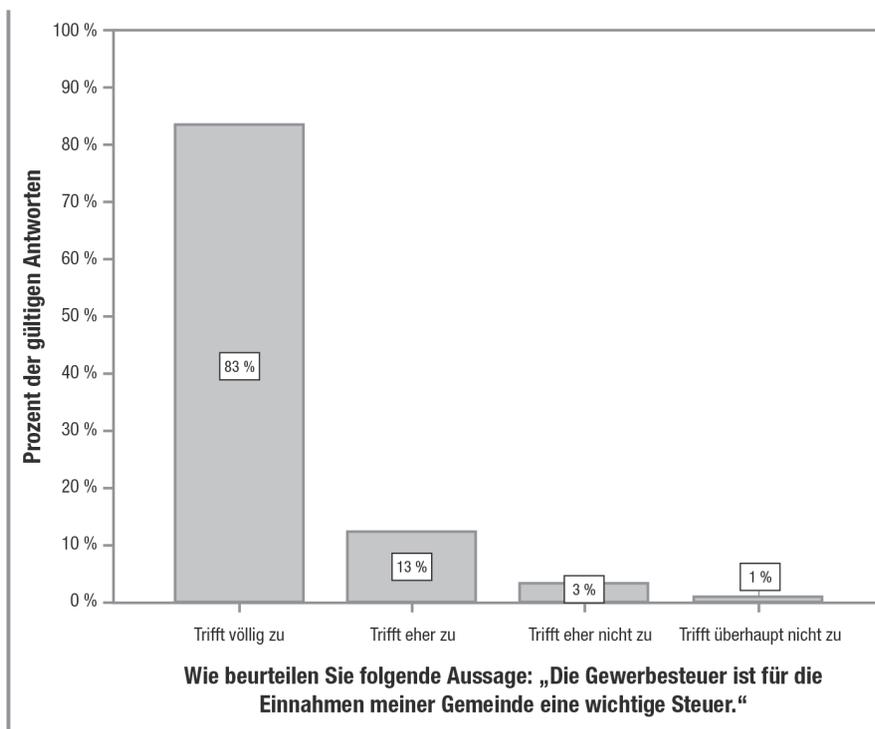
In diesem Kapitel stehen die Umfrageergebnisse zur Gewerbesteuer im Mittelpunkt. Die Umfrageergebnisse basieren auf einer Befragung, die an sämtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von deutschen Städten mit über 5.000 Einwohnern adressiert war. Die Ausschöpfungsquote der 2.865 angeschriebenen Kommunen betrug 44,75 % und liegt damit über den Rücklaufquoten ähnlicher Erhebungen. Die Umfrage wurde als reine Online-Erhebung im Internet durchgeführt, wobei die Feldzeit zwischen dem 8. Dezember 2014 und dem 23. Dezember 2014 lag. In den Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, leben rund 34,2 Mio. Bürger.

1. Generelle Einstellungen der Bürgermeister zur Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist vom Aufkommen her die wichtigste Kommunalsteuer.²⁰ Auf die entsprechende Frage, wie wichtig die Gewerbesteuer für die jeweilige Gemeinde sei, antworteten die Bürgermeister entsprechend eindeutig: 96 % aller Befragten erachten die Gewerbesteuer als wichtige Steuer. Zwischen West- und Ostdeutschland ergibt sich dabei kein signifikanter Unterschied in der Einschätzung (96,3 % / 95,4 %). Lediglich für 4 % der Befragten ist die Steuer ohne große Bedeutung (vgl. Abb. 6).

²⁰ Vgl. oben Abschnitt II., 18 ff.

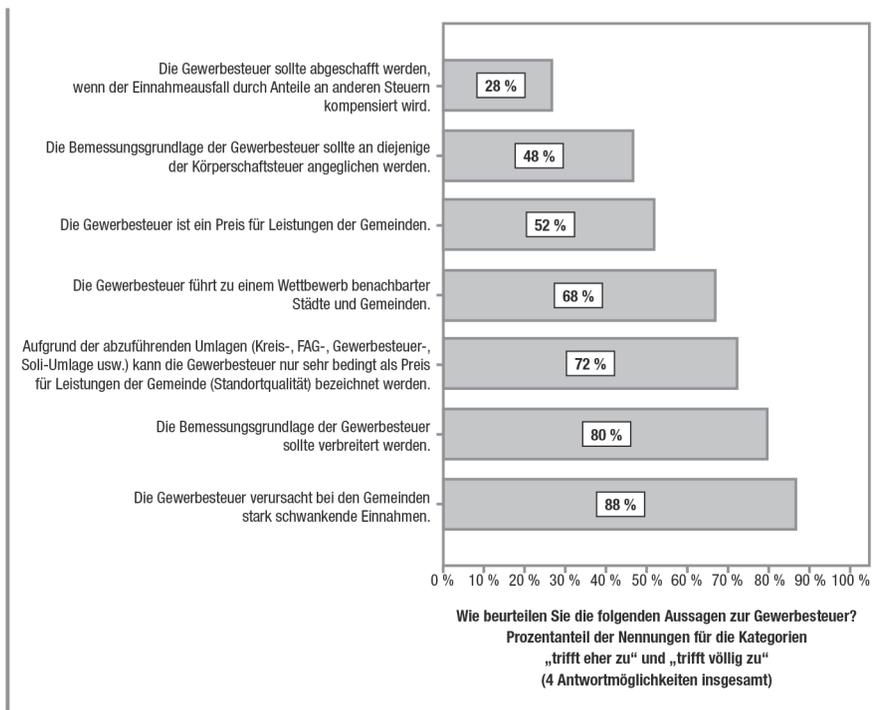
Abb. 6: Die Wichtigkeit der Gewerbesteuer in den Kommunen



Quelle: Frage 1 der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 921.

Der Gewerbesteuer werden aus Kommunal­sicht unterschiedlichste Eigen­schaf­ten und Wirkungen zuge­schrie­ben. Diese wurden bei den lokalen Ent­schieden­strägern abgefragt und – aufsteigend nach Grad der Wichtigkeit – in der nachstehenden Abbildung gerankt.

Abb. 7: Aussagen zur Gewerbesteuer aus Sicht der Bürgermeister



Quelle: Frage 2 der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 831.

Zunächst möchte nur eine Minderheit der Stadtoberhäupter die Gemeindesteuer gegen andere Steuern eintauschen (28 % der Befragten), d.h. trotz der Schwankungsanfälligkeit im Aufkommen wird die Gewerbesteuer als wichtige Steuer und auch als Steuerungsinstrument angesehen. Allerdings gibt es einen deutlichen Ost-West-Unterschied: Während in den westdeutschen Kommunen nur 25 % der Bürgermeister die Gewerbesteuer abschaffen möchten (bei Kompensation durch andere Steuern), sind es in Ostdeutschland 43 % der Stadtoberhäupter. Am häufigsten werden in der Literatur die Schwankungsanfälligkeit und die aus Kommunalsicht „zu schmale Bemessungsgrundlage“²¹ der Gewerbesteuer als – wohl negative – Eigenschaft genannt. Dies wird auch durch die Daten der Umfrage (vgl. Abb. 7) bestätigt.

²¹ Vgl. zur Perspektive der belasteten Unternehmen allerdings umgekehrt Roser, ifst-Schrift 497, abrufbar unter www.ifst.de.

Auffällig ist bei der allgemeinen Einschätzung die Auffassung, dass die Gewerbesteuer zu einem Steuerwettbewerb führen würde (68 %). Hierbei gibt es auch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. In Westdeutschland glauben 70 % der Befragten an die Steuerwettbewerbswirkung, während in Ostdeutschland nur rund 53 % der Bürgermeister dieser Auffassung sind.

Zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei um eine Einschätzungsfrage handelt. Ob ein solcher Steuerwettbewerb tatsächlich stattfindet, ist allerdings eine andere Frage und muss auch mit anderen Methoden untersucht werden. Wie unsere weiteren Analysen jedoch zeigen, kann man einen solchen Steuerwettbewerb mit den tatsächlichen Steuersatzänderungen zumindest in der Breite nicht feststellen (siehe unten). Insofern ist ein wichtiger Befund, dass die Perzeption eines Steuerwettbewerbs von der tatsächlichen Beobachtung abweicht.

2. Gewerbesteuer und Steuerwettbewerb

Können Städte oder gar Länder in einen Wettbewerb miteinander treten? In Wissenschaft wie öffentlicher Meinung wird diese Frage inzwischen eindeutig bejaht. Standortwettbewerb wird dabei allerdings zumeist eher als Risiko mit einem starken Bedrohungspotenzial für heimischen Wohlstand und Arbeitsplätze denn als Chance verstanden. Der Steuerwettbewerb – so die verbreitete Auffassung – führe zu einem Wettlauf, in dem die Staaten bzw. Kommunen ihre Steuern zumindest für die mobilen Steuerbasen auf einen tiefen Steuersatz senken. Dies wiederum lässt die Steuereinnahmen erodieren, weshalb der Staat bzw. die Kommunen schließlich ihre Aufgaben nicht erfüllen können oder aber sich zunehmend verschulden.

Die Absicht einer Gebietskörperschaft, die einen Steuerwettbewerb durch eine Steuersatzsenkung auf mobile Faktoren – also etwa auf Kapital – in Gang setzt, sind dabei offenkundig: Es soll zunächst zu einem Zustrom von Kapital, etwa in Form von Unternehmensverlagerungen oder vermehrten ausländischen (= aktiven) Direktinvestitionen, kommen. Regierungen und Kommunen hoffen also, dass der Primäreffekt einer Steuersenkung und die damit verbundenen Einnahmenverluste durch Zustrom von Kapital und neue Arbeitsplätze kompensiert, wenn nicht gar überkompensiert werden. Ähnlich den Abwertungswettläufen Anfang der 1930er und erneut der 1970er Jahre besteht die Motivation der Länder bzw. Kommunen für einen Steuerwettbewerb darin, sich einen komparativen Vorteil gegenüber ihren Mitkonkurren-

ten zu verschaffen, indem vorzugsweise die Steuern auf mobiles Steuersubstrat (z.B. Finanzkapital, Unternehmen, hohe Einkommen) gesenkt werden.

Dadurch wird die konkurrenzierte Gebietskörperschaft – so die Theorie – zur Nachahmung gezwungen, d.h. auch sie wird ihre Steuersätze senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben. In einem nächsten Schritt würde, sobald die relativen Ausgangspositionen wieder identisch sind, erneut eine wettbewerbsorientierte Gebietskörperschaft versuchen, durch weitere Steuersatzsenkungen einen komparativen Vorteil zu erlangen. Im Ergebnis würde bei den Steuersätzen so eine Abwärtsspirale – ein „Race to the Bottom“ – stattfinden, die theoretisch bei einem Steuersatz von null enden würde.²² Am Ende stellt sich somit kein Land besser, während eine Kooperation, d.h. eine Koordinierung bzw. Harmonisierung der Besteuerung, allen Beteiligten einen höheren Nutzen verschafft hätte. Dieser Befund ähnelt stark dem „Gefangenendilemma“ aus der Spieltheorie, bei dem eine Nicht-Kooperation die schlechteste aller möglichen Verhaltensweisen ist.

Auf Gemeindeebene exemplarisch wird immer wieder die schleswig-holsteinische Gemeinde Norderfriedrichskoog erwähnt.²³ Diese Gemeinde, die aktuell lediglich 44 Einwohner zählt, erhob bis 2004 einen Gewerbesteuerhebesatz von null %, wodurch sich eine Vielzahl von großen Unternehmen ansiedelte (rund 500 Unternehmen). Aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen (Einführung eines Mindesthebesatzes) wurde dieser dann von 2004 bis einschließlich 2010 auf 200 % festgesetzt, was zu einem Rückgang auf etwa 270 führte. Seit 2011 liegt der Hebesatz bei 310 %.

Die aktuell aktivste Gemeinde im Hinblick auf einen Steuerwettbewerb bei der Gewerbesteuer ist die nordrhein-westfälische Gemeinde Monheim. Seit Januar 2016 liegt der Gewerbesteuerhebesatz bei nur noch 265 Punkten, dem niedrigsten Gewerbesteuerhebesatz in Nordrhein-Westfalen. Durch seine geographische Lage zwischen den Großstädten Düsseldorf (440 Punkte, 2016) und Köln (475 Punkte, 2016) gelang es Monheim mit dieser Strategie, zahlreiche neue Unternehmen anzuziehen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem wurde die Kommunalverschuldung drastisch gesenkt. Zu verdanken ist dieser Erfolg dem mit 27 Jahren ins Bürgermeisteramt gewählten *Daniel Zimmermann*, der als Kandidat einer Jugendliste (Peto = lat. „ich fordere“) 2009 erstmalig gewählt wurde. 2014 wurde *Zimmermann* mit 94,6 % der abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

²² Vgl. *Sinn* (1997).

²³ Vgl. Statistisches Bundesamt (2014c), 14.

Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, *Hannelore Kraft*, warf Monheim hingegen vor, seine hinzugewonnene Steuerkraft vor allem auf Kosten der umliegenden Nachbarkommunen erlangt zu haben. 2011 hatte die 40.000-Einwohner-Stadt noch fast 100 Mio. € Schulden – heute ist sie schuldenfrei. Die Gewerbesteuereinnahmen haben sich von rund 20 Mio. auf 200 Mio. € erhöht – trotz Steuersenkungen. Im Zuge der Kreisumlage und des kommunalen Finanzausgleichs gelangt jedoch der weitaus größte Teil dieses Zuwachses an andere Kommunen, die somit auch von der Steuerwettbewerbsstrategie profitieren.

Im Hinblick auf die Wirkungen eines Steuerwettbewerbs bei der Gewerbesteuer fällt auf, dass diese in der direkten Nachbarschaft von Monheim eher konstant geblieben ist bzw. lediglich in der Nachbarstadt Langenfeld ebenfalls gesenkt wurde. In Köln wurden die Gewerbesteuerhebesätze deutlich erhöht, während Düsseldorf diese leicht senkte. Allerdings übersieht die bloße „Hebesatzdiskussion“, dass für Neuansiedlungen auch adäquate Infrastruktur und Gewerbeflächen vorhanden sein müssen. In der Abb. 8 wird für das Bundesland Nordrhein-Westfalen zunächst das Niveau der Hebesteuersätze für das Jahr 2014 dargestellt und in Abb. 9 die Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze im Zeitraum von 2003 bis 2014. Dabei zeigt sich, dass Monheims Position sich gegenüber den anderen Städten und Gemeinden deutlich vom Trend steigender Gewerbesteuersätze abhebt. Monheim (die einzige schwarze Fläche in Abb. 9) ist somit eines der wenigen Beispiele für einen aktiven Hebesatzwettbewerb, bei dem lediglich – mit Abstrichen – eine Stadt teilweise mitgezogen wurde.

Abb. 8: Höhe der Gewerbesteuerhebesätze (2014) für NRW

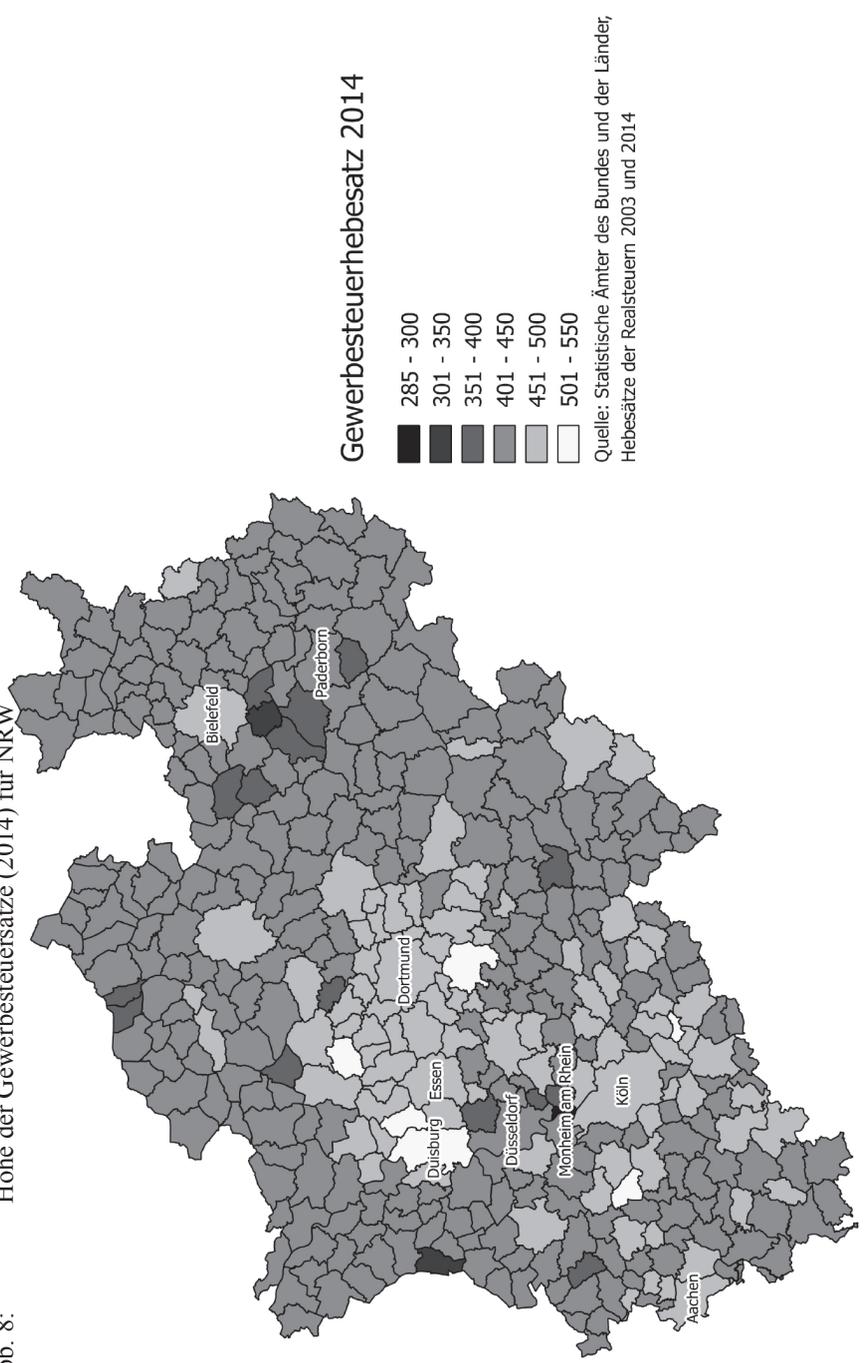
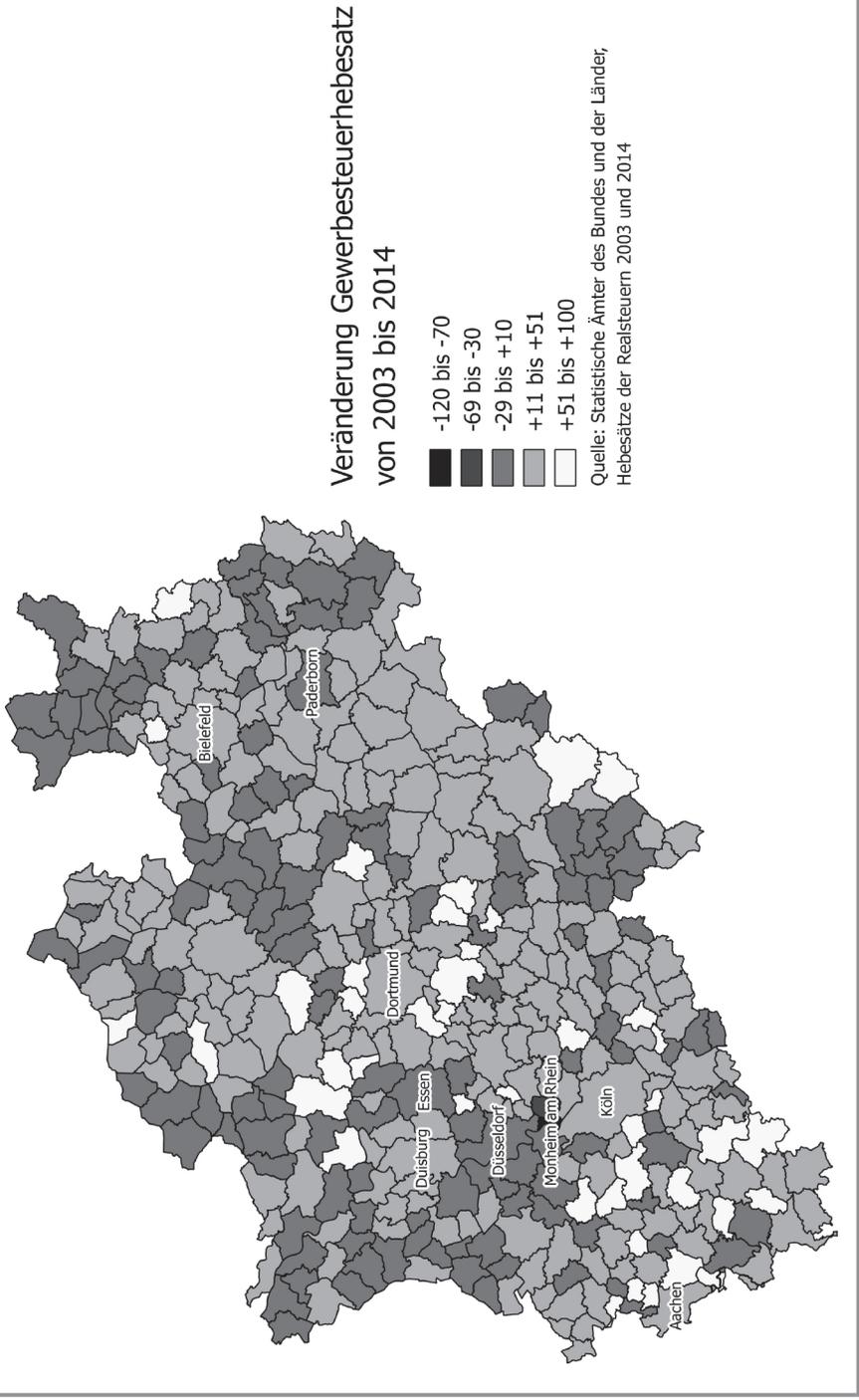


Abb. 9: Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze (2003 bis 2014) für NRW



Aber nicht nur Monheim hat mit solchen Hebesatzsenkungen seine finanzielle Situation verbessern können. Dem Dorf Wülperode in Sachsen-Anhalt mit rund 550 Einwohnern, das inzwischen in die größere Stadt Osterwieck eingemeindet wurde, gelang es durch eine Senkung auf den Mindeststeuerhebesatz, den Geschäftssitz eines Unternehmens anzusiedeln, was in der Vergangenheit rund 2 Mio. € an Gewerbesteuer in die Dorf- bzw. nun Stadtkasse „gespült“ hat. Woanders müsste dieses Unternehmen wohl das Doppelte an Gewerbesteuer bezahlen, sodass andernorts die öffentlichen Leistungen sicherlich reduziert werden mussten.

Spielt der Steuerwettbewerb also tatsächlich eine Rolle auf der kommunalen Ebene und sehen die befragten Bürgermeister selbst einen solchen Steuerwettbewerb am Wirken? Hierzu wurden in der Online-Befragung den Bürgermeistern verschiedene konkrete Fragen gestellt. Eine erste Frage zielte darauf ab, ob überhaupt die Möglichkeit zu einem Steuerwettbewerb besteht. Dabei wurde gefragt, ob die aktuelle ökonomische Situation in der jeweiligen Kommune eine Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer erlauben würde.²⁴ Von den gültigen Antworten haben 95 % der befragten Bürgermeister geäußert, dass eine solche Senkung nicht möglich sei. Eine verschwindend kleine Minderheit der deutschen Städte und Gemeinden sieht daher nur bedingt die Chance, eine Senkung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer vorzunehmen und damit auch in einen Steuerwettbewerb einzutreten. Dies ist ein deutlicher Kontrast zur Frage 2 (vgl. Abb. 7), bei der ja rund 68 % der Befragten äußerten, dass die Gewerbesteuer zu einem Wettbewerb zwischen benachbarten Städten und Gemeinden führt.

Daran anschließend wurde auch gefragt, ob die Hebesätze bei der Gewerbesteuer in den letzten fünf Jahren überhaupt gesenkt wurden. Hier fällt das Bild noch sehr viel deutlicher aus: 98 % aller befragten Kommunen haben in den vergangenen fünf Jahren die Gewerbesteuer nicht gesenkt (Frage 4b, vgl. Codebuch unter www.ifst.de). Dies entspricht dem in Abb. 1 gezeigten Bild eines kontinuierlichen Anstiegs der Gewerbesteuerhebesätze, sodass die Beispiele wie Monheim, Osterwieck oder Langenfeld nur Ausnahmen sind. Im Großen und Ganzen „spielt“ der Steuerwettbewerb auf kommunaler Ebene bei der Gewerbesteuer also nicht; lediglich 1,9 % der befragten Kommunen haben den Gewerbesteuersatz in den vergangenen fünf Jahren gesenkt.

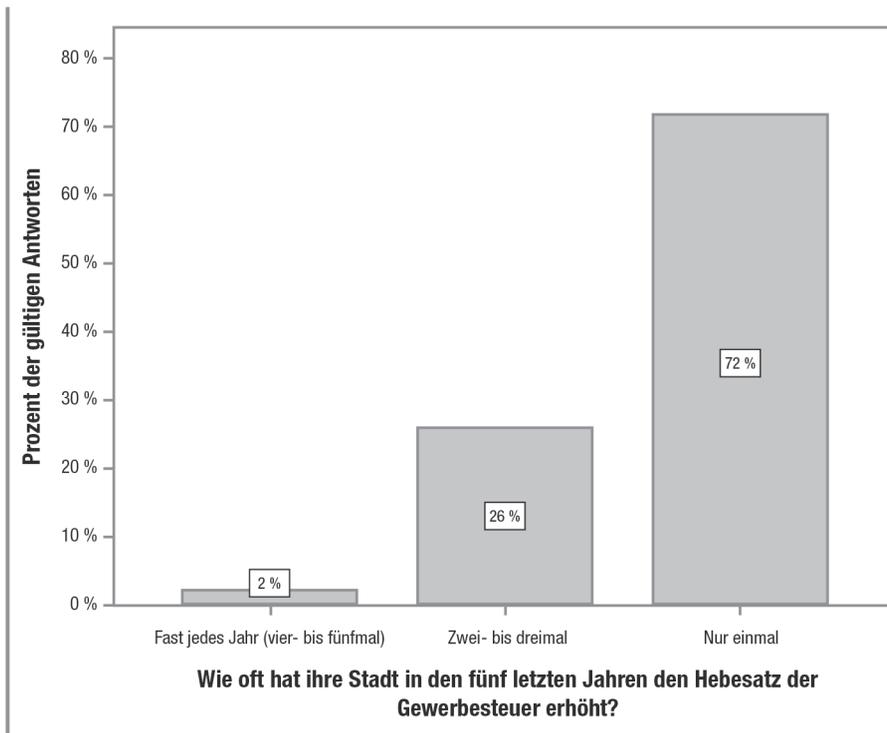
²⁴ Die Frage (Frage 3 des „Codebuchs“) lautete: Würde die aktuelle ökonomische Situation in Ihrer Kommune eine Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer erlauben? 795 Befragte beantworteten diese Frage.

Die umgekehrte Situation der Gewerbesteuererhöhung kommt dagegen sehr viel häufiger vor. Kommunale Akteure wie Bürgermeister und Kämmerer erachten zwar einen stabilen Hebesatz als wünschenswert, um den vor Ort befindlichen Unternehmen ein stabiles Umfeld anzubieten, dennoch haben in den vergangenen fünf Jahren 61,6 % der befragten Städte und Gemeinden die Hebesätze der Gewerbesteuer erhöht (so die Ergebnisse auf die Frage 4a, vgl. Codebuch). Die beschriebene theoretische Prämisse eines Unterbietungswettlaufs bei der Gewerbesteuer ist somit keinesfalls festzustellen, die Zahl der Erhöhungen ist dominant im Vergleich zu den Senkungen. Dennoch lässt sich aus den Umfrageergebnissen feststellen, dass die Kommunen eine Erhöhung der Grundsteuer B gegenüber einer Erhöhung der Gewerbesteuer deutlich präferieren (vgl. nachfolgenden Abschnitt III. 3., 52 ff.).

Vergleicht man die Daten aus der Befragung mit den amtlichen Daten aus den Gewerbesteuerstatistiken, so fällt eine große Übereinstimmung auf. Im Zeitraum von 2008 bis 2013 haben von den 3.310 Städten und Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern 2,8 % die Gewerbesteuerhebesätze gesenkt, 39,4 % die Gewerbesteuerhebesätze unverändert gelassen und 57,8 % die Hebesätze erhöht. Die hohe Übereinstimmung spricht im Übrigen auch für die Repräsentativität der Umfragedaten.

Betrachtet man alle Kommunen Deutschlands in diesem Zeitabschnitt ($n = 10733$), haben nur 1,7 % die Hebesätze gesenkt, 50,5 % ließen diese unverändert und 47,8 % erhöhten die Hebesätze. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in kleinen Kommunen die Gewerbesteuer nur eine geringe Rolle spielt, das Aufkommen tiefer liegt und somit auch weniger Anreize bestehen, die Steuer zu erhöhen. Und insofern passt es auch ins Bild, dass die Gewerbesteuerhebesätze und die Grundsteuer B bei Kommunen unter 5.000 Einwohner im Durchschnitt rund 25 Punkte tiefer liegen als in Kommunen über 5.000 Einwohner. Dagegen liegt die Grundsteuer A (für landwirtschaftliche Flächen) rund einen Punkt höher in den kleinen Gemeinden.

Abb. 10: Häufigkeit der Gewerbesteuererhöhungen

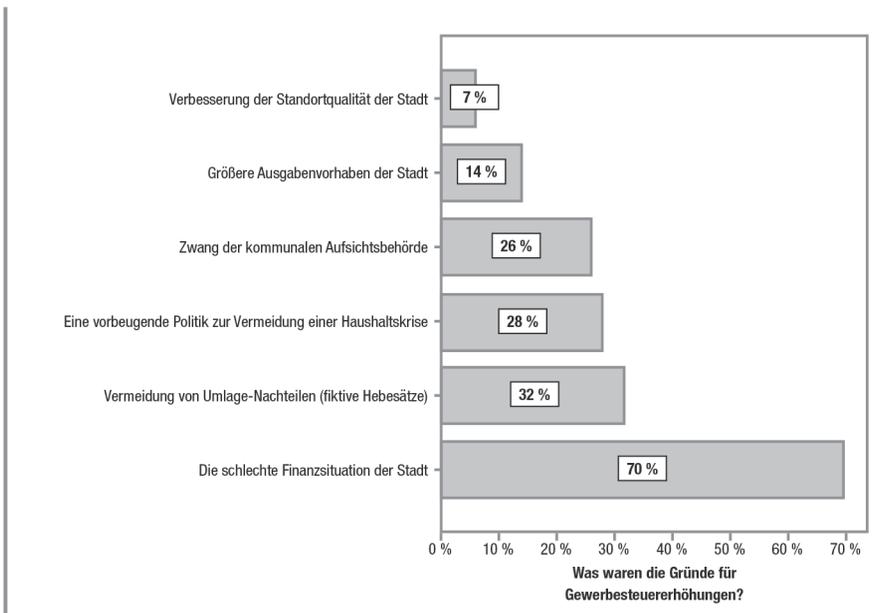


Quelle: Frage 4c der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 489 (Filterfrage, nur diejenigen, die bei der Frage 4a mit „Ja“ (= Gewerbesteuererhöhung in den letzten 5 Jahren) geantwortet hatten, wurden weiter befragt).

Befragt man die Kommunen danach, wie oft die Gemeinden die Gewerbesteuer erhöht haben, dann wurde in 72 % der Fälle die Gewerbesteuer nur einmal in den letzten fünf Jahre erhöht, in 26 % der Fälle zwei- bis dreimal und in rund 2 % der Fälle zwei- bis fünfmal (vgl. Abb. 10).

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Gründen, die zu kommunalen Gewerbesteuererhöhungen geführt haben. Im Mittelpunkt steht vor allem die Finanzsituation der Stadt, d.h. eine hohe Verschuldung bzw. ein hohes Defizit. In rund einem Viertel aller Fälle wurden die Gewerbesteuererhöhungen schließlich auch von den kommunalen Aufsichtsbehörden veranlasst, und in immerhin 32 % der Fälle spielt die Vermeidung von Umlagenachteilen (d.h. fiktive Hebesätze beim kommunalen Finanzausgleich; siehe Diskussion weiter oben) eine Rolle. Überdies wurde gefragt, welche Gründe sonst noch eine Rolle spielen (vgl. Abb. 11).

Abb. 11: Gründe für Gewerbesteuererhöhungen



Quelle: Frage 4d der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 485 (Filterfrage, nur diejenigen, die bei der Frage 4a mit „Ja“ (= Gewerbesteuererhöhung in den letzten 5 Jahren) geantwortet hatten, wurden weiter befragt).

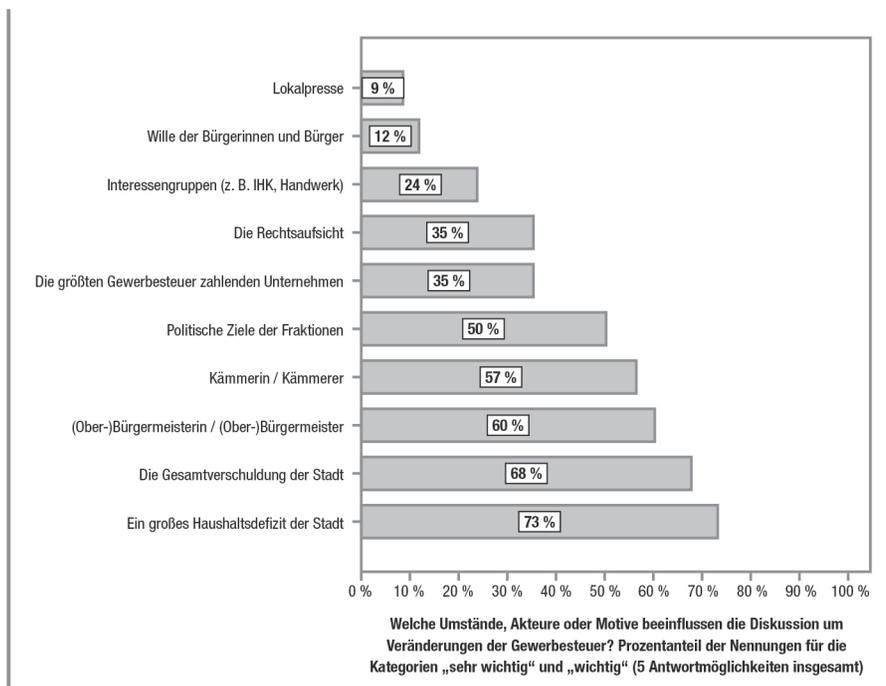
Eine Auswertung dieser „sonstigen“ Antworten zeigt, dass ebenfalls Gründe wie eine Angleichung an den Landesschnitt (insbesondere in Thüringen) sowie die Doppik-Einführung eine gewisse Rolle spielen. Hinzu kommen sozialpolitische Maßnahmen wie etwa die Einführung der Kleinkinderbetreuung. Die meisten der freien Antworten fokussierten jedoch ebenfalls auf die Verschuldungssituation und das Argument der Vorbeugung künftiger Finanzkrisen.

Als weiterer Themenblock wurde in der Umfrage abgefragt, ob Gewerbesteuererhöhungen Abwanderung bzw. Desinvestition oder unterlassene Neuinvestitionen zur Folge hatten. Hier schätzen die befragten Bürgermeister den Effekt solcher Gewerbesteuererhöhungen als gering ein. Lediglich 2 % der Befragten sehen einen solchen Effekt (Frage 5a vgl. Codebuch). Die überwiegende Mehrheit negiert einen solchen Sekundäreffekt von Gewerbesteuererhöhungen (79 %) oder ist nicht in der Lage, einen solchen zu identifizieren bzw. zu beurteilen (19 %). Gewerbesteuersenkungen, die ja – wie gezeigt – vergleichsweise selten vorkommen, haben ebenfalls nur einen moderaten

Effekt. Von den 15 Bürgermeistern, die in der Umfrage angaben, die Gewerbesteuer gesenkt zu haben, wiesen lediglich 4 auf eine positive Wirkung hinsichtlich kommunaler Ansiedlungen oder Neuinvestitionen hin. Auch diese Befunde sprechen deutlich gegen einen funktionierenden Steuerwettbewerb auf der kommunalen Ebene.

Als Motoren der Veränderungen der Gewerbesteuer werden aus Sicht der Bürgermeister verschiedene Akteure, Motive sowie Kontextfaktoren identifiziert (vgl. Abb. 12). So wurden immerhin bereits 21 % aller Kommunen durch die Kommunalaufsicht – etwa im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes – aufgefordert, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Fragt man nach den Akteuren und Kontexten von Gewerbesteuererhöhungen, stehen die Verschuldungsindikatoren im Mittelpunkt: Einerseits wird das große Haushaltsdefizit der Kommune genannt und andererseits die Gesamtverschuldung.

Abb. 12: Motive, Umstände und Akteure der Veränderungen der Gewerbesteuer

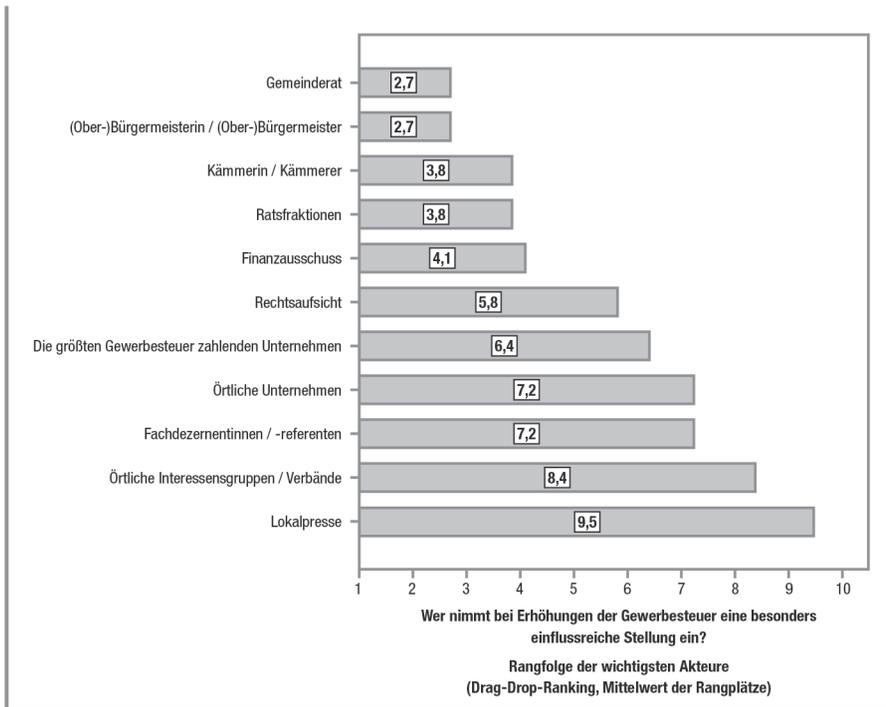


Quelle: Frage 7 der Gewerbesteuerumfrage: „Welche Umstände, Akteure oder Motive beeinflussen die Diskussion um Veränderungen der Gewerbesteuer?“; Zahl der gültigen Antworten = 762.

Neben diesen funktionalen Gründen werden zudem – relativ gleichgewichtig – der Oberbürgermeister bzw. der Kämmerer als Akteur für Veränderungen genannt. Lokale Interessengruppen sowie die größten Gewerbesteuerzahler spielen nur eine nachgeordnete Rolle. Eine gewisse Bedeutung kommt noch den Gemeinderatsfraktionen zu. Die möglichen freien Antworten zu dieser Frage zeigen noch den einen oder anderen Einfluss des Innenministeriums (als Aufsichtsbehörde) sowie den Fakt, dass man sich im kommunalen Finanzausgleich an den fiktiven Hebesätzen orientiert bzw. an den Landesdurchschnitt anpasst. Bewertet man zudem noch die Wichtigkeit der einzelnen Akteure und bildet daraus eine Rangfolge, verändert sich das Bild etwas. Bei den Erhöhungen der Gewerbesteuer zeigt sich insbesondere, dass der Gemeinderat sowie die Bürgermeister die wichtigsten Akteure sind (vgl. Abb. 13). Die Presse, die Fachdezernenten sowie die örtlichen Interessengruppen spielen dagegen keine große Rolle. Dies zeigt, dass die Veränderungen, insbesondere die Erhöhung der Gewerbesteuer, ganz zentral durch die wichtigsten lokalen politischen Akteure beeinflusst werden.

In der Online-Befragung wurden die Befragten mit einem sog. Drag-Drop-Ranking zudem aufgefordert, die einzelnen Akteure ihrer Wichtigkeit nach zu ordnen. Die so ermittelte Rangfolge zeigt, dass Gemeinderat und Oberbürgermeister als die wichtigsten Akteure eingeschätzt werden (vgl. Abb. 13). Mit etwas Abstand folgen der Kämmerer und die Ratsfraktion. Die Unternehmen, die Bürokratie sowie Verbände und die Presse spielen dagegen kaum eine Rolle.

Abb. 13: Rangliste der einflussreichen Akteure bei Gewerbesteueränderungen



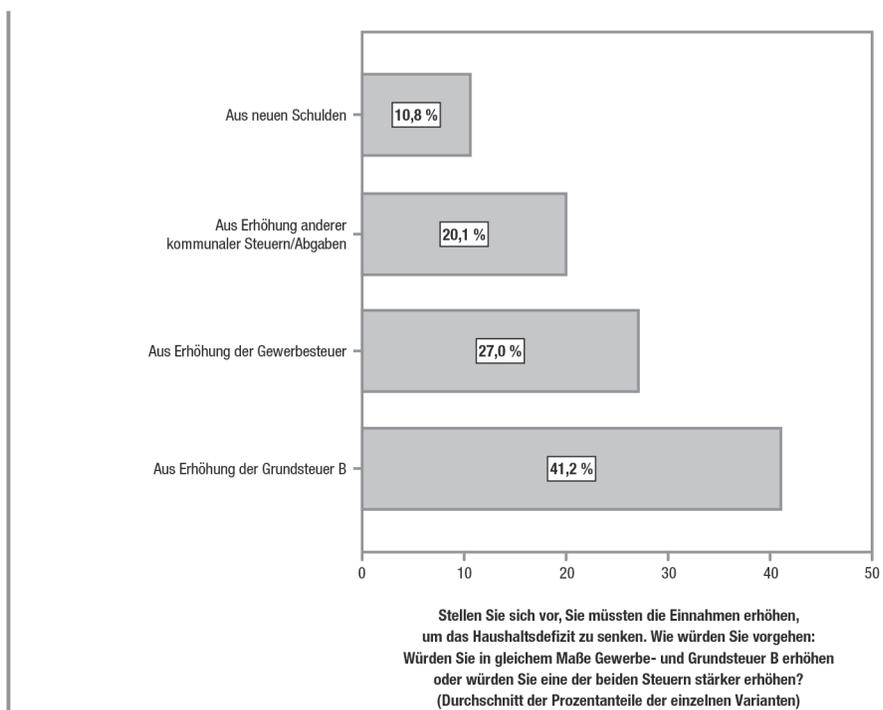
Quelle: Frage 8 der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 753. Die Frage war als „Drag-Drop-Frage“ konstruiert. Die einzelnen Antwortmöglichkeiten sind dabei in eine Reihenfolge zu bringen. Dargestellt sind die Mittelwerte der Rangplätze.

Insgesamt zeigt sich damit, dass die Gewerbesteuer faktisch nur bedingt im Steuerwettbewerb steht und damit Senkungen weitestgehend ausgeschlossen werden. Im Zweifel neigen Kommunen dazu, eher die Grundsteuer B zu erhöhen (vgl. hierzu nachfolgend unter III. 3., 52 ff.). Die Ursachen für Gewerbesteuererhöhungen liegen vor allem in der Verschuldungssituation begründet.

3. Haushaltssanierung und Steuererhöhung

Mit welchen steuerlichen und haushälterischen Maßnahmen auf der Einnahmeseite ein Haushaltsdefizit auf kommunaler Ebene bekämpft werden sollte, stand ebenfalls im Fokus der Bürgermeisterbefragung. Die Präferenzen der Befragten sind eindeutig (vgl. Abb. 14). Mit großem Abstand wird eine Erhöhung der Grundsteuer B vor einer Erhöhung der Gewerbesteuer bevorzugt. Andere Maßnahme wie die Erhöhung anderer kommunaler Steuern oder Abgaben sowie neue – revolvingierende – Kreditaufnahmen folgen dahinter. Dieser Befund bestätigt die langfristige Entwicklung der Gewerbesteuer- und Grundsteuerhebesätze (vgl. Abb. 1), die zeigt, dass die Grundsteuer B deutlich schneller angehoben wurde.

Abb. 14: Alternative Einnahmemaßnahmen zur Vermeidung von Haushaltsdefiziten



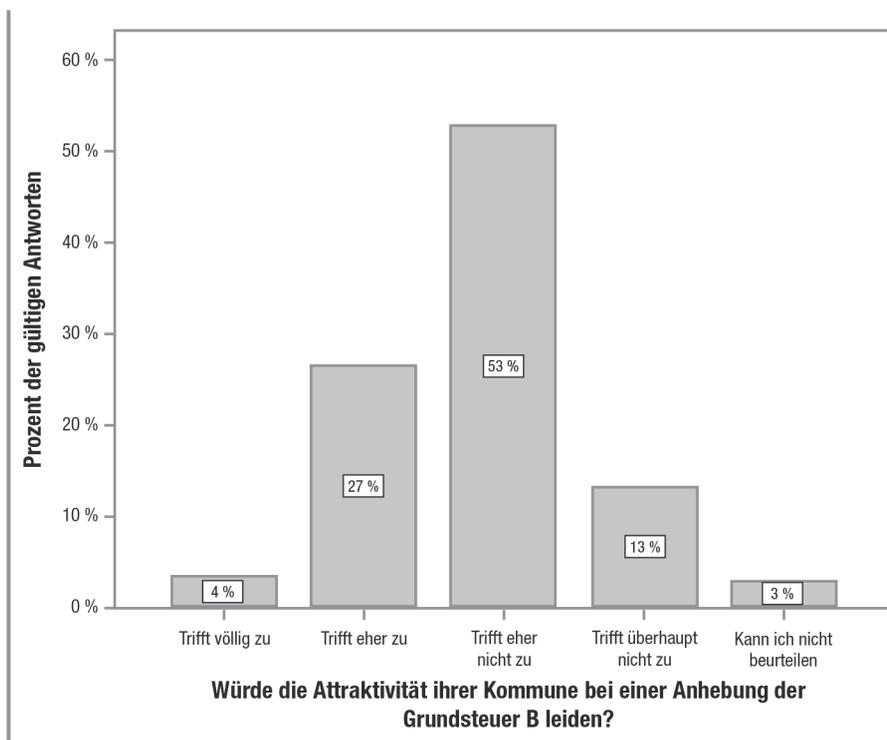
Quelle: Frage 10a der Gewerbesteuerungsumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 710.

Gleichzeitig bedeutet dies, dass die Kommunen eher dazu neigen, immobile Faktoren zu besteuern als mobile Faktoren. Dieses Verhalten passt sehr gut in die ökonomische Optimal-Steuertheorie. So sagt die *Ramsey*-Regel als

Optimalsteuerregel aus,²⁵ dass diejenigen Güter am höchsten zu besteuern sind, die die niedrigste Preiselastizität der Nachfrage haben. Überträgt man diese Logik auf die Unternehmensbesteuerung, so sollten immobile Faktoren stärker als mobile Faktoren belastet werden. Insofern überrascht es nicht, dass lediglich 5 % der befragten Bürgermeister eine Senkung der Grundsteuer B als möglich erachten. 93 % können sich eine solche Senkung nicht vorstellen.

Die starke Präferenz für den Einsatz der Grundsteuer B zur Haushaltskonsolidierung ist somit aus verschiedenen Gründen plausibel. Insgesamt glaubt dabei nur eine Minderheit von 31 % der Befragten, dass die Attraktivität der Kommune unter einer solchen Erhöhung leiden würde (vgl. Abb. 15). Zwei Drittel der Bürgermeister schätzen dies nicht so.

Abb. 15: Attraktivität der Kommune bei Anhebung der Grundsteuer B



Quelle: Frage 11 der Gewerbesteuerungsumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 700.

²⁵ Vgl. Mann (1987).

Diese Befunde werden bestätigt, wenn man die Korrelationen der Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung mit der Höhe der Hebesätze der Realsteuern betrachtet. Diese ist für die Grundsteuer B in den untersuchten Städte und Gemeinden ($n = 1040$) mit $r = 0,45$ mittelstark und für die Gewerbesteuerhebesätze mit $r = 0,435$ etwas schwächer. Für die Grundsteuer A ist die Korrelation dagegen unbedeutend. Insofern kann für die Einnahmeseite ein Steuererhöhungsdruck ausgemacht werden, wenn die Kommunalverschuldung hoch ist. Überdies besteht ein – wenn auch nur schwacher – Zusammenhang mit der Höhe der Verschuldung und den Gewerbesteuererhöhungen in der Vergangenheit.

Im Übrigen ist auch darauf hinzuweisen, dass bei den Auswertungen kein Zusammenhang zwischen der „Parteifärbung“ der Bürgermeister und der Höhe der Gewerbesteuersätze identifiziert wurde. Die Höhe der Gewerbesteuersätze hängt vor allem von der Ortsgröße und der Verschuldungssituation ab, weniger von der parteipolitischen Färbung der Stadtspitze. Dies wird auch durch die Auswertung der Frage 7 (siehe oben, 49 f.) gestützt, nachdem ein großes Haushaltsdefizit der Stadt der stärkste Veränderungsfaktor für die Gewerbesteuer ist. Vor dem Hintergrund der hohen Verschuldung droht somit vielen Gemeinden ein sich verstärkender „Teufelskreis“ aus hoher Verschuldung, steigenden Realsteuern, daraus resultierenden Abwanderungen von Steuersubstrat und wiederum steigenden Steuern.

4. Reform der Gewerbesteuer

Das Scheitern von größeren Reformen bei der Gewerbesteuer hat schon fast Tradition in Deutschland.²⁶ Die Ursachen für das Scheitern liegen u.a. in der starken Ablehnung der Gemeindeebene gegen mögliche Änderungen des bestehenden Systems. Dieser Status Quo Bias, gepaart mit starken Vetospielern, war auch ein Grund für das weitgehende Scheitern der Gemeindefinanzkommission. In Tabelle 8 werden verschiedene Reformvorschläge der vergangenen Jahrzehnte dargestellt.

²⁶ Vgl. *Thöne* (2010).

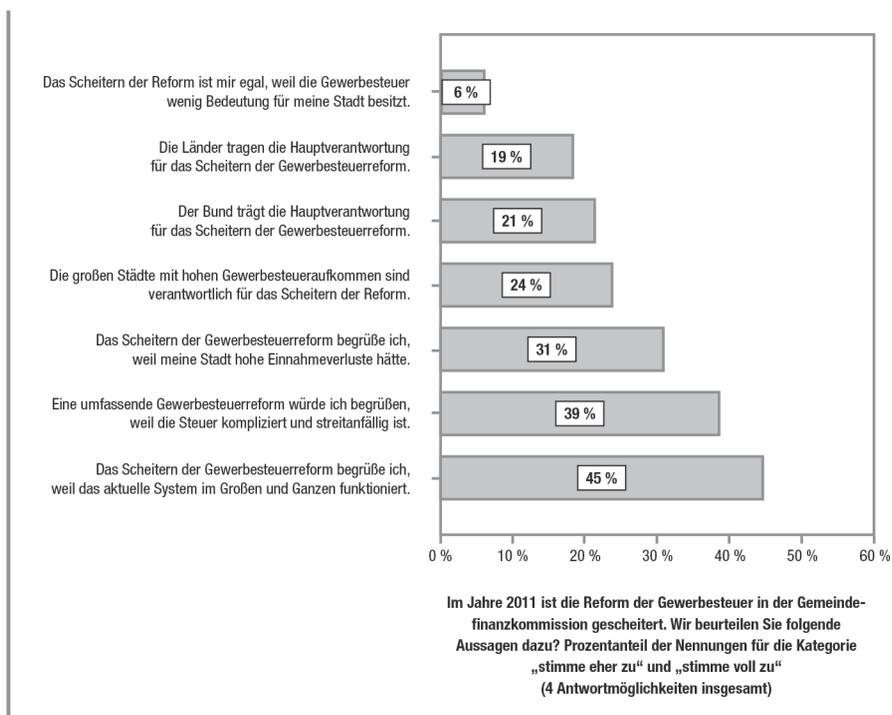
Tabelle 8: Reformvorschläge der Gewerbesteuer

Jahr	Akteure	Reformvorschlag	Gründe des Scheiterns
1982	Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Finanzen	Wertschöpfungssteuer: eine kommunale Steuer, deren Bemessungsgrundlage an der Wertschöpfung der Produktionsfaktoren ansetzt	Wirkt wie Umsatzsteuer. Wurde politisch nach Regierungswechsel 1982 nicht weiter verfolgt.
2001	Vorschlag des Sachverständigenrats und des BDI	Abschaffung der Gewerbesteuer Ausgleich durch Zuschläge bei Einkommen- und Körperschaftsteuer	Ablehnung durch Städte und Gemeinden, Begründung: Körperschaftsteuer entwickelt sich negativ. Zuschläge bei Einkommensteuer erfordern Anpassung der Finanzausgleichssysteme.
2003	Deutscher Städtetag	Verbreiterung der Bemessungsgrundlage Ausweitung der Gewerbesteuer auf die „Freien Berufe“	Bundesregierung arbeitete Reformvorschlag nicht in den Gesetzesentwurf ein. Kritik: Einbeziehung von ertragsunabhängigen Komponenten in die Bemessungsgrundlage verstößt gegen Leistungsprinzip und Neutralität der Gemeindesteuer.
2011	Gemeindefinanzkommission aus Bund, Ländern und Kommunen	FDP, Teile der CDU/CSU und Wirtschaftsverbände fordern Abschaffung der Gewerbesteuer. Ausgleich durch größeren Anteil für Kommunen an der Umsatzsteuer. Vorschlag Schäuble: Kommunen dürfen Zuschlag auf Einkommensteuer erheben. Forderung Städte/Gemeinden: Erweiterung der Gewerbesteuer auf die „Freien Berufe“	Gemeindefinanzkommission kann sich nach monatelangen Verhandlungen nicht einigen. Städte/Gemeinden lehnen Änderung an Gewerbesteuer ab. Kritik an Schäubles Vorschlag: Ein solcher Zuschlag würde zu einem Steuerwettbewerb führen.

Quellen: *Buettner, Thiess* (2007): Reform der Gemeinde Finanzen; *Zwick, Markus* (2007): Alternative Modelle zur Ausgestaltung von Gemeindesteuern.

Das Scheitern der Gemeindefinanzkommission im Jahr 2011 hatte auch ein Scheitern der Gewerbesteuerreform zur Folge. Die Ursachen für dieses Scheitern wurden in der Literatur unterschiedlichen Akteuren zugeschrieben. Speziell aus kommunaler Sicht ist eine große Heterogenität in der Auffassung über die Ursachen des Scheiterns auszumachen (vgl. Abb. 16). Generell wird das Scheitern der Gewerbesteuer dabei mehrheitlich *nicht* begrüßt, sämtliche Zustimmungsteile liegen unter 50 %. Bemerkenswert: Am ehesten wird noch den großen Städten die Schuld für das Scheitern der Gewerbesteuerreform zugewiesen.

Abb. 16: Ursachen für das Scheitern der Gewerbesteuerreform 2011

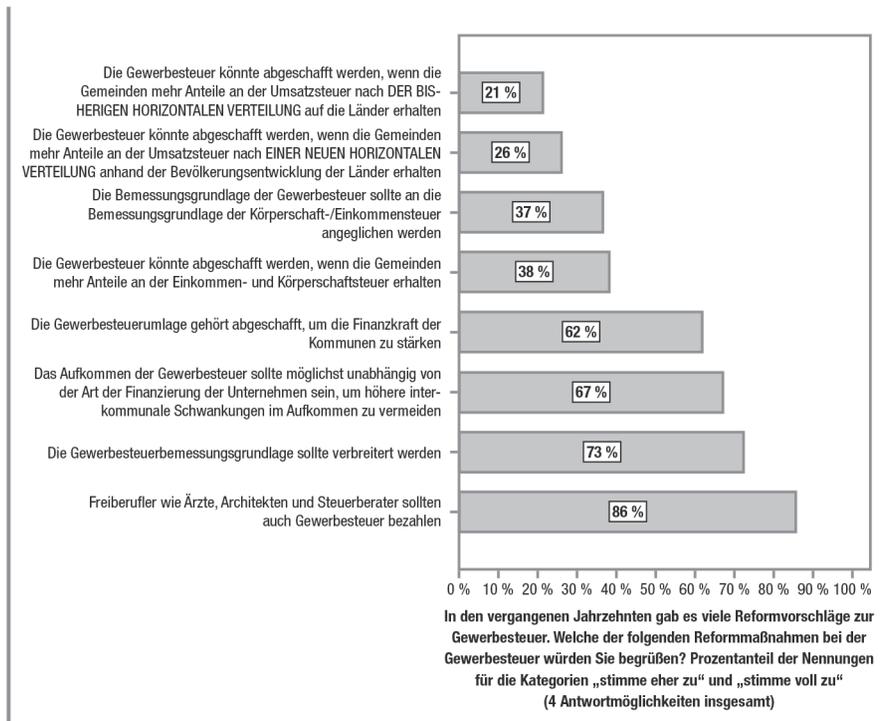


Quelle: Frage 13 der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 686.

Jedoch zeigt sich auch, dass es insgesamt einen großen Spielraum für eine Steuerreform gegeben hätte. Lediglich 6 % der befragten Bürgermeister äußern, dass ihnen das Scheitern der Gewerbesteuerreform egal ist, was im Umkehrschluss bedeutet, dass letztlich 94 % für oder wider eine große Reform gerungen haben. Davon haben weniger als die Hälfte – nämlich 45 % – das Scheitern der Reform tatsächlich begrüßt. Am ehesten wird den

großen Städten, die stark abhängig von der Gewerbesteuerreform sind, eine Verantwortung für das Scheitern der Gewerbesteuerreform zugeschrieben. Daran anschließend wird die Verantwortungszuschreibung dem Bund (21 %) sowie den Ländern (19 %) etwas niedriger eingeschätzt (vgl. Abb. 17).

Abb. 17: Zustimmung zu Reformbestandteilen bei der Gewerbesteuer



Quelle: Frage 14 der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 697.

Die Reformvorschläge zur Gewerbesteuer können aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden. Naturgemäß unterscheidet sich dabei der Standpunkt der Bürgermeister und der von ihnen repräsentierten Kommunen von denen anderer Akteure wie etwa der Unternehmen. Befragt man die Bürgermeister im Hinblick auf die Wünschbarkeit von Reformmaßnahmen bei der Gewerbesteuer, so ist das Fiskalinteresse prägend (vgl. Abb. 17). An oberster Stelle stehen dabei Vorschläge, wie sie bereits in der Vergangenheit diskutiert worden sind, die auf die Verbreiterung der Gewerbesteuerbemessungsgrundlage abzielen.

Die höchste Zustimmung erzielte die Antwortmöglichkeit, dass Freiberufler (Ärzte, Architekten und andere) ebenfalls Gewerbesteuer zahlen sollten. Im Hintergrund steht dabei die Umwandlung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer. Der generelle Reformvorschlag, dass die Gewerbesteuerbemessungsgrundlage verbreitert werden sollte, kommt auf den zweiten Platz. An dritter Stelle steht das Bestreben danach, die große Volatilität der Gewerbesteuer abzumindern. Insbesondere die Entkopplung von Fragen der Finanzierung sollte dabei angegangen werden. Schließlich erhält noch der Reformvorschlag der Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, was die Finanzkraft der Kommunen stärken würde, eine hohe Zustimmung (62 %).²⁷ Dies wäre gerade vor dem Hintergrund der Neuordnung des föderalen Finanzausgleichs und der Bund-Länder-Finanzbeziehung, bei denen die Stärkung der kommunalen Finanzkraft ein wichtiges Ziel ist, ein sinnvolles Vorhaben. Vergleichsweise wenig Zustimmung erhalten dagegen Vorschläge, nach denen die Gewerbesteuer abgeschafft und der kommunale Einnahmefall entweder durch Umsatzsteueranteile oder Anteile an Einkommen- und Körperschaftsteuer kompensiert werden würde.

In der Gemeindefinanzkommission wurden vier verschiedene Reformvorschläge zur Gewerbesteuer diskutiert, wobei der Bund und die Kommunen jeweils ein spezifisches Modell präferierten.

„Während der Bund ein Modell vorlegte, nach dem das kommunale Steuersystem durch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen mit Hebesatz versehenen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen verstetigt wird, strebten die kommunalen Spitzenverbände bei der Gewerbesteuer eine Stärkung der ertragsunabhängigen Hinzurechnungen sowie die Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer an.“²⁸

Laut Abschlussbericht der Gemeindefinanzkommission²⁹ war für die Bundesregierung insbesondere der Ausbau substanzbelastender Elemente bei der Gewerbesteuer nicht zustimmungsfähig. Die kommunalen Spitzenverbände lehnten den Vorschlag der Bundesregierung mit dem Verweis auf eine deut-

²⁷ Zu verfassungsrechtlichen Grenzen des Zugriffs auf kommunale Steuereinnahmen durch Umlagen am Beispiel der Solidaritätsumlage in Nordrhein-Westfalen vgl. *Koblenzer/Günther*, ifst-Schrift 499, abrufbar unter www.ifst.de.

²⁸ Bundesministerium der Finanzen (2011), 48.

²⁹ Ebda.

liche Verringerung der kommunalen und auch gesamtstaatlichen Finanzbasis ab.

Für die Online-Befragung sollten die Vertreter der Kommunen vier Reformmodelle bewerten.

Das Reformmodell 1 sah die *Abschaffung der Gewerbesteuer* vor. Als Ersatz sollten die Gemeinden einen mit Hebesatzrecht ausgestatteten Zuschlag zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer erhalten. Zudem sollte der Anteil der Gemeinden an der konjunkturstabilen Umsatzsteuer erhöht werden (Modell der Bundesregierung).

Das Reformmodell 2 (Kommunalmodell) sah eine *Verbreiterung der heutigen Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer* vor. Freiberufler und Selbstständige sollten in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden. Für Zinsen, Mieten, Pachten und Leasingraten waren deutlich höhere Hinzurechnungen als schon bislang vorgesehen. Veräußerungsgewinne sollten auch bei natürlichen Personen als Gesellschafter von Personengesellschaften einbezogen werden (Modell der kommunalen Spitzenverbände).

Das Reformmodell 3 sah die *Einführung einer kommunalen Wirtschaftssteuer*, die Einführung einer Bürgersteuer und die Beteiligung der Gemeinden am Lohnsteueraufkommen vor (alter Reformvorschlag des Sachverständigenrats).

Im Reformmodell 4 sollte die Gewerbesteuer durch die *Abschaffung der Gewerbesteuermesszahl und die Abschaffung des Hebesatzes* vereinfacht werden. Die Alternative wäre ein Prozentanteil des Gewerbesteuergewinns.

Die Umfrage hat diese Modelle hinsichtlich ihrer Präferenz bei den Bürgermeistern abgefragt. Dabei sollten die Befragten diese Reformvorschläge auf einer Skala von -5 bis +5 bewerten.³⁰ Der Nullpunkt in der Mitte bedeutete Neutralität, -5 bedeutete, dass man überhaupt nichts von der vorgeschlagenen Maßnahme gehalten hat, während +5 bedeutete, dass eine sehr hohe Präferenz für diese Maßnahme vorlag. Die Übersicht in dem nachfolgen-

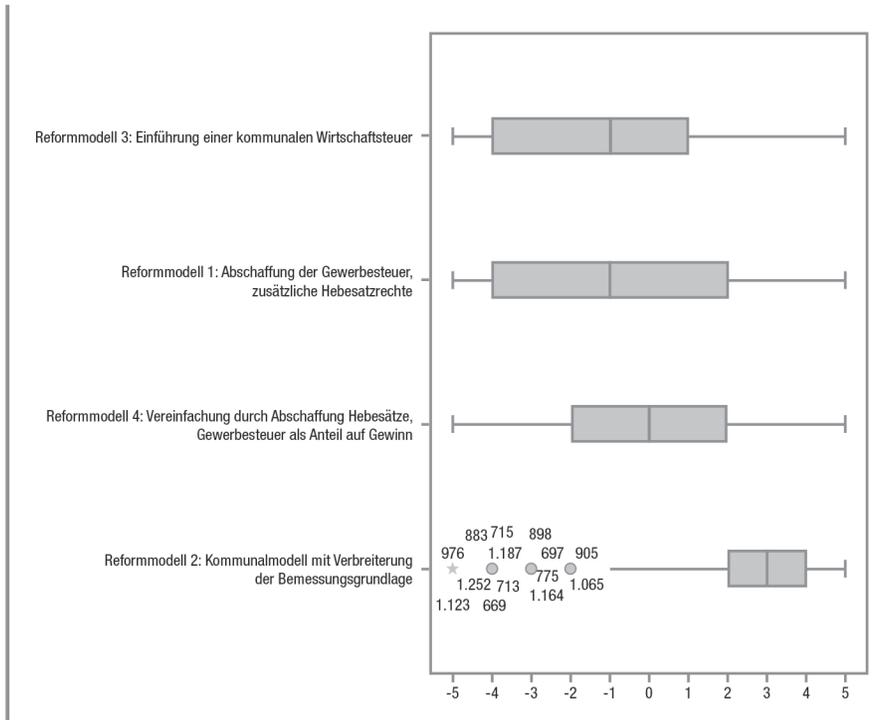
³⁰ Die einzelnen Reformmodelle wurden nach einem Zufallsprinzip den Befragten online eingespielt. Damit sollen Verzerrungseffekte vermieden werden.

den Boxplot³¹ zeigt die Lage des Medians sowie die Verteilung der Daten. Insgesamt wurden die Reformmodelle sehr unterschiedlich bewertet. Das Reformmodell 2 (Kommunalmodell mit der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage) erzielte die mit Abstand höchste Wertschätzung. Das Reformmodell 3 mit der Einführung einer kommunalen Wirtschaftssteuer wurde hingegen am geringsten eingeschätzt. Auf Platz 2 landete das Reformmodell 4 mit einer Vereinfachung der Gewerbesteuer und der Abschaffung der Hebesätze. Das Modell der Bundesregierung kam auf den vorletzten Platz (vgl. Abb. 18).

Aufgrund des bisher in den anderen Fragen dargestellten Meinungsbildes überrascht diese Präferenz für das Kommunalmodell mit der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage nicht sonderlich. Insbesondere die Beibehaltung des vorhandenen Modells mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage hätte zu höheren kommunalen Einnahmen – mit größeren Auswirkungen allerdings im Finanzausgleichssystem – geführt. Für die Unternehmen wäre dies mit einer Verschärfung substanzsteuerähnlicher Wirkungen der Gewerbesteuer und höheren Lasten verbunden gewesen.

³¹ Der Boxplot ist eine komprimierte grafische Darstellung eines Datensatzes. Unter Verwendung von Maßzahlen, die auf dem Median basieren, soll ein visueller Eindruck von der Datenstruktur vermittelt werden. Anstatt die eigentlichen Werte zu zeigen, stellt der Boxplot zusammenfassende Statistiken der Verteilung grafisch dar. Er zeigt den Median, das erste und dritte Quartil und Werte, die weit von den übrigen Werten abweichen, sog. Ausreißer oder Extremwerte. Die folgende Abbildung stellt ein kommentiertes Schema eines Boxplots dar. Die untere Grenze des Kastens ist das 25. Perzentil (= 1. Quartil) und die obere Grenze das 75. Perzentil (= 3. Quartil). Die waagrechte Linie innerhalb des Kästchens repräsentiert den Median. 50 % der Fälle besitzen Werte innerhalb des Kastens. Die Länge des Kastens entspricht dem Abstand zwischen dem 1. und 3. Quartil.

Abb. 18: Reformmodelle der Gewerbesteuer im Vergleich



Quelle: Frage 13 der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 672. Hohe Werte bedeuten Zustimmung. Die Boxplots sind nach ansteigendem Median geordnet, d.h. Reformmodell 2 wird als bestes Modell bewertet.

Berechnet man den Durchschnittswert auf einer Skala von -5 bis +5, zeigt sich in der Tabelle 9 folgende Verteilung der Durchschnittswerte: Die Reformmodelle 3, 1 und 4 wurden im Durchschnitt negativ bewertet, lediglich das Reformmodell 2, das Kommunalmodell mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, erhält eine deutliche Zustimmung. Zudem zeichnet sich dieses Modell auch noch durch die geringste Streuung aus, d.h. die Bürgermeister stimmen hier am meisten überein.

Tabelle 9: Reformvorschläge zur Gewerbesteuer im Vergleich

	Mittelwert	Standardabweichung
Reformmodell 3	-1,13	2,94
Reformmodell 1	-0,87	3,25
Reformmodell 4	-0,03	2,72
Reformmodell 2	2,82	2,15

Quelle: Frage 13 der Gewerbesteuerumfrage; Zahl der gültigen Antworten = 672.

IV. Die Entwicklung der Hebesätze im Jahr 2015 im Einzelnen

(Dr. Kathrin Andrae)

1. Hebesätze der Gewerbesteuer

In diesem Abschnitt werden die Entwicklungen des aktuellen Jahres detailliert dargestellt.

a. Gemeinden mit 50.000 Einwohnern und mehr

Im Jahr 2015 erhöhten von den 182 erfassten Gemeinden 26 ihren Gewerbesteuerhebesatz (14,3 %). Nur eine Gemeinde hat ihren Hebesatz gesenkt. Der Anteil der Gemeinden, die erhöht haben, hat sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt. In Tabelle 10 werden die Veränderungen der Gewerbesteuerhebesätze nach Gemeindegrößenklassen dargestellt. Es zeigt sich, dass vor allem Gemeinden in der Größenklasse von 20.000 bis 50.000 Einwohner besonders häufig die Hebesätze angehoben haben.

Tabelle 10: Erhöhungen/Senkungen des Gewerbesteuerhebesatzes nach Gemeindegrößenklassen 2015

		Gewerbesteuer	
Einwohner	Anzahl Städte	Erhöhung	Senkung
20.000 – 49.999	494	120	1
50.000 – 74.999	75	11	0
75.000 – 99.999	31	4	1
100.000 – 149.999	23	3	0
150.000 – 199.999	14	3	0
200.000 – 299.999	20	3	0
300.000 – 499.999	6	2	0
Über 500.000	13	0	0
Summe	676	146	2

Der durchschnittliche gewogene Hebesatz stieg 2015 um 2 Prozentpunkte auf 448 %. Nach einer langen Periode, in der der Hebesatz kaum stieg, ist 2015 nun das sechste Jahr in Folge mit einer Erhöhung des durchschnittlichen Hebesatzes. Im Hinblick auf den Vergleichszeitraum 2013/2014 hat sich der Anstieg beruhigt.

Tabelle 11: Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern

	Jahr									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gewerbesteuer-Hebesatz	433	432	432	432	435	438	440	441	446	448

Die Gemeinden profitieren anhaltend von zwei Entwicklungen. Zum einen wächst die Bemessungsgrundlage aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung. Zum anderen partizipieren sie daran stärker über steigende Hebesätze. Dennoch hat die Politik der steten Erhöhung auch ihre Grenzen. So betreiben einzelne Gemeinden über gezielt niedrig gehaltene Gewerbesteuerhebesätze aktive Standortpolitik. Ein Beispiel dafür ist Monheim (ca. 43.000 Einwohner) in Nordrhein-Westfalen mit einem Hebesatz von aktuell 265 %. Monheim nutzt diesen Hebesatz, um überregional und zunehmend international um Unternehmen zu werben. Die Stadt hofft dabei auf weitere Einnahmesteigerungen: 2017 sollen die Gewerbesteuererträge bei rund 250 Mio. €, 2018 bei rund 265 und 2019 bei rund 280 Mio. € liegen. 2014 waren die Erträge mit 215,4 Mio. € bereits kräftiger als erwartet ausgefallen. Auch 2015 entwickelten sich zur Mitte des Jahres die Erwartungen auf rund 260 Mio. €. Aus Sicht der Wirtschaft trägt Monheim dazu bei, dass steuer-sensible Firmen in Nordrhein-Westfalen gehalten werden könnten. Teile der Liquidität verwendet die Stadt zum Ausbau und Erhalt wichtiger Standortfaktoren, u.a. rund 15,5 Mio. € für Straßenbau- und Unterhaltung.

Tabelle 12: Streuung der Gemeinden ab 50.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Gewerbsteuer)

Hebesatz	2015		2014	
	Anzahl	%	Anzahl	%
320 – 349	0	0	0	0
350 – 369	9	4,9	9	4,9
370 – 389	13	7,1	15	8,2
390 – 409	20	11,0	20	11,0
410 – 429	25	13,7	31	17,0
430 – 449	39	21,4	35	19,2
450 – 469	32	17,6	30	16,5
470 – 489	24	13,2	24	13,2
490 – 509	15	8,2	15	8,2
ab 510	5	2,7	3	1,7
Summe	182	100	182	100

Bei einer Schichtung der 182 Gemeinden nach Hebesatzgruppen zeigt sich im Jahr 2015 eine erneute Verschiebung hin zu höheren Hebesatzgruppen (vgl. Tabelle 12). Der Anstieg der Verteilungskurve liegt bis zur am dichtesten besetzten Hebesatzgruppe 430 bis 449 % deutlich unter denen des Vorjahres, danach dann leicht darüber. Weiterhin haben nur noch neun Kommunen und damit nur noch 5 % der Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern einen Gewerbesteuerhebesatz bis 370 %.

Der niedrigste Hebesatz über alle Gemeinden mit 50.000 und mehr Einwohnern liegt bei 350 %. Friedrichshafen (Baden-Württemberg) erhebt diesen vergleichsweise günstigen Satz als einzige dieser Gemeinden seit einigen Jahren. Am oberen Ende der Skala der Gewerbesteuerhebesätze hat Oberhausen (550 %) nun wieder Marl (530 %) als letztjährigen Spitzenreiter abgelöst.

Dabei führt Oberhausen eine Reihe von Städten in Nordrhein-Westfalen an, die hohe Hebesätze über 450 % haben. Mittlerweile belegen Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen die ersten 19 Plätze in der Liste der 182 Kommunen ab 50.000 Einwohnern. Danach folgt dann gleich München mit seinem seit Jahren stabilen Hebesatz von 490 %.

Tabelle 13: Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ländern für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015

Rangfolge	Bundesland	2015	2014	Veränderung in %-Punkten
1.	Baden-Württemberg	402	400	2
2.	Berlin	410	410	0
3.	Rheinland-Pfalz	419	411	8
4.	Brandenburg	421	421	0
5.	Schleswig-Holstein	426	422	4
6.	Niedersachsen	434	431	3
7.	Hessen	437	437	0
8.	Mecklenburg-Vorpommern	443	440	3
Bundesdurchschnitt		448	446	2
9.	Saarland	450	450	0
9.	Sachsen-Anhalt	450	450	0
11.	Bayern	451	451	0
12.	Sachsen	453	452	1
13.	Bremen	456	456	0
13.	Thüringen	456	449	7
15.	Hamburg	470	470	0
16.	Nordrhein-Westfalen	474	471	3

Erstmalig haben alle Länder 2015 einen gewogenen Durchschnitt beim Gewerbesteuerhebesatz von mehr als 400 %.

Auch wenn der Nivellierungsprozess voranschreitet, bietet sich in den einzelnen Ländern weiterhin ein sehr unterschiedliches Bild. Mittlerweile liegen acht Länder – und damit eines mehr als im Vorjahr – mit ihrem gewogenen Durchschnitt über dem Bundesdurchschnitt von 448 %. Eine Ursache ist der deutliche Anstieg des gewogenen Hebesatzes in Rheinland-Pfalz und Thüringen. Thüringen verzeichnet seit drei Jahren einen jeweils kräftigen Anstieg beim gewogenen Landesdurchschnitt. Auch Nordrhein-Westfalen legte 2015 auf sehr hohem Niveau erneut zu. Hier erhöhte sich der gewogene Durchschnitt um 3 Prozentpunkte auf nunmehr 474 %. Immerhin fünf Flächenländer verzeichnen 2015 keinen Anstieg beim gewogenen Landesdurchschnitt. Dazu kommen mit einem unveränderten Hebesatz die drei Stadtstaaten. Die Analyse der Hebesatzentwicklung zeigt, dass die Dynamik eindeutig von den größeren Kommunen ab 50.000 Einwohnern bestimmt

wird, auch wenn sich absolut am meisten in den Kommunen zwischen 20.000 und 49.999 Einwohnern tut. Deshalb fällt auch der durchschnittliche Hebesatz in Nordrhein-Westfalen so hoch aus: Schließlich finden sich hier viele größere Gemeinden. Die Grenze zu den Hochsteuerländern wird bei einem Durchschnittshebesatz von 450 % angesetzt. Dazu gehören Bayern, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, das Saarland und Thüringen.

In die Kategorie der Länder mit hohen, aber nicht höchsten Gewerbesteuerhebesätzen gehören solche mit einem Durchschnittshebesatz von 410 bis unter 450 %. Es sind die Nordländer (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen), Brandenburg, Berlin, Hessen und Rheinland-Pfalz. Nur noch ein Land – Baden-Württemberg – fällt in die Kategorie der Länder mit moderaten Hebesätzen.

Der Einfluss der Landespolitik auf die Hebesätze nimmt zu. Dazu zählen vor allem steigende fiktive Hebesätze im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches sowie Anforderungen im Rahmen von Konsolidierungsprogrammen. Während Nordrhein-Westfalen den Gewerbesteuerhebesatz bei Haushaltssanierungskonzepten von Stärkungspakt-Gemeinden durchaus im Blick hat, legt Hessen bei seinem kommunalen Sanierungsprogramm Wert darauf, gerade in diesem Punkt keine Vorgaben zu machen. Hier wirken aber spätestens 2016 die gestiegenen Nivellierungshebesätze. Dazu kommt die regional unterschiedliche Häufung von Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern, die Spitzenreiter bei den Realsteuersätzen – und hier insbesondere bei der Gewerbesteuer – sind und Orientierung für die Umlandgemeinden geben. Mehr und mehr spielt die finanzielle Lage der Kommunen wie bereits beschrieben eine wesentliche Rolle.

Im Jahr 2015 blieb der jeweilige Gewerbesteuer-Hebesatz in den Großstädten ab 500.000 Einwohnern unverändert (vgl. Abb. 15). Dortmund (485 %) ist dem langjährigen Spitzenreiter München mit 490 % auf den Fersen, gefolgt von Essen und Köln mit 480 und 475 %. Im Mittelfeld liegen Hamburg, Leipzig, Hannover, Frankfurt/M. und Bremen mit 460 %. Am moderaten unteren Ende befinden sich Düsseldorf mit 440 %, Stuttgart mit 420 % und Berlin mit 410 %.

Tabelle 14: Hebesätze der Gewerbesteuer in den Großstädten

Rangfolge	Stadt	Hebesatz 2015	Veränderung ggü. Vorjahr in %-Punkten
1.	München	490	0
2.	Dortmund	485	0
3.	Essen	480	0
4.	Köln	475	0
5.	Hamburg	470	0
6.	Leipzig	460	0
6.	Hannover	460	0
6.	Frankfurt am Main	460	0
6.	Bremen	460	0
10.	Dresden	450	0
11.	Düsseldorf	440	0
12.	Stuttgart	420	0
13.	Berlin	410	0

b. Gemeinden mit 20.000 Einwohnern und mehr

Von den insgesamt 676 Gemeinden in dieser Gruppe haben 2015 146 ihren Hebesatz der Gewerbesteuer erhöht, zwei haben ihn gesenkt. Bei den Erhöhungen entfallen 82,2 % auf die Gemeinden zwischen 20.000 und 49.999 Einwohnern und 17,8 % auf die Gemeinden ab 50.000 Einwohnern. Im Vergleich zu 2014 hat sich der durchschnittliche gewogene Hebesatz der Gewerbesteuer von 428 auf 431 % erhöht. Er liegt damit 17 Prozentpunkte unter dem gewogenen Durchschnitt der Gemeinden ab 50.000 Einwohnern. Damit verkleinert sich Jahr für Jahr der Abstand beim gewogenen Durchschnitt zwischen den Größenklassen.

Tabelle 15: Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern

	2012	2013	2014	2015
Gewerbesteuer-Hebesatz	423	426	428	431

Bei einer Schichtung der 676 Gemeinden nach Hebesatzgruppen werden die Unterschiede deutlich. Durch den Einbezug der kleinen Gemeinden zwischen 20.000 und 49.999 Einwohnern werden zu einem großen Teil die niedrigeren Hebesatzgruppen belegt.

Tabelle 16: Streuung der Gemeinden ab 20.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Gewerbesteuer)

Hebesatz	2015		2014	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 280	0	0	0	0
280 – 299	3	0,4	4	0,6
300 – 319	7	1,0	12	1,8
320 – 349	56	8,3	58	8,6
350 – 369	89	13,2	103	15,2
370 – 389	101	14,9	99	14,6
390 – 409	116	17,2	103	15,2
410 – 429	93	13,8	105	15,5
430 – 449	75	11,1	73	10,8
450 – 469	63	9,3	58	8,6
470 – 489	39	5,8	33	4,9
490 – 509	27	4,0	23	3,4
ab 510	7	1,0	5	0,7
Summe	676	100	676	100

Während unter den mittleren und großen Gemeinden ab 50.000 Einwohnern keine einzige Kommune zu finden ist, die noch einen Hebesatz für die Gewerbesteuer von unter 350 % anwendet, sind es bei der Gesamtbeurteilung 2015 immerhin noch 10 % der Gemeinden, deren Hebesatz sich zwischen 280 und 350 % bewegt. Im Vergleich zu 2014 nimmt ihre Anzahl jedoch ab. Diese Nivellierungstendenz in Richtung höhere Hebesätze zeigt sich durchweg in allen Hebesatzgruppen.

Für alle 676 Gemeinden zusammengenommen ist die Hebesatzgruppe zwischen 390 und 409 % am höchsten besetzt. Gleichwohl verteilen sich die Gemeinden deutlich gleichmäßiger auf die einzelnen Hebesatzgruppen als bei den mittleren und großen Kommunen. Knapp 28 % der Gemeinden haben 2015 bei der Gewerbesteuer einen Hebesatz angewendet, der unter oder gleich groß dem Bundesdurchschnitt von 431 % ist. Das bedeutet aber auch, dass die Hebesatzdynamik bei der Gewerbesteuer von den Gemeinden ab 50.000 Einwohnern bestimmt wird.

Der niedrigste Hebesatz aller 676 Gemeinden ab 20.000 Einwohnern wird von den Gemeinden Eschborn (Hessen, 280 %) und Monheim (Nordrhein-Westfalen, 285 %; ab 2016: 265 %) angewandt. Der höchste Hebesatz findet sich bekanntermaßen in Oberhausen (Nordrhein-Westfalen, 550 %). Der unterschiedliche Besatz der einzelnen Länder mit kleineren Gemeinden zwischen 20.000 und 49.999 Einwohnern macht sich auch beim gewogenen Durchschnittshebesatz pro Land bemerkbar. Es sind vor allem die Länder mit zahlreichen kleineren Gemeinden mit – im Durchschnitt – niedrigeren Hebesätzen. Allein in Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen fünf Jahren sämtliche 396 Kommunen die Gewerbesteuer 625-mal angehoben; teilweise in mehreren Jahren hintereinander. Zahlreiche Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Hessen haben Hebesatzerhöhungen für 2016 beschlossen oder diskutieren intensiv darüber.

Tabelle 17: Durchschnittlicher Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ländern für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015

Rangfolge	Bundesland	2015	2014	Veränderung in %-Punkten
1.	Brandenburg	380	379	1
2.	Baden-Württemberg	386	384	2
3.	Schleswig-Holstein	402	397	5
4.	Hessen	409	406	3
5.	Berlin	410	410	0
6.	Rheinland-Pfalz	412	406	6
7.	Sachsen-Anhalt	413	412	1
8.	Niedersachsen	415	410	5
9.	Bayern	421	420	1
10.	Saarland	427	425	2
11.	Mecklenburg-Vorpommern	429	427	2
12.	Thüringen	431	426	3
Bundesdurchschnitt		431	428	3
13.	Sachsen	438	437	1
14.	Bremen	456	456	0
15.	Nordrhein-Westfalen	465	461	4
16.	Hamburg	470	470	0

2. Hebesätze der Grundsteuer

Die Grundsteuer B entwickelt sich zu einer immer wichtigeren Gemeindesteuer. Durch die weiterhin unveränderliche Bemessungsgrundlage bleiben den Kommunen nur die Hebesätze, wenn sie Mehreinnahmen erzielen wollen. Die Grundsteuer hat systematisch gegenüber der Gewerbesteuer den Vorteil, dass ihre Bemessungsgrundlage immobil ist. Nicht zuletzt deshalb erhöhen deutlich mehr Gemeinden den Hebesatz für die Grundsteuer B als den für die Gewerbesteuer. Viele Kommunen wissen außerdem um das standortpolitisch sensible Datum „Gewerbesteuer-Hebesatz“ und hoffen, dass sie mit ihrer Entscheidung zu einer Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer weniger in die Investitionsentscheidungen der Unternehmen in der Region eingreifen.

a. Gemeinden mit 50.000 Einwohnern und mehr

Tabelle 18: Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern

Steuerart	Jahr									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Grundsteuer A	267	269	269	269	277	283	286	286	291	296
Grundsteuer B	477	494	494	494	507	517	527	528	545	561

Der bundesdurchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B ist 2015 für diese Gemeindegrößen wie bereits im Vorjahr „durch die Decke gegangen“. Der Anstieg betrug 2015 16 Prozentpunkte auf nunmehr 561 %, nach einem Anstieg in 2014 um 17 Prozentpunkte. In den letzten 10 Jahren hat sich damit der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B in den Gemeinden ab 50.000 Einwohnern um 84 Prozentpunkte erhöht. Der bundesdurchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer A ist 2015 auch ungewöhnlich stark um 5 Prozentpunkte gestiegen.

Im Jahr 2015 erhöhten nur 47 der 182 großen Kommunen die Grundsteuer B, eine Gemeinde hat ihren Hebesatz gesenkt. Der Anteil der erhöhenden Gemeinden bei der Grundsteuer B liegt 2015 deutlicher als in den Vorjahren über dem Anteil der Gemeinden, die den Gewerbesteuer-Hebesatz angehoben haben. Dies spricht für eine Verschiebung der Hebesatzerhöhungen in den Bereich der Grundsteuern. In allen Gemeindegrößenklassen finden sich Kommunen, die den Hebesatz für die Grundsteuer B 2015 erhöht haben.

Tabelle 19: Erhöhungen/Senkungen des Hebesatzes der Grundsteuer B nach Gemeindegrößenklassen

Einwohner	Anzahl Städte	Grundsteuer B	
		Erhöhung	Senkung
20.000 bis 49.999	494	153	1
50.000 bis 74.999	75	20	1
75.000 bis 99.999	31	6	0
100.000 bis 149.999	23	5	0
150.000 bis 199.999	14	5	0
200.000 bis 299.999	20	5	0
300.000 bis 499.999	6	4	0
über 500.000	13	2	0
Summe	676	200	2

Absoluter Spitzenreiter unter den Ländern ist Nordrhein-Westfalen. Hier hat sich der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B 2015 um 41 Prozentpunkte erhöht. Es folgen Rheinland-Pfalz (+ 20) und Hessen (+ 14). Die Länder Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen sowie Sachsen liegen 2015 über dem Bundesdurchschnitt; Berlin ist und bleibt als Land Spitzenreiter mit 810 %. Trotz des erheblichen Anstiegs beim gewogenen Landesdurchschnitt markiert Rheinland-Pfalz das Land mit dem geringsten durchschnittlichen Hebesatz bei der Grundsteuer B. Der rheinland-pfälzische Satz liegt mittlerweile 122 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt und 136 unter dem von Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 20: Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer B nach Ländern für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015

Rangfolge	Bundesland	GrSt B 2015	GrSt B 2014	Veränderung in %-Punkten
1.	Rheinland-Pfalz	439	419	20
2.	Saarland	460	460	0
3.	Baden-Württemberg	461	461	0
4.	Schleswig-Holstein	486	482	4
5.	Sachsen-Anhalt	492	492	0
6.	Niedersachsen	493	487	6
7.	Brandenburg	497	485	12
8.	Bayern	499	498	1
8.	Hessen	499	485	14
10.	Thüringen	501	501	0
11.	Mecklenburg-Vorpommern	521	515	6
12.	Hamburg	540	540	0
Bundesdurchschnitt		561	545	16
13.	Bremen	572	572	0
14.	Nordrhein-Westfalen	575	534	41
15.	Sachsen	611	611	0
16.	Berlin	810	810	0

Die Spannweite der Grundsteuer-B-Hebesätze ist sehr viel größer als die der Gewerbesteuer und im Vergleich zum Vorjahr lediglich konstant geblieben. Es lagen 2015 525 Prozentpunkte (480 Prozentpunkte 2014) zwischen dem niedrigsten Hebesatz von 330 % in Marburg und dem höchsten von 855 % in Duisburg. Auch in diesem Jahr ist die Hebesatzgruppe 490 bis 509 % am stärksten besetzt.

Tabelle 21: Streuung der Gemeinden ab 50.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Grundsteuer B)

Hebesatz	2015		2014	
	Anzahl	%	Anzahl	%
bis 300	0	0	0	0
300 – 319	0	0	0	0
320 – 349	5	2,7	5	2,7
350 – 369	1	0,5	2	1,0
370 – 389	10	5,5	11	6,0
390 – 409	7	3,8	9	4,9
410 – 429	21	11,5	23	12,6
430 – 449	18	9,9	20	11,0
450 – 469	14	7,7	19	10,5
470 – 489	17	9,3	15	8,2
490 – 509	22	12,1	24	13,2
510 – 529	8	4,4	5	2,7
530 – 549	8	4,4	10	5,5
550 – 569	8	4,4	7	3,8
570 – 589	3	1,6	4	2,2
590 – 609	13	7,1	15	8,2
610 – 629	4	2,2	2	1,0
630 – 649	5	2,7	2	1,0
650 – 669	4	2,2	2	1,0
über 670	14	7,7	7	3,8
Summe	182	100	182	100

Das Muster einer stärkeren Rechtsverschiebung der Hebesatzstreuung verstärkt sich von Jahr zu Jahr. Die Abbildung zeigt sowohl die breitere Streuung der Hebesätze bei der Grundsteuer im Vergleich zur Gewerbesteuer als auch die Bewegung weg von niedrigeren hin zu höheren Hebesätzen und eine im Zeitablauf geringere Anzahl von Hebesätzen im Bereich bis 430 %.

Der gewogene Durchschnittshebesatz von 561 % liegt deutlich rechts der mittleren Hebesatzgruppe (470 bis 489 %). Die meisten Gemeinden hatten 2015 einen Hebesatz von 490 bis 509 %. Immerhin schon 43 Gemeinden verteilen sich über die Hebesatzgruppen 570 bis über 670 %. 2011 befanden sich in diesem Bereich erst 10 Gemeinden.

In den Großstädten ist die Grundsteuer B eine durchaus bedeutende Steuer. Das Hebesatzniveau hier ist bereits hoch. Im Jahr 2015 haben Essen und Dortmund im Zuge der Erhöhungsspirale in Nordrhein-Westfalen ihre Hebesätze nochmals angehoben. Düsseldorf nimmt mit seinen 440 % nunmehr schon eine Außenseiterrolle unter den deutschen Großstädten ein.

Tabelle 22: Hebesätze der Grundsteuer B in den Großstädten, aufsteigend sortiert

Rangfolge	Stadt	Hebesatz 2015	Veränderung ggü. Vorjahr in %-Punkten
1.	Düsseldorf	440	0
2.	Frankfurt am Main	500	0
3.	Köln	515	0
4.	Stuttgart	520	0
5.	München	535	0
6.	Hamburg	540	0
7.	Bremen	580	0
8.	Hannover	600	0
9.	Dortmund	610	70
10.	Dresden	635	0
11.	Leipzig	650	0
12.	Essen	670	80
13.	Berlin	810	0

b. Gemeinden mit 20.000 Einwohnern und mehr

Von den insgesamt 676 Gemeinden haben 2015 200 ihren Hebesatz der Grundsteuer B erhöht, zwei haben ihn gesenkt. Das sind doppelt so viele Gemeinden wie noch im Vorjahr. Bei den Erhöhungen entfallen 76,5 % auf die Gemeinden zwischen 20.000 und 49.999 Einwohnern und 23,5 % auf die Gemeinden ab 50.000 Einwohnern.

Im Vergleich zu 2014 hat sich der durchschnittliche gewogene Hebesatz der Grundsteuer B von 500 auf 517 % erhöht – ein historisch einmaliger Sprung nach oben. Der Hebesatz liegt damit 44 Prozentpunkte unter dem gewogenen Durchschnitt der Gemeinden ab 50.000 Einwohnern.

Tabelle 23: Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern

	2012	2013	2014	2015
Grundsteuer A	289	295	297	303
Grundsteuer B	482	496	500	517

Im Ländervergleich offenbaren sich wie bei der Gewerbesteuer einige Abweichungen im Vergleich zur isolierten Betrachtung nur der Gemeinden ab 50.000 Einwohnern.

Tabelle 24: Durchschnittlicher Hebesatz der Grundsteuer B nach Ländern für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach 2015

Rangfolge	Bundesland	GrSt B 2015	GrSt B 2014	Veränderung in %-Punkten
1.	Saarland	407	399	8
2.	Rheinland-Pfalz	424	405	19
3.	Baden-Württemberg	425	424	1
4.	Brandenburg	432	425	7
5.	Sachsen-Anhalt	435	435	0
6.	Schleswig-Holstein	441	435	6
7.	Niedersachsen	447	440	7
8.	Bayern	452	449	3
9.	Thüringen	462	458	5
10.	Hessen	481	448	33
11.	Mecklenburg-Vorpommern	509	500	9
Bundesdurchschnitt		517	500	17
12.	Hamburg	540	540	0
13.	Nordrhein-Westfalen	553	513	40
14.	Sachsen	561	561	0
15.	Bremen	572	572	0
16.	Berlin	810	810	0

Die Zunahme der Länderdurchschnitte fallen bei der Grundsteuer B für die Gemeinden ab 20.000 Einwohnern etwas gleichmäßiger und geringer aus als bei Betrachtung der Kommunen ab 50.000 Einwohnern. Dennoch – auch bei der Analyse der 676 Kommunen ab 20.000 Einwohnern nimmt Nordrhein-Westfalen die Führungsrolle bei den Hebesatzerhöhungen ein. Aufgrund der vielen größeren Städte fällt der gewogene Landesdurchschnitt für Nordrhein-Westfalen in dieser Abgrenzung nahezu gleich dem der 50.000er-Gemeinden aus. Ein großer Unterschied ist in Hessen zu beobachten – in der 20.000-Abgrenzung erhöht sich der gewogene Landesdurchschnitt mehr als doppelt so stark wie bei den Gemeinden mit 50.000 Einwohnern und mehr. Überhaupt Nordrhein-Westfalen: In den vergangenen fünf Jahren haben sämtliche 396 Kommunen die Grundsteuer B insgesamt 781-mal angehoben; teilweise in mehreren Jahren hintereinander. Bei der Grundsteuer B ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis erste Kommunen in Nordrhein-Westfalen Steuersätze von über 1.000 Punkten einführen. In den Ankündigungen von Erhöhungen für 2016 liegen bereits wieder nordrhein-westfälische Kommunen vorn, so u.a. Bochum und Mönchengladbach. Negativer Deutschland-Spitzenreiter könnte die Gemeinde Bergneustadt östlich von Köln werden. Der finanziell angeschlagene Ort will den Hebesatz auf fast 1.000 % heraufsetzen. Zeitweise waren sogar 1.400 % erwogen worden. Im Vergleich zur den Gemeinden ab 50.000 Einwohnern nimmt die Spannweite der Grundsteuer-B-Hebesätze nochmals deutlich zu.

Tabelle 25: Streuung der Gemeinden ab 20.000 Einwohnern nach Hebesatzgruppen (Grundsteuer B)

Hebesatz	2015		2014	
	Anzahl	%	Anzahl	%
bis 300	15	2,2	20	3,0
301 – 319	21	3,1	22	3,3
320 – 349	36	5,3	53	7,8
350 – 369	54	8,0	55	8,1
370 – 389	70	10,4	80	11,8
390 – 409	87	12,9	91	13,5
410 – 429	76	11,2	94	13,9
430 – 449	64	9,5	56	8,3
450 – 469	61	9,0	62	9,2
470 – 489	37	4,5	28	4,1
490 – 509	38	5,6	37	5,5
510 – 529	15	2,2	8	1,2
530 – 549	10	1,5	10	1,5
550 – 569	19	2,8	13	1,9
570 – 589	8	1,2	8	1,2
590 – 609	21	3,1	18	2,7
610 – 629	4	0,6	2	0,3
630 – 649	5	0,7	4	0,6
650 – 669	6	0,9	3	0,4
über 670	29	4,3	12	1,8
Summe	676	100	676	100

Im Jahr 2015 wendeten noch 15 Gemeinden im Bundesgebiet, die zwischen 20.000 und 49.999 Einwohner haben, einen Grundsteuer-B-Hebesatz von weniger als 300 % an. Bei den größeren Gemeinden ab 50.000 Einwohnern ist diese Hebesatzgruppe seit langem unbesetzt. Das gilt im Übrigen auch für die Gruppe mit einem Hebesatz zwischen 300 und 319 %. Bei der Grundsteuer B lassen sich jedoch die gleichen Aufholprozesse beobachten wie bei der Gewerbesteuer. Alle Hebesatzgruppen unter 430 % verlieren, alle darüber gewinnen.

3. Vergleich der Durchschnittshebesätze der Realsteuern

a. Gemeinden ab 50.000 Einwohnern und mehr

In den letzten Jahren ist der Hebesatz der Grundsteuer in Sprüngen angestiegen. Im Vergleich dazu entwickelt sich der Hebesatz der Gewerbesteuer kontinuierlich aufwärts. Dieser Trend hat sich auch 2015 fortgesetzt.

Tabelle 26: Entwicklung der Realsteuer-Hebesätze im Bundesdurchschnitt für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern

Steuerart	Jahr									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gewerbesteuer	433	432	432	432	435	438	440	441	446	448
Grundsteuer A	267	269	269	269	277	283	286	286	291	296
Grundsteuer B	477	494	494	494	507	517	527	528	545	561

Der Ländervergleich zeigt, dass der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B in den Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern nunmehr in allen Ländern über dem der Gewerbesteuer liegt. Sachsen leistet sich als einziges Flächenland nicht nur ein ausgesprochen hohes Hebesatzniveau bei der Gewerbesteuer, sondern auch ein besonders hohes bei der Grundsteuer.

Im Bundesdurchschnitt steigt der Grundsteuer-B-Hebesatz geringfügig vom Vorjahreswert 122,3 % des Durchschnittssatzes der Gewerbesteuer auf 125,2 % in 2015. Er betrug 2006 noch 110,2 % und lag 2004 bei 107,6 %.

Den im Vergleich zur Gewerbesteuer höchsten Grundsteuer-B-Hebesatz hat nach wie vor Berlin (197,6 %), mit einigem Abstand gefolgt von Sachsen (134,9 %) und Bremen (125,4 %).

Tabelle 27: Vergleich der Durchschnittshebesätze nach Ländern für alle Gemeinden ab 50.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach Grundsteuer B in % des Gewerbesteuerhebesatzes

Rang- folge	Bundesland	GewSt	GrSt B	GrSt A	GrSt B in % der GewSt	GrSt A in % der GewSt
1.	Saarland	450	460	275	102,2	61,1
2.	Rheinland-Pfalz	419	439	318	104,8	75,9
3.	Sachsen-Anhalt	450	492	250	109,3	55,6
4.	Thüringen	456	501	303	109,9	66,4
5.	Bayern	451	499	421	110,6	93,3
6.	Niedersachsen	434	493	411	113,6	94,7
7.	Schleswig-Holstein	426	486	387	114,1	90,8
8.	Hessen	437	499	268	114,2	61,3
9.	Baden-Württemberg	402	461	405	114,7	100,7
10.	Hamburg	470	540	225	114,9	47,9
11.	Mecklenburg-Vorpommern	443	521	319	117,6	72,0
12.	Brandenburg	421	497	332	118,1	78,9
13.	Nordrhein-Westfalen	474	575	262	121,3	55,3
Bundesdurchschnitt		448	561	296	125,2	66,1
14.	Bremen	456	572	250	125,4	54,3
15.	Sachsen	453	611	321	134,9	70,9
16.	Berlin	410	810	150	197,6	36,6

In den Großstädten ist der Grundsteuer-B-Hebesatz ebenfalls in der Regel höher als der Gewerbesteuersatz. Nur in Düsseldorf lagen auch 2015 der Hebesatz von Gewerbesteuer und Grundsteuer B auf dem gleichen Niveau. Die relativ höheren Grundsteuer-B-Hebesätze beginnen bei Köln mit 40 Punkten und enden bei Berlin mit 400 Differenzpunkten oberhalb der Gewerbesteuer.

Tabelle 28: Vergleich der Hebesätze in Großstädten, absteigend sortiert nach der Hebesatz-Differenz

Rangfolge	Stadt	GewSt	GrSt B	GrSt A	Differenz GewSt – GrSt B
1.	Berlin	410	810	150	-400
2.	Leipzig	460	650	350	-190
3.	Essen	480	670	255	-190
4.	Dresden	450	635	280	-185
5.	Hannover	460	600	530	-140
6.	Dortmund	485	610	325	-125
7.	Bremen	460	580	250	-120
8.	Stuttgart	420	520	520	-100
9.	Hamburg	470	540	225	-70
10.	München	490	535	535	-45
11.	Köln	475	515	165	-40
12.	Frankfurt am Main	460	500	175	-40
13.	Düsseldorf	440	440	156	0

b. Gemeinden ab 20.000 Einwohnern und mehr

Bei der Betrachtung über alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern zeigt sich für 2015 ein ähnlich großer Sprung im durchschnittlichen Hebesatz wie bei den größeren Kommunen.

Tabelle 29: Entwicklung der Realsteuer-Hebesätze im Bundesdurchschnitt für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern

	2012	2013	2014	2015
Gewerbsteuer	423	426	428	431
Grundsteuer A	289	295	297	303
Grundsteuer B	482	496	500	517

Der Ländervergleich zeigt, dass der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B in den Gemeinden ab 20.000 Einwohnern bis auf das Saarland über dem der Gewerbesteuer liegt. Die Gemeinden zwischen 20.000 und 49.999 wirken insgesamt deutlich dämpfend auf alle Hebesätze.

Tabelle 30: Vergleich der Durchschnittshebesätze nach Ländern für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohnern, aufsteigend sortiert nach Grundsteuer B in % des Gewerbesteuerhebesatzes

Rangfolge	Bundesland	GewSt	GrSt B	GrSt A	GrSt B in % der GewSt	GrSt A in % der GewSt
1.	Saarland	427	407	265	95,3	62,1
2.	Rheinland-Pfalz	412	424	316	102,9	76,7
3.	Sachsen-Anhalt	413	435	285	105,3	69,0
4.	Bayern	421	452	387	107,4	91,9
4.	Thüringen	431	463	304	107,4	70,5
6.	Niedersachsen	415	447	397	107,7	95,7
7.	Schleswig-Holstein	402	441	377	109,7	93,8
8.	Baden-Württemberg	386	425	374	110,1	96,9
9.	Brandenburg	380	432	294	113,7	77,4
10.	Hamburg	470	540	225	114,9	47,9
11.	Hessen	409	481	306	117,6	74,8
12.	Mecklenburg-Vorpommern	429	509	316	118,6	73,7
13.	Nordrhein-Westfalen	465	553	264	118,9	56,8
Bundesdurchschnitt		431	517	303	120,0	70,3
14.	Bremen	456	572	245	125,4	53,7
15.	Sachsen	438	561	317	128,1	72,4
16.	Berlin	410	810	150	197,6	36,6

Literaturhinweise

Andrae, Kathrin (2015): Grundsteuer und Gewerbesteuer: Update 2014 – Entwicklung der Hebesätze der Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern im Jahr 2014 gegenüber 2013, ifst-Schrift 504.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013): Städte in Not? Wege aus der Schuldenfalle, Gütersloh.

Boettcher, Florian (2013): Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite: Eine finanz- und politikwissenschaftliche Untersuchung am Beispiel der nordrhein-westfälischen Gemeinden, Münster.

Budäus, Dietrich/Hilgers, Dennis/Steger, Gerhard (2014): Entwicklungspfade und Reformdefizite öffentlicher Ressourcensteuerung in Deutschland – Lernen am aktuellen Beispiel Österreich, ifst-Schrift 500.

Buettner, Thiess (2007): Reform der Gemeindefinanzen, Ifo Working Paper No. 45.

Bundesministerium der Finanzen (2011): Gemeindefinanzkommission – Ausgangslage und Ergebnisse, <http://www.bundesfinanzministerium.de>.

Bundesministerium der Finanzen (2014): Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2004 bis 2013, Berlin.

Bundesministerium der Finanzen (2015): Eckdaten zur Entwicklung der Kommunalfinanzen 2005 bis 2014, Berlin.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2011): Reform der Gewerbesteuer, <http://www.bdi.eu/Reform-der-Gewerbesteuer.htm>.

Deutscher Bundestag (2010a): Drucksache 17/1764: Gewerbesteuer stabilisieren – nicht abschaffen.

Deutscher Bundestag (2010b): Drucksache 17/3996: Klare Perspektiven für Kommunen – Gewerbesteuer stärken.

Deutscher Bundestag (2010c): Drucksache 17/783: Für eine Verstetigung der Kommunalfinanzen – Die Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln.

Deutscher Bundestag (2013): Drucksache 17/13343: Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland.

Deutscher Städtetag (2010): Die Gewerbesteuer – eine gute Gemeindesteuer.

Deutscher Städtetag (2010): Gemeindefinanzkommission, <http://www.staedtetag.de/presse/beschluesse/058390/index.html>.

Deutscher Städtetag (2015): Gemeindefinanzbericht 2015: Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern.

DIE WELT (2011): Gewerbesteuer Reform vorerst gescheitert, http://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article13432363/Gewerbesteuer-Reform-vorerst-gescheitert.html.

Koblenzer, Thomas/Günther, Carina (2014): Verfassungsrechtliche Grenzen des Zugriffs auf kommunale Steuereinnahmen durch Umlagen am Beispiel der Solidaritätsumlage in NRW, ifst-Schrift 499.

Leder, Matthias/Römer, Michael (2015): Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Hessen, Stellungnahme der IHK-Arbeitsgemeinschaft Hessen.

Lenk, Thomas/Hesse, Mario/Lück, Oliver (2013): Synoptische Darstellung der kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder aus finanzwissenschaftlicher Perspektive, Studie im Auftrag des Landesrechnungshofs Mecklenburg-Vorpommern, Leipzig.

Mann, Hugo (1987): Theorie und Politik der Steuerreform in der Demokratie, Frankfurt am Main/Bern/New York.

Nehls, Daniela/Scheffler, Wolfram (2015): Grundsteuerreform: Aufkommens- und Belastungswirkungen des Äquivalenz-, Kombinations- und Verkehrswertmodells, ifst-Schrift 503.

Roser, Frank (2014): Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen von Nutzungsentgelten nach § 8 Nr. 1d bis f GewStG – Konzeptionelle Grundprobleme und Lösungsüberlegungen –, ifst-Schrift 497.

Schwabbacher, Wolfram/Dittrich, Stefan/Mailahn, Henry (2011): Politikberatung durch Mikrosimulationen – Berechnungen für die Gemeindefinanzkommission, Statistisches Bundesamt.

Sinn, Hans-Werner (1997): Deutschland im Steuerwettbewerb, CES Working Paper No. 132, Center for Economic Studies, Universität München.

SPD (2011): Arbeit der Gemeindefinanzkommission beendet, <http://www.spdfraktion.de/themen/arbeit-der-gemeindefinanzkommission-beendet>.

Statistisches Bundesamt (2012): Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung und für Gesundheit, Sport, Erholung, Fachserie 14 Reihe 3.5, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013a): Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, Fachserie 14 Reihe 2, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013b): Rechnungsergebnisse der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände, Fachserie 14 Reihe 3.3.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013c): Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts, Fachserie 14 Reihe 5.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014a): Rechnungsergebnisse der kommunalen Kern- und Extrahaushalte, Fachserie 14 Reihe 3.3, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014b): Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, Fachserie 14 Reihe 3.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014c): Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015): Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 10.1, Realsteuervergleich – Realsteuern und kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung, Wiesbaden.

Süddeutsche (2011): Kommunen klammern sich an ihren Schatz, <http://www.sueddeutsche.de/geld/gewerbesteuer-reform-scheitert-kommunen-klammern-sich-an-ihren-schatz-1.1106664>.

Thöne, Michael (2010): Gewerbesteuerreform – Das Ende einer unendlichen Geschichte?, in: *Wirtschaftsdienst* 90 (5), 289–294.

Zwick, Markus (2007): Alternative Modelle zur Ausgestaltung von Gemeindesteuern: Mikroanalytische Quantifizierung der Einnahme-, der Einkommens- und der Verteilungseffekte.

TABELLENANHANG

Tabelle 1: Liste der Gemeinden aufsteigend sortiert nach Gewerbesteuerhebesatz

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Eschborn, Stadt	HE	280	0	140	0	170	0
Monheim am Rhein, Stadt	NW	285	0	385	0	380	0
Unterhaching	BY	295	0	280	0	280	0
Coburg	BY	300	0	300	0	300	0
Lohne (Oldenburg), Stadt	NI	300	0	275	0	275	0
Waren (Müritz), Stadt	MV	300	0	400	0	280	0
Wandlitz	BB	305	5	450	0	300	0
Bad Soden am Taunus, Stadt	HE	310	30	450	0	190	0
Hohen Neuendorf, Stadt	BB	310	0	360	0	300	0
Neumarkt i.d.OPf., GKSt	BY	315	0	275	0	235	0
Aichach, St	BY	320	0	320	0	320	0
Geretsried, St	BY	320	0	380	0	320	0
Güstrow, Stadt	MV	320	0	400	0	250	0
Herzogenaurach, St	BY	320	0	280	0	280	0
Kleinmachnow	BB	320	0	365	0	200	0
Moormerland	NI	320	0	320	0	320	0
Neckarsulm, Stadt	BW	320	20	300	20	300	0
Neu-Isenburg, Stadt	HE	320	0	250	0	0	0
Teltow, Stadt	BB	320	0	400	0	300	0
Vaterstetten	BY	320	0	390	0	330	0
Vechta, Stadt	NI	320	0	280	0	280	0
Zirndorf, St	BY	320	0	360	0	305	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Henstedt-Ulzburg	SH	322	12	311	36	311	51
Edewecht	NI	325	0	300	0	300	0
Erding, St	BY	325	0	300	0	250	0
Kaltenkirchen, Stadt	SH	325	15	315	35	315	35
Luckenwalde, Stadt	BB	325	0	380	0	235	0
Rastede	NI	325	15	315	15	295	15
Bad Vilbel, Stadt	HE	330	30	450	0	450	150
Biberach an der Riß, Stadt	BW	330	0	300	0	300	0
Donaueschingen, Stadt	BW	330	0	410	0	350	0
Ehingen (Donau), Stadt	BW	330	0	300	0	260	0
Flörsheim am Main, Stadt	HE	330	0	490	150	490	150
Gauting	BY	330	0	310	0	250	0
Germering, GKSt	BY	330	0	350	0	335	0
Haren (Ems), Stadt	NI	330	0	320	0	310	0
Kaufbeuren	BY	330	0	385	0	250	0
Kelkheim (Taunus), Stadt	HE	330	20	450	120	275	0
Lauf a.d.Pegnitz, St	BY	330	0	350	40	350	40
Memmingen	BY	330	0	350	0	260	0
Quickborn, Stadt	SH	330	10	350	10	340	0
Stadtallendorf, Stadt	HE	330	0	270	0	270	0
Starnberg, St	BY	330	0	350	0	300	0
Westoverledingen	NI	330	0	320	0	320	0
Ingelheim am Rhein, Stadt	RP	332	0	80	0	67,5	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Albstadt, Stadt	BW	335	0	350	0	330	0
Bietigheim-Bissingen, Stadt	BW	335	0	255	0	255	0
Herborn, Stadt	HE	335	0	280	0	250	0
Eckernförde, Stadt	SH	340	0	320	0	320	0
Landsberg am Lech, GKSt	BY	340	0	370	0	295	0
Laupheim, Stadt	BW	340	0	335	0	335	0
Leutkirch im Allgäu, Stadt	BW	340	0	370	0	320	0
Neusäß, St	BY	340	0	310	0	310	0
Ottobrunn	BY	340	0	300	0	300	0
Schramberg, Stadt	BW	340	0	360	0	340	0
Stutensee, Stadt	BW	340	0	340	0	300	0
Traunreut, St	BY	340	0	330	0	300	0
Verl, Stadt	NW	340	0	265	0	150	0
Waldkraiburg, St	BY	340	0	370	0	370	0
Wangen im Allgäu, Stadt	BW	340	0	385	0	335	0
Westerstede, Stadt	NI	340	0	325	0	315	0
Freudenstadt, Stadt	BW	345	0	380	0	320	0
Meppen, Stadt	NI	345	0	310	0	295	0
Papenburg, Stadt	NI	345	0	345	0	330	0
Pfaffenhofen a.d.Ilm, St	BY	345	0	380	30	350	0
Rheinstetten, Stadt	BW	345	0	345	0	310	0
Ahrensburg, Stadt	SH	350	0	350	0	350	0
Bad Rappenau, Stadt	BW	350	0	410	0	375	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Balingen, Stadt	BW	350	0	380	0	320	0
Bernau bei Berlin, Stadt	BB	350	0	400	0	200	0
Bernburg (Saale), Stadt	ST	350	0	370	0	300	0
Blankenfelde-Mahlow	BB	350	0	360	0	300	0
Bühl, Stadt	BW	350	0	350	0	320	0
Dachau, GKSt	BY	350	0	330	0	300	0
Deggendorf, GKSt	BY	350	0	330	0	330	0
Ettlingen, Stadt	BW	350	0	350	0	230	0
Falkensee, Stadt	BB	350	0	400	0	300	0
Forchheim, GKSt	BY	350	0	390	0	390	0
Friedrichsdorf, Stadt	HE	350	0	450	0	450	0
Friedrichshafen, Stadt	BW	350	0	340	0	300	0
Hattersheim am Main, Stadt	HE	350	0	550	0	400	0
Hennigsdorf, Stadt	BB	350	0	380	0	230	0
Husum, Stadt	SH	350	0	370	0	350	0
Karben, Stadt	HE	350	0	390	0	390	0
Königsbrunn, St	BY	350	0	320	0	320	0
Königs-Wusterhausen, Stadt	BB	350	0	375	0	250	0
Kulmbach, GKSt	BY	350	0	320	0	270	0
Merseburg, Stadt	ST	350	0	410	0	300	0
Mühlacker, Stadt	BW	350	0	390	0	340	0
Neuburg a.d.Donau, GKSt	BY	350	0	300	0	300	0
Obertshausen, Stadt	HE	350	15	431	101	431	101

Gemeinde	Bun- des- land	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Olching, St	BY	350	0	310	0	310	0
Puchheim, St	BY	350	0	320	0	320	0
Rathenow, Stadt	BB	350	0	412	0	300	0
Rottenburg am Neckar, Stadt	BW	350	0	370	0	330	0
Schwandorf, GKSt	BY	350	0	310	0	290	0
Schwedt/Oder, Stadt	BB	350	0	445	0	250	0
Seligenstadt, Stadt	HE	350	0	431	111	240	0
Spremberg, Stadt	BB	350	0	370	0	250	0
Strausberg, Stadt	BB	350	0	375	0	270	0
Unterschleißheim, St	BY	350	0	280	0	280	0
Waldkirch, Stadt	BW	350	0	360	0	360	0
Weinheim, Stadt	BW	350	0	400	-30	350	0
Weißenfels, Stadt	ST	350	0	370	0	270	0
Wertheim, Stadt	BW	350	0	340	0	310	0
Zerbst/Anhalt, Stadt	ST	350	0	355	0	305	0
Bensheim, Stadt	HE	355	0	480	160	350	70
Eppingen, Stadt	BW	355	0	335	0	335	0
Staßfurt, Stadt	ST	355	0	355	0	270	0
Dillenburg, Stadt	HE	357	7	420	40	420	40
Viernheim, Stadt	HE	357	7	450	0	280	0
Aalen, Stadt	BW	360	0	370	0	300	0
Achern, Stadt	BW	360	0	350	0	300	0
Ansbach	BY	360	0	360	0	360	0
Bad Oldesloe, Stadt	SH	360	0	380	0	380	0
Bad Zwischenahn	NI	360	0	350	0	330	0
Böblingen, Stadt	BW	360	0	360	50	310	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Bruchsal, Stadt	BW	360	0	395	0	395	0
Ellwangen (Jagst), Stadt	BW	360	0	385	0	320	0
Gardelegen, Hansestadt	ST	360	0	360	0	330	0
Garmisch-Partenkirchen, M	BY	360	0	430	0	400	0
Gersthofen, St	BY	360	0	310	0	310	0
Heidenheim an der Brenz, Stadt	BW	360	0	360	0	280	0
Herrenberg, Stadt	BW	360	0	390	0	320	0
Kehl, Stadt	BW	360	0	430	0	350	0
Kitzingen, GKSt	BY	360	0	315	0	315	0
Langenfeld (Rheinland), Stadt	NW	360	0	380	0	170	0
Lörrach, Stadt	BW	360	0	405	0	320	0
Meiningen, Stadt	TH	360	0	350	0	235	0
Neu-Ulm, GKSt	BY	360	0	375	0	350	0
Oberursel (Taunus), Stadt	HE	360	0	450	0	375	75
Öhringen, Stadt	BW	360	0	385	0	370	0
Rheinfelden (Baden), Stadt	BW	360	0	400	0	370	0
Rotenburg (Wümme), Stadt	NI	360	0	360	0	360	0
Roth, St	BY	360	0	340	0	340	0
Rottweil, Stadt	BW	360	0	400	0	340	0
Salzwedel, Hansestadt	ST	360	0	360	0	280	0
Schleswig, Stadt	SH	360	0	400	0	380	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Singen (Hohentwiel), Stadt	BW	360	0	360	0	360	0
St. Ingbert, Stadt	SL	360	0	410	0	280	20
Ulm, Universitätsstadt	BW	360	0	430	0	325	0
Villingen-Schwenningen, Stadt	BW	360	0	425	0	375	0
Waghäusel, Stadt	BW	360	20	310	20	310	20
Waiblingen, Stadt	BW	360	0	390	0	300	0
Wallenhorst	NI	360	0	320	0	320	0
Werder (Havel), Stadt	BB	360	0	350	0	360	130
Wiesloch, Stadt	BW	360	0	370	0	345	0
Wolfsburg, Stadt	NI	360	0	420	0	270	0
Ravensburg, Stadt	BW	363	13	370	0	230	0
Bad Nauheim, Stadt	HE	365	15	560	0	310	0
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	RP	365	13	365	15	300	0
Fellbach, Stadt	BW	365	10	365	10	365	10
Göppingen, Stadt	BW	365	0	370	0	370	0
Melle, Stadt	NI	365	0	325	0	325	0
Tuttlingen, Stadt	BW	365	0	350	20	280	0
Bad Mergentheim, Stadt	BW	370	0	390	0	350	0
Bramsche, Stadt	NI	370	10	350	10	340	10
Butzbach, Friedrich-Ludwig-Weidig-Stadt	HE	370	30	510	60	450	0
Dreieich, Stadt	HE	370	0	500	130	500	130
Harsewinkel, Die Mähdrescherstadt	NW	370	0	260	0	230	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Hofheim am Taunus, Kreisstadt	HE	370	0	440	40	400	90
Holzminden, Stadt	NI	370	0	348	0	340	0
Horb am Neckar, Stadt	BW	370	0	390	0	410	0
Itzehoe, Stadt	SH	370	10	390	10	370	10
Kirchheim unter Teck, Stadt	BW	370	0	390	0	310	0
Kornwestheim, Stadt	BW	370	0	370	0	300	0
Lampertheim, Stadt	HE	370	20	435	105	330	0
Langen (Hessen), Stadt	HE	370	0	500	50	400	0
Leer (Ostfriesland), Stadt	NI	370	0	360	20	330	0
Limburg a.d. Lahn, Kreisstadt	HE	370	0	340	0	255	0
Marburg, Universitätsstadt	HE	370	0	330	0	280	0
Neuruppin, Stadt	BB	370	40	400	30	300	0
Nordhorn, Stadt	NI	370	0	370	0	320	0
Oranienburg, Stadt	BB	370	0	370	0	200	0
Radolfzell am Bodensee, Stadt	BW	370	20	365	35	365	35
Rendsburg, Stadt	SH	370	0	390	0	370	0
Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	NW	370	0	280	0	175	0
Schweinfurt	BY	370	0	385	0	385	0
Senftenberg, Stadt	BB	370	0	350	0	250	0
Sindelfingen, Stadt	BW	370	0	360	0	250	0
Sinsheim, Stadt	BW	370	0	380	0	330	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Überlingen, Stadt	BW	370	0	370	0	290	0
Vaihingen an der Enz, Stadt	BW	370	0	430	0	400	0
Weinstadt, Stadt	BW	370	0	410	0	375	0
Winnenden, Stadt	BW	370	0	420	0	380	0
Crailsheim, Stadt	BW	375	0	420	0	400	0
Gaggenau, Stadt	BW	375	0	400	0	400	0
Geesthacht, Stadt	SH	375	0	360	0	360	0
Ludwigsburg, Stadt	BW	375	0	375	0	375	0
Weiterstadt, Stadt	HE	375	0	395	95	395	65
Werdau, Stadt	SN	375	0	440	0	300	0
Wittenberg, Lutherstadt	ST	375	5	385	0	312	27
Amberg	BY	380	0	340	0	250	0
Bad Kissingen, GKSt	BY	380	0	380	0	380	0
Baden-Baden, Stadt	BW	380	0	490	0	490	0
Bretten, Stadt	BW	380	0	370	0	300	0
Büdingen, Stadt	HE	380	20	431	91	310	0
Burg, Stadt	ST	380	0	360	0	300	0
Cloppenburg, Stadt	NI	380	0	330	0	330	0
Ditzingen, Stadt	BW	380	0	360	0	320	0
Döbeln, Stadt	SN	380	0	390	0	270	0
Duderstadt, Stadt	NI	380	0	415	0	415	0
Einbeck, Stadt	NI	380	2	400	9	400	11
Eisleben, Lutherstadt	ST	380	0	400	0	310	0
Freising, GKSt	BY	380	0	320	0	310	0
Freital, Stadt	SN	380	0	380	0	280	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Friesoythe, Stadt	NI	380	0	360	17	380	49
Fulda, Stadt	HE	380	0	330	0	220	0
Fürstenfeldbruck, GKSt	BY	380	0	350	0	310	0
Fürstenwalde/Spree, Stadt	BB	380	0	390	0	300	0
Ganderkesee, Stadt	NI	380	0	340	0	340	0
Groß-Gerau, Stadt	HE	380	0	450	100	360	0
Groß-Umstadt, Stadt	HE	380	0	550	140	330	10
Heide, Stadt	SH	380	20	390	10	380	20
Heppenheim (Bergstraße), Kreisstadt	HE	380	0	370	0	370	0
Leimen, Stadt	BW	380	0	400	0	400	0
Leinfelden-Echterdingen, Stadt	BW	380	0	370	0	300	0
Leonberg, Stadt	BW	380	0	445	0	300	0
Lichtenfels, St	BY	380	43	360	41	340	40
Lindau (Bodensee), GKSt	BY	380	0	405	0	325	0
Ludwigsfelde, Stadt	BB	380	0	380	0	265	0
Mühlheim am Main, Stadt	HE	380	0	450	0	200	0
Naumburg (Saale), Stadt	ST	380	0	400	0	280	0
Norden, Stadt	NI	380	20	390	0	360	30
Offenburg, Stadt	BW	380	0	420	0	280	0
Reutlingen, Stadt	BW	380	0	400	0	320	0
Rödermark, Stadt	HE	380	30	540	90	200	0
Rodgau, Stadt	HE	380	30	450	60	450	60

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Schönebeck (Elbe), Stadt	ST	380	0	390	0	290	0
Schortens, Stadt	NI	380	0	380	0	380	0
Schwäbisch Gmünd, Stadt	BW	380	0	430	0	340	0
Schwäbisch Hall, Stadt	BW	380	0	400	0	400	0
Schwetzingen, Stadt	BW	380	0	400	0	300	0
Senden, St	BY	380	0	350	0	330	0
Soltau, Stadt	NI	380	30	380	30	380	30
Sonthofen, St	BY	380	0	400	0	400	0
Taunusstein, Stadt	HE	380	10	475	135	475	135
Tübingen, Universitätsstadt	BW	380	0	560	0	360	0
Verden (Aller), Stadt	NI	380	0	367	0	350	0
Wedel, Stadt	SH	380	0	380	0	380	0
Weiden i.d.OPf.	BY	380	0	400	40	320	30
Weil am Rhein, Stadt	BW	380	0	400	0	400	0
Weilheim i.OB, St	BY	380	0	360	0	340	0
Weingarten, Stadt	BW	380	0	400	0	330	0
Winsen (Luhe), Stadt	NI	380	35	380	45	380	45
Wittmund, Stadt	NI	380	0	380	0	380	0
Rudolstadt, Stadt	TH	383	0	402	0	295	0
Saalfeld/Saale, Stadt	TH	383	0	402	1	295	4
Sondershausen, Stadt	TH	383	23	402	12	295	15
Apolda, Stadt	TH	385	0	395	0	295	0
Backnang, Stadt	BW	385	25	385	25	385	25

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Bad Homburg v.d. Höhe, Stadt	HE	385	0	345	0	190	0
Glauchau, Stadt	SN	385	0	490	0	305	0
Remseck am Neckar, Stadt	BW	385	0	480	0	350	0
Kempten (Allgäu)	BY	387	0	380	0	250	0
Homburg, Kreisstadt	SL	388	0	380	0	250	0
Annaberg-Buchholz, Stadt	SN	390	0	400	0	300	0
Bamberg	BY	390	0	425	0	280	0
Bayreuth	BY	390	0	425	0	250	0
Bingen am Rhein, Stadt	RP	390	0	450	60	390	60
Bruchköbel, Stadt	HE	390	0	431	81	338	0
Delitzsch, Stadt	SN	390	10	450	0	300	0
Elmshorn, Stadt	SH	390	10	390	10	370	10
Esslingen am Neckar, Stadt	BW	390	0	400	0	400	0
Freiberg, Stadt	SN	390	0	425	0	300	0
Gelnhausen, Barbarossast., Krst.	HE	390	0	500	0	500	0
Georgsmarienhütte, Stadt	NI	390	0	360	0	360	0
Germersheim, Stadt	RP	390	0	370	0	310	0
Greiz, Stadt	TH	390	0	402	0	295	0
Griesheim, Stadt	HE	390	0	660	300	660	300
Hockenheim, Stadt	BW	390	40	380	80	320	40
Idstein, Stadt	HE	390	0	390	0	350	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Konstanz, Universitätsstadt	BW	390	0	410	0	410	0
Lahr/Schwarzwald, Stadt	BW	390	0	390	0	390	0
Metzingen, Stadt	BW	390	30	400	20	280	0
Nagold, Stadt	BW	390	20	420	0	380	0
Nienburg (Weser), Stadt	NI	390	0	390	0	330	0
Nürtingen, Stadt	BW	390	0	390	0	390	0
Osterode am Harz, Stadt	NI	390	0	390	0	380	0
Pinneberg, Stadt	SH	390	0	400	0	380	0
Rastatt, Stadt	BW	390	0	390	0	350	0
Reinbek, Stadt	SH	390	20	390	20	390	20
Riedstadt, Stadt	HE	390	0	700	180	520	90
Schorndorf, Stadt	BW	390	0	440	0	390	0
Schwabach	BY	390	0	450	60	300	0
Seevetal	NI	390	60	360	30	360	30
Stadthagen, Stadt	NI	390	0	410	0	390	0
Stendal, Hansestadt	ST	390	0	390	0	290	0
Varel, Stadt	NI	390	0	380	0	380	0
Wetzlar, Stadt	HE	390	0	460	60	350	0
Andernach, Stadt	RP	395	0	370	0	305	0
Attendorn, Hanse- stadt	NW	395	0	315	0	170	0
Aurich, Stadt	NI	395	20	395	10	395	10
Bad Hersfeld, Kreisstadt	HE	395	0	395	0	395	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Dietzenbach, Kreisstadt	HE	395	15	600	100	400	0
Eberswalde, Stadt	BB	395	0	415	0	300	0
Eisenhüttenstadt, Stadt	BB	395	15	445	60	294	19
Filderstadt, Stadt	BW	395	0	360	0	360	0
Geislingen an der Steige, Stadt	BW	395	0	395	0	395	0
Korbach, Kreisstadt	HE	395	10	431	46	350	0
Lingen (Ems), Stadt	NI	395	0	330	0	335	0
Springe, Stadt	NI	395	0	450	0	450	0
Waldshut-Tiengen, Stadt	BW	395	0	420	0	270	0
Landau in der Pfalz, Stadt	RP	399	0	430	0	320	0
Achim, Stadt	NI	400	0	370	0	350	0
Altenburg, Stadt	TH	400	0	389	0	300	0
Aschaffenburg	BY	400	15	400	50	200	0
Baunatal, Stadt	HE	400	0	350	0	340	0
Bautzen, Stadt	SN	400	0	380	0	300	0
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	ST	400	0	390	0	340	0
Blankenburg (Harz), Stadt	ST	400	0	400	0	320	0
Brandenburg an der Havel, Stadt	BB	400	0	480	0	400	0
Buchholz in der Nordheide, Stadt	NI	400	75	400	70	365	45
Burgwedel, Stadt	NI	400	0	430	0	430	0
Coswig, Stadt	SN	400	0	410	0	300	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Cottbus, Stadt	BB	400	0	480	0	400	0
Emmendingen, Stadt	BW	400	0	400	0	400	0
Frankfurt (Oder), Stadt	BB	400	0	480	0	359	0
Friedberg (Hessen), Kreisstadt	HE	400	30	490	140	300	0
Friedberg, St	BY	400	50	360	0	360	0
Gotha, Stadt	TH	400	0	470	50	300	0
Grimma, Stadt	SN	400	0	405	0	300	0
Halberstadt, Stadt	ST	400	0	420	0	400	0
Hann. Münden, Stadt	NI	400	0	460	0	415	0
Heidelberg, Stadt	BW	400	0	470	0	400	0
Heilbronn, Stadt	BW	400	0	430	0	330	0
Helmstedt, Stadt	NI	400	0	390	0	380	0
Hilden, Stadt	NW	400	0	380	0	190	0
Hof	BY	400	0	410	0	300	0
Hückelhoven, Stadt	NW	400	0	400	0	200	0
Idar-Oberstein, Stadt	RP	400	20	430	40	340	0
Ingolstadt	BY	400	0	460	0	350	0
Isernhagen	NI	400	0	450	0	450	0
Limbach-Oberfrohna, Stadt	SN	400	0	450	0	300	0
Meißen, Stadt	SN	400	0	400	0	300	0
Mosbach, Stadt	BW	400	0	410	0	350	0
Mühlhausen/ Thüringen, Stadt	TH	400	0	400	0	296	0
Neu Wulmstorf	NI	400	0	410	0	390	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	RP	400	0	400	0	300	0
Neustrelitz, Stadt	MV	400	0	400	0	400	0
Nordhausen, Stadt	TH	400	0	402	2	330	0
Ostfildern, Stadt	BW	400	0	380	0	340	0
Passau	BY	400	0	390	0	300	0
Pfungstadt, Stadt	HE	400	10	500	120	500	120
Pirna, Stadt	SN	400	0	440	40	350	0
Radebeul, Stadt	SN	400	0	400	0	300	0
Ratingen, Stadt	NW	400	0	423	23	213	13
Riesa, Stadt	SN	400	0	470	0	350	0
Rietberg, Stadt	NW	400	0	413	0	209	0
Rosenheim	BY	400	0	420	0	330	0
Sangerhausen, Stadt	ST	400	50	400	0	400	0
Sonneberg, Stadt	TH	400	0	410	1	345	-17
Straubing	BY	400	0	390	30	350	30
Stuhr	NI	400	0	365	0	365	0
Syke, Stadt	NI	400	0	380	0	380	0
Torgau, Stadt	SN	400	0	360	0	250	0
Weimar, Stadt	TH	400	0	400	0	296	0
Zeitz, Stadt	ST	400	0	400	0	300	0
Espelkamp, Stadt	NW	403	0	423	42	213	21
Gronau (Westf.), Stadt	NW	403	0	381	0	192	0
Halle (Westf.), Stadt	NW	403	0	381	0	192	0
Lübbecke, Stadt	NW	403	0	381	0	217	0
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	NW	403	0	423	42	192	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Steinhagen	NW	403	0	330	0	192	0
Bad Kreuznach, Stadt	RP	405	0	450	50	390	55
Blieskastel, Stadt	SL	405	0	350	0	250	0
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	RP	405	30	420	0	320	0
Neuwied, Stadt	RP	405	0	420	40	320	50
Peine, Stadt	NI	405	0	375	0	375	0
Rinteln, Stadt	NI	405	20	385	40	345	20
Speyer, Stadt	RP	405	0	400	0	300	0
Merzig, Kreisstadt	SL	408	0	325	0	250	0
Berlin, Stadt	B	410	0	810	0	150	0
Buxtehude, Hansestadt	NI	410	0	385	0	310	0
Calw, Stadt	BW	410	0	520	0	375	0
Celle, Stadt	NI	410	0	440	0	320	0
Flensburg, Stadt	SH	410	0	480	0	390	0
Frankenthal (Pfalz), Stadt	RP	410	0	410	20	330	20
Kaiserslautern, Stadt	RP	410	0	460	40	310	0
Maintal, Stadt	HE	410	0	545	150	395	0
Mörfelden-Walldorf, Stadt	HE	410	0	595	0	400	0
Nettetal, Stadt	NW	410	0	415	0	240	0
Neumünster, Stadt	SH	410	20	480	30	390	15
Nordenham, Stadt	NI	410	0	420	0	420	0
Northeim, Stadt	NI	410	0	440	0	420	0
Salzgitter, Stadt	NI	410	0	430	0	350	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
St. Wendel, Kreisstadt	SL	410	30	300	0	230	0
Walsrode, Stadt	NI	410	0	375	0	375	0
Weyhe	NI	410	0	370	0	370	0
Gütersloh, Stadt	NW	411	0	381	0	195	0
Paderborn, Stadt	NW	411	0	413	0	209	0
Salzkotten, Stadt	NW	411	0	413	0	240	0
Oelde, Stadt	NW	412	0	504	104	274	58
Petershagen, Stadt	NW	414	1	462	49	254	34
Schmallenberg, Stadt	NW	414	3	421	10	213	4
Ahaus, Stadt	NW	415	4	423	10	213	4
Borken, Stadt	NW	415	4	451	10	213	4
Bünde, Stadt	NW	415	4	440	27	213	4
Büren, Stadt	NW	415	2	423	10	312	57
Delbrück, Stadt	NW	415	15	423	43	250	0
Dillingen/Saar, Stadt	SL	415	7	340	50	255	0
Emsdetten, Stadt	NW	415	4	423	10	213	4
Geldern, Stadt	NW	415	4	423	10	213	4
Hoyerswerda, Stadt	SN	415	0	465	0	352	0
Kevelaer, Stadt	NW	415	4	460	47	230	21
Kleve, Stadt	NW	415	4	423	10	213	4
Löhne, Stadt	NW	415	5	442	22	246	15
Olpe, Stadt	NW	415	3	439	0	213	4
Pirmasens, Stadt	RP	415	5	410	20	310	30
Rees, Stadt	NW	415	4	423	10	220	0
Stadtlohn, Stadt	NW	415	4	423	10	213	4
Uelzen, Stadt	NI	415	0	435	0	400	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Versmold, Stadt	NW	415	4	423	10	213	4
Vreden, Stadt	NW	415	3	423	10	209	0
Bad Oeynhausen, Stadt	NW	416	2	423	10	220	0
Geilenkirchen, Stadt	NW	416	0	456	0	260	0
Lage, Stadt	NW	418	0	423	5	220	0
Arnstadt, Stadt	TH	420	0	420	50	300	0
Baesweiler, Stadt	NW	420	11	430	23	250	16
Cuxhaven, Stadt	NI	420	0	455	0	375	0
Emden, Stadt	NI	420	0	480	0	320	0
Erkelenz, Stadt	NW	420	0	420	0	240	0
Erkrath, Fundort des Neanderthalers, Stadt	NW	420	0	420	0	210	0
Freiburg im Breisgau, Stadt	BW	420	0	600	0	600	0
Gießen, Universitätsstadt	HE	420	0	600	0	330	0
Goch, Stadt	NW	420	0	415	0	215	0
Goslar, Stadt	NI	420	5	460	11	360	0
Ilmenau, Stadt	TH	420	0	440	0	275	0
Koblenz, Stadt	RP	420	10	420	0	340	0
Köthen (Anhalt), Stadt	ST	420	0	420	0	320	0
Kreuztal, Stadt	NW	420	7	460	47	217	0
Landshut	BY	420	0	430	0	300	0
Lüneburg, Hansestadt	NI	420	0	440	0	310	0
Markkleeberg, Stadt	SN	420	0	400	0	290	0
Osterholz-Scharmbeck, Stadt	NI	420	0	450	30	450	30

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Pforzheim, Stadt	BW	420	0	500	0	400	0
Rüsselsheim, Stadt	HE	420	0	800	0	680	0
Schwerin, Landeshauptstadt	MV	420	0	630	0	400	100
Stade, Hansestadt	NI	420	0	420	0	420	0
Stralsund, Hansestadt	MV	420	0	500	0	300	0
Stuttgart, Landeshauptstadt	BW	420	0	520	0	520	0
Trier, Stadt	RP	420	0	420	0	350	0
Warburg, Hansestadt	NW	420	0	423	10	330	0
Wernigerode, Stadt	ST	420	-10	360	0	280	0
Worms, Stadt	RP	420	10	440	34	330	25
Würzburg	BY	420	0	450	0	340	0
Zittau, Stadt	SN	420	0	440	0	330	0
Zweibrücken, Stadt	RP	420	0	400	0	300	0
Haan, Stadt	NW	421	10	433	20	219	10
Heinsberg, Stadt	NW	421	10	460	40	280	40
Bad Honnef, Stadt	NW	423	0	470	0	260	30
Porta Westfalica, Stadt	NW	423	0	429	0	229	0
Steinfurt, Stadt	NW	423	0	451	0	275	0
Beckum, Stadt	NW	425	0	435	0	235	0
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	HE	425	0	535	75	320	30
Delmenhorst, Stadt	NI	425	20	470	55	380	30
Emmerich am Rhein, Stadt	NW	425	0	440	25	250	30
Gifhorn, Stadt	NI	425	0	430	0	400	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Greifswald, Hansestadt	MV	425	0	480	50	300	0
Lengerich, Stadt	NW	425	0	440	27	220	0
Regensburg	BY	425	0	395	0	295	0
Saarlouis, Kreisstadt	SL	425	0	340	0	265	0
Xanten, Stadt	NW	425	0	450	0	260	0
Geseke, Stadt	NW	427	8	477	58	279	59
Warendorf, Stadt	NW	427	0	433	0	279	0
Aschersleben, Stadt	ST	430	0	400	0	400	0
Brühl, Stadt	NW	430	0	450	0	200	0
Detmold, Stadt	NW	430	0	495	0	192	0
Garbsen, Stadt	NI	430	0	430	0	430	0
Göttingen, Stadt	NI	430	0	590	0	530	0
Hanau, Brüder-Grimm-Stadt	HE	430	0	460	0	200	0
Ibbenbüren, Stadt	NW	430	10	448	20	234	10
Karlsruhe, Stadt	BW	430	20	420	0	420	0
Kiel, Landeshauptstadt	SH	430	0	500	0	400	0
Lemgo, Stadt	NW	430	5	430	0	230	0
Lippstadt, Stadt	NW	430	0	420	0	229	0
Lübeck, Hansestadt	SH	430	0	500	0	400	0
Mannheim, Universitätsstadt	BW	430	0	450	0	260	0
Neustadt am Rübenberge, Stadt	NI	430	0	440	0	440	0
Plauen, Stadt	SN	430	20	450	0	300	0
Pulheim, Stadt	NW	430	0	420	0	200	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Rheine, Stadt	NW	430	0	600	120	310	60
Seelze, Stadt	NI	430	0	490	0	490	0
Senden	NW	430	0	460	0	260	0
Soest, Stadt	NW	430	0	455	0	240	0
Wermelskirchen, Stadt	NW	430	0	488	0	230	0
Wiehl, Stadt	NW	430	10	430	17	260	30
Wismar, Hansestadt	MV	430	0	550	50	300	0
Wolfenbüttel, Stadt	NI	430	0	430	0	350	0
Bocholt, Stadt	NW	432	0	420	0	209	0
Wegberg, Stadt	NW	433	0	421	0	236	0
Brilon, Stadt	NW	434	0	426	0	243	0
Augsburg	BY	435	0	485	0	435	0
Bremerhaven, Stadt	HB	435	0	530	0	220	0
Dülmen, Stadt	NW	435	0	495	0	234	0
Herford, Hansestadt	NW	435	0	440	0	237	0
Höxter, Stadt	NW	435	0	456	21	252	10
Meschede, Kreis- und Hochschulstadt	NW	435	0	430	0	248	0
Mettmann, Stadt	NW	435	15	450	15	230	5
Suhl, Stadt	TH	435	25	472	0	332	0
Tönisvorst, Stadt	NW	435	0	435	0	225	0
Werl, Stadt	NW	437	0	800	0	478	0
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	NI	439	9	445	15	390	30
Willich, Stadt	NW	439	0	495	75	260	50
Bad Harzburg, Stadt	NI	440	0	440	0	440	0
Düsseldorf, Stadt	NW	440	0	440	0	156	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Erlangen	BY	440	0	500	0	350	0
Fürth	BY	440	0	555	0	350	0
Hildesheim, Stadt	NI	440	0	540	0	540	0
Kassel, documenta-Stadt	HE	440	0	490	0	450	0
Kempfen, Stadt	NW	440	0	440	0	220	0
Langenhagen, Stadt	NI	440	0	430	0	430	0
Lehrte, Stadt	NI	440	45	440	45	440	45
Lennestadt, Stadt	NW	440	17	458	18	240	20
Mainz, Stadt	RP	440	0	480	40	290	0
Neubrandenburg, Stadt	MV	440	20	550	0	300	20
Norderstedt, Stadt	SH	440	20	410	0	300	0
Offenbach am Main, Stadt	HE	440	0	600	100	250	0
Osnabrück, Stadt	NI	440	15	460	10	300	0
Sehnde, Stadt	NI	440	0	460	0	460	0
Selm, Stadt	NW	440	0	825	0	600	0
Velbert, Stadt	NW	440	0	550	0	215	0
Warstein, Stadt	NW	440	12	520	0	300	0
Wedemark	NI	440	25	440	25	440	25
Wesel, Stadt	NW	440	0	423	10	220	0
Wiesbaden, Landeshauptstadt	HE	440	0	475	0	275	0
Wilhelmshaven, Stadt	NI	440	-10	480	0	410	0
Wülfrath, Stadt	NW	440	0	465	0	245	0
Kaarst, Stadt	NW	444	0	440	0	243	0
Ahlen, Stadt	NW	445	10	564	129	400	137

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Bad Salzufflen, Stadt	NW	445	0	620	125	425	125
Enger, Widukindstadt	NW	445	10	423	10	230	21
Ennepetal, Stadt der Kluterthöhle	NW	445	9	470	10	213	4
Leichlingen (Rheinland), Blütenstadt	NW	445	0	495	0	230	0
Meckenheim, Stadt	NW	445	15	431	20	260	10
Netphen, Stadt	NW	445	25	460	47	265	0
Werne, Stadt	NW	445	0	415	0	380	0
Minden, Stadt	NW	447	0	460	0	249	0
Nürnberg	BY	447	0	535	0	332	0
Völklingen, Stadt	SL	448	0	485	40	290	0
Alfter	NW	450	15	510	35	300	20
Braunschweig, Stadt	NI	450	0	450	0	320	0
Burgdorf, Stadt	NI	450	25	465	30	465	30
Chemnitz, Stadt	SN	450	0	580	0	350	0
Coesfeld, Stadt	NW	450	0	550	0	250	0
Dessau-Roßlau, Stadt	ST	450	0	460	0	250	0
Dormagen, Stadt	NW	450	0	435	0	241	0
Dresden, Stadt	SN	450	0	635	0	280	0
Düren, Stadt	NW	450	0	590	0	370	0
Frechen, Stadt	NW	450	0	420	0	280	0
Görlitz, Stadt	SN	450	0	500	0	360	0
Greven, Stadt	NW	450	0	500	0	260	0
Grevenbroich, Stadt	NW	450	0	450	0	260	0
Halle (Saale), Stadt	ST	450	0	500	0	250	0
Jena, Stadt	TH	450	30	495	0	300	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Jüchen	NW	450	0	440	0	250	0
Kamp-Lintfort, Stadt	NW	450	0	470	57	220	0
Korschenbroich, Stadt	NW	450	10	480	55	250	15
Magdeburg, Landeshauptstadt	ST	450	0	495	0	250	0
Meerbusch, Stadt	NW	450	0	440	0	250	0
Meinerzhagen, Stadt	NW	450	0	425	10	234	4
Menden (Sauerland), Stadt	NW	450	10	495	40	230	0
Neunkirchen, Kreisstadt	SL	450	0	380	30	250	0
Niederkassel, Stadt	NW	450	10	600	160	270	10
Plettenberg, Stadt	NW	450	38	590	177	209	0
Potsdam, Stadt	BB	450	0	520	27	250	0
Radevormwald, Stadt auf der Höhe	NW	450	0	450	0	360	0
Ronnenberg, Stadt	NI	450	0	480	0	480	0
Saarbrücken, Landeshauptstadt	SL	450	0	460	0	275	0
Sundern (Sauerland), Stadt	NW	450	0	467	0	274	0
Viersen, Stadt	NW	450	0	450	0	330	0
Wilnsdorf	NW	450	0	450	0	250	0
Wipperfürth, Hansestadt	NW	450	0	550	137	320	0
Zwickau, Stadt	SN	450	0	510	0	300	0
Hamminkeln, Stadt	NW	452	22	650	230	340	120
Hameln, Stadt	NI	455	40	550	90	490	90

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Neukirchen-Vluyn, Stadt	NW	455	5	460	10	280	10
Neuss, Stadt	NW	455	0	495	0	205	0
Arnsberg, Stadt	NW	459	0	523	0	249	0
Barsinghausen, Stadt	NI	460	10	560	10	560	10
Bergisch Gladbach, Stadt	NW	460	0	490	0	255	0
Bremen, Stadt	HB	460	0	580	0	250	0
Dinslaken, Stadt	NW	460	0	480	20	280	22
Eisenach, Stadt	TH	460	0	472	0	332	0
Eschweiler, Stadt	NW	460	30	490	40	290	20
Frankfurt am Main, Stadt	HE	460	0	500	0	175	0
Fröndenberg/Ruhr, Stadt	NW	460	0	450	0	300	0
Gummersbach, Stadt	NW	460	10	470	20	390	50
Hannover, Landeshauptstadt	NI	460	0	600	0	530	0
Laatzen, Stadt	NI	460	0	600	0	600	0
Leipzig, Stadt	SN	460	0	650	0	350	0
Lüdenscheid, Stadt	NW	460	10	470	10	330	0
Lüdinghausen, Stadt	NW	460	0	460	0	260	0
Münster, Stadt	NW	460	0	510	30	255	15
Rheinberg, Stadt	NW	460	20	435	0	240	0
Sprockhövel, Stadt	NW	460	10	730	268	250	23
Voerde (Niederrhein), Stadt	NW	460	0	600	140	270	0
Wesseling, Stadt	NW	460	0	450	0	220	0
Wunstorf, Stadt	NI	460	20	490	50	490	50

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Rheinbach, Stadt	NW	462	10	471	18	300	10
Hamm, Stadt	NW	465	0	600	100	225	0
Overath, Stadt	NW	465	23	850	357	360	0
Rostock, Hansestadt	MV	465	0	480	0	300	0
Erfurt, Stadt	TH	470	0	490	0	300	0
Gera, Stadt	TH	470	0	600	0	320	0
Hamburg, Freie und Hansestadt	HH	470	0	540	0	225	0
Hennef (Sieg), Stadt	NW	470	0	475	0	290	0
Kamen, Stadt	NW	470	0	580	0	370	0
Königswinter, Stadt	NW	470	20	470	20	260	0
Lindlar	NW	470	10	560	110	400	30
Sankt Augustin, Stadt	NW	470	0	440	0	290	0
Siegen, Universitätsstadt	NW	470	20	475	0	225	0
Unna, Stadt	NW	470	0	762	-7	398	0
Aachen, Stadt	NW	475	0	525	30	305	0
Euskirchen, Stadt	NW	475	0	496	0	292	0
Heiligenhaus, Stadt	NW	475	0	680	90	210	0
Köln, Stadt	NW	475	0	515	0	165	0
Leverkusen, Stadt	NW	475	0	590	0	295	0
Mönchengladbach, Stadt	NW	475	0	520	0	240	0
Solingen, Klingens- stadt	NW	475	0	590	0	255	0
Übach-Palenberg, Stadt	NW	475	0	550	0	300	0
Bergheim, Stadt	NW	480	0	480	0	300	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Bergkamen, Stadt	NW	480	10	670	220	350	55
Bielefeld, Stadt	NW	480	0	580	41	300	0
Datteln, Stadt	NW	480	10	825	190	380	50
Essen, Stadt	NW	480	0	670	80	255	0
Gelsenkirchen, Stadt	NW	480	0	545	0	272,5	0
Gladbeck, Stadt	NW	480	0	690	0	285	0
Hemer, Stadt	NW	480	0	680	0	350	0
Herne, Stadt	NW	480	0	560	0	240	0
Herten, Stadt	NW	480	0	795	230	285	0
Hürth, Stadt	NW	480	0	420	0	228	0
Iserlohn, Stadt	NW	480	0	496	0	265	0
Krefeld, Stadt	NW	480	40	533	58	265	45
Moers, Stadt	NW	480	0	740	250	300	0
Rösrath, Stadt	NW	480	35	590	110	225	0
Schwerte, Hansestadt an der Ruhr	NW	480	0	730	100	590	100
Bornheim, Stadt	NW	485	20	500	30	260	0
Dortmund, Stadt	NW	485	0	610	70	325	80
Herzogenrath, Stadt	NW	485	65	510	96	260	0
Lohmar, Stadt	NW	485	25	590	130	315	55
Oer-Erkenschwick, Stadt	NW	485	5	750	100	360	40
Bonn, Stadt	NW	490	0	680	150	340	75
Bottrop, Stadt	NW	490	0	590	0	265	0
Gevelsberg, Stadt	NW	490	0	495	0	220	0
Hattingen, Stadt	NW	490	0	660	120	390	120
Herdecke, Stadt	NW	490	0	685	195	237	0

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Lünen, Stadt	NW	490	0	760	180	390	0
Mülheim an der Ruhr, Stadt	NW	490	0	640	80	265	0
München, Landeshauptstadt	BY	490	0	535	0	535	0
Remscheid, Stadt	NW	490	0	784	184	230	0
Schwelm, Stadt	NW	490	25	550	85	215	5
Wetter (Ruhr), Stadt	NW	490	0	490	0	220	0
Wuppertal, Stadt	NW	490	0	620	0	240	0
Alsdorf, Stadt	NW	495	0	575	0	437	0
Bedburg, Stadt	NW	495	0	550	0	350	0
Bochum, Stadt	NW	495	15	645	40	250	0
Dorsten, Stadt	NW	495	0	780	0	450	0
Stolberg (Rhld.), Kupferstadt	NW	495	0	595	0	495	0
Waltrop, Stadt	NW	495	0	700	0	460	0
Würselen, Stadt	NW	495	0	575	0	437	0
Jülich, Stadt	NW	497	37	517	37	297	32
Mechernich, Stadt	NW	498	63	513	100	381	100
Castrop-Rauxel, Stadt	NW	500	0	625	0	600	0
Haltern am See, Stadt	NW	500	0	825	0	400	0
Kerpen, Kolpingstadt	NW	500	0	550	70	340	40
Troisdorf, Stadt	NW	500	30	500	60	370	0
Witten, Stadt	NW	500	0	690	100	250	0
Erfstadt, Stadt	NW	505	65	570	75	340	45
Duisburg, Stadt	NW	510	5	855	160	260	0
Recklinghausen, Stadt	NW	510	20	650	70	375	40

Gemeinde	Bundesland	Hebesätze 2015					
		Gewerbesteuer		Grundsteuer B		Grundsteuer A	
		in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.	in %	Veränd. zum Vj. in %-Pkten.
Siegburg, Stadt	NW	515	0	790	330	260	0
Elsdorf, Stadt	NW	520	0	580	0	340	0
Hagen, Stadt der FernUniversität	NW	520	10	750	0	375	0
Marl, Stadt	NW	530	0	660	0	285	0
Oberhausen, Stadt	NW	550	30	640	50	250	0

Tabelle 2: Realsteuer-Hebesätze der Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern nach dem Gewerbesteuer-Hebesatz 2015 in absteigender Reihenfolge

Gemeinde	Hebesätze 2015			Einwohner Stand: 31.12.2013	Bundes- land
	GewSt	GrSt B	GrSt A		
Oberhausen, Stadt	550	640	250	209.097	NW
Marl, Stadt	530	660	285	83.634	NW
Elsdorf, Stadt	520	580	340	20.991	NW
Hagen, Stadt der FernUniversität	520	750	375	185.996	NW
Siegburg, Stadt	515	790	260	39.563	NW
Duisburg, Stadt	510	855	260	486.855	NW
Recklinghausen, Stadt	510	650	375	115.320	NW
Erfstadt, Stadt	505	570	340	49.037	NW
Castrop-Rauxel, Stadt	500	625	600	73.751	NW
Haltern am See, Stadt	500	825	400	37.266	NW
Kerpen, Kolpingstadt	500	550	340	63.784	NW
Troisdorf, Stadt	500	500	370	72.978	NW
Witten, Stadt	500	690	250	95.629	NW
Mechernich, Stadt	498	513	381	26.763	NW
Jülich, Stadt	497	517	297	32.089	NW
Alsdorf, Stadt	495	575	437	46.313	NW
Bedburg, Stadt	495	550	350	22.846	NW
Bochum, Stadt	495	645	250	361.734	NW
Dorsten, Stadt	495	780	450	75.547	NW
Stolberg (Rhld.), Kupferstadt	495	595	495	56.191	NW
Waltrop, Stadt	495	700	460	28.885	NW
Würselen, Stadt	495	575	437	37.685	NW
Bonn, Stadt	490	680	340	311.287	NW
Bottrop, Stadt	490	590	265	116.055	NW
Gevensberg, Stadt	490	495	220	30.949	NW
Hattingen, Stadt	490	660	390	54.358	NW
Herdecke, Stadt	490	685	237	22.572	NW

Lünen, Stadt	490	760	390	84.775	NW
Mülheim an der Ruhr, Stadt	490	640	265	166.640	NW
München, Landeshauptstadt	490	535	535	1.407.836	BY
Remscheid, Stadt	490	784	230	108.955	NW
Schwelm, Stadt	490	550	215	27.898	NW
Wetter (Ruhr), Stadt	490	490	220	27.596	NW
Wuppertal, Stadt	490	620	240	343.488	NW
Bornheim, Stadt	485	500	260	46.437	NW
Dortmund, Stadt	485	610	325	575.944	NW
Herzogenrath, Stadt	485	510	260	46.546	NW
Lohmar, Stadt	485	590	315	29.679	NW
Oer-Erkenschwick, Stadt	485	750	360	30.550	NW
Bergheim, Stadt	480	480	300	59.272	NW
Bergkamen, Stadt	480	670	350	48.209	NW
Bielefeld, Stadt	480	580	300	328.864	NW
Datteln, Stadt	480	825	380	34.332	NW
Essen, Stadt	480	670	255	569.884	NW
Gelsenkirchen, Stadt	480	545	272,5	257.850	NW
Gladbeck, Stadt	480	690	285	74.011	NW
Hemer, Stadt	480	680	350	34.678	NW
Herne, Stadt	480	560	240	154.417	NW
Herten, Stadt	480	795	285	60.582	NW
Hürth, Stadt	480	420	228	57.230	NW
Iserlohn, Stadt	480	496	265	93.119	NW
Krefeld, Stadt	480	533	265	222.058	NW
Moers, Stadt	480	740	300	103.108	NW
Rösrath, Stadt	480	590	225	27.792	NW
Schwerte, Hansestadt an der Ruhr	480	730	590	46.198	NW
Aachen, Stadt	475	525	305	241.683	NW
Euskirchen, Stadt	475	496	292	55.558	NW
Heiligenhaus, Stadt	475	680	210	25.419	NW

Köln, Stadt	475	515	165	103.4175	NW
Leverkusen, Stadt	475	590	295	160.819	NW
Mönchengladbach, Stadt	475	520	240	255.430	NW
Solingen, Klingenstadt	475	590	255	155.768	NW
Übach-Palenberg, Stadt	475	550	300	23.948	NW
Erfurt, Stadt	470	490	300	204.880	TH
Gera, Stadt	470	600	320	94.977	TH
Hamburg, Freie und Hansestadt	470	540	225	174.6342	HH
Hennef (Sieg), Stadt	470	475	290	45.806	NW
Kamen, Stadt	470	580	370	43.177	NW
Königswinter, Stadt	470	470	260	39.976	NW
Lindlar	470	560	400	21.038	NW
Sankt Augustin, Stadt	470	440	290	54.285	NW
Siegen, Universitätsstadt	470	475	225	99.403	NW
Unna, Stadt	470	762	398	58.856	NW
Hamm, Stadt	465	600	225	176.048	NW
Overath, Stadt	465	850	360	26.812	NW
Rostock, Hansestadt	465	480	300	203.431	MV
Rheinbach, Stadt	462	471	300	26.790	NW
Barsinghausen, Stadt	460	560	560	33.231	NI
Bergisch Gladbach, Stadt	460	490	255	109.425	NW
Bremen, Stadt	460	580	250	54.8547	HB
Dinslaken, Stadt	460	480	280	67.190	NW
Eisenach, Stadt	460	472	332	41.567	TH
Eschweiler, Stadt	460	490	290	55.026	NW
Frankfurt am Main, Stadt	460	500	175	701.350	HE
Fröndenberg/Ruhr, Stadt	460	450	300	20.705	NW
Gummersbach, Stadt	460	470	390	49.665	NW
Hannover, Landeshauptstadt	460	600	530	518.386	NI
Laatzen, Stadt	460	600	600	39.526	NI
Leipzig, Stadt	460	650	350	531.562	SN

Lüdenscheid, Stadt	460	470	330	72.927	NW
Lüdinghausen, Stadt	460	460	260	23.672	NW
Münster, Stadt	460	510	255	299.708	NW
Rheinberg, Stadt	460	435	240	30.610	NW
Sprockhövel, Stadt	460	730	250	24.989	NW
Voerde (Niederrhein), Stadt	460	600	270	36.514	NW
Wesseling, Stadt	460	450	220	35.224	NW
Wunstorf, Stadt	460	490	490	40.636	NI
Arnsberg, Stadt	459	523	249	73.501	NW
Hameln, Stadt	455	550	490	56.260	NI
Neukirchen-Vluyn, Stadt	455	460	280	26.846	NW
Neuss, Stadt	455	495	205	152.252	NW
Hamminkeln, Stadt	452	650	340	26.369	NW
Alfter	450	510	300	23.003	NW
Braunschweig, Stadt	450	450	320	247.227	NI
Burgdorf, Stadt	450	465	465	29.397	NI
Chemnitz, Stadt	450	580	350	242.022	SN
Coesfeld, Stadt	450	550	250	35.813	NW
Dessau-Roßlau, Stadt	450	460	250	83.616	ST
Dormagen, Stadt	450	435	241	62.498	NW
Dresden, Stadt	450	635	280	530.754	SN
Düren, Stadt	450	590	370	88.953	NW
Frechen, Stadt	450	420	280	51.080	NW
Görlitz, Stadt	450	500	360	54.042	SN
Greven, Stadt	450	500	260	35.278	NW
Grevenbroich, Stadt	450	450	260	61.891	NW
Halle (Saale), Stadt	450	500	250	231.565	ST
Jena, Stadt	450	495	300	107.679	TH
Jüchen	450	440	250	22.556	NW
Kamp-Lintfort, Stadt	450	470	220	36.973	NW
Korschenbroich, Stadt	450	480	250	32.305	NW

Magdeburg, Landeshauptstadt	450	495	250	231.021	ST
Meerbusch, Stadt	450	440	250	54.389	NW
Meinerzhagen, Stadt	450	425	234	20.689	NW
Menden (Sauerland), Stadt	450	495	230	53.354	NW
Neunkirchen, Kreisstadt	450	380	250	45.602	SL
Niederkassel, Stadt	450	600	270	36.841	NW
Plettenberg, Stadt	450	590	209	25.684	NW
Potsdam, Stadt	450	520	250	161.468	BB
Radevormwald, Stadt auf der Höhe	450	450	360	22.025	NW
Ronnenberg, Stadt	450	480	480	23.539	NI
Saarbrücken, Landeshauptstadt	450	460	275	177.201	SL
Sundern (Sauerland), Stadt	450	467	274	28.022	NW
Viersen, Stadt	450	450	330	74.907	NW
Wilnsdorf	450	450	250	20.195	NW
Wipperfürth, Hansestadt	450	550	320	21.336	NW
Zwickau, Stadt	450	510	300	91.564	SN
Völklingen, Stadt	448	485	290	38.468	SL
Minden, Stadt	447	460	249	79.969	NW
Nürnberg	447	535	332	498.876	BY
Ahlen, Stadt	445	564	400	51.766	NW
Bad Salzuflen, Stadt	445	620	425	52.121	NW
Enger, Widukindstadt	445	423	230	20.228	NW
Ennepetal, Stadt der Kluterthöhle	445	470	213	29.825	NW
Leichlingen (Rheinland), Blütenstadt	445	495	230	27.646	NW
Meckenheim, Stadt	445	431	260	23.628	NW
Netphen, Stadt	445	460	265	23.051	NW
Werne, Stadt	445	415	380	29.448	NW
Kaarst, Stadt	444	440	243	42.165	NW
Bad Harzburg, Stadt	440	440	440	21.680	NI

Düsseldorf, Stadt	440	440	156	598.686	NW
Erlangen	440	500	350	105.624	BY
Fürth	440	555	350	119.808	BY
Hildesheim, Stadt	440	540	540	99.390	NI
Kassel, documenta-Stadt	440	490	450	194.087	HE
Kempen, Stadt	440	440	220	34.618	NW
Langenhagen, Stadt	440	430	430	51.847	NI
Lehrte, Stadt	440	440	440	43.048	NI
Lennestadt, Stadt	440	458	240	25.908	NW
Mainz, Stadt	440	480	290	204.268	RP
Neubrandenburg, Stadt	440	550	300	63.437	MV
Norderstedt, Stadt	440	410	300	75.394	SH
Offenbach am Main, Stadt	440	600	250	119.203	HE
Osnabrück, Stadt	440	460	300	156.315	NI
Sehnde, Stadt	440	460	460	23.181	NI
Selm, Stadt	440	825	600	25.553	NW
Velbert, Stadt	440	550	215	80.572	NW
Warstein, Stadt	440	520	300	25.247	NW
Wedemark	440	440	440	28.745	NI
Wesel, Stadt	440	423	220	60.070	NW
Wiesbaden, Landeshauptstadt	440	475	275	273.871	HE
Wilhelmshaven, Stadt	440	480	410	75.728	NI
Wülfrath, Stadt	440	465	245	20.946	NW
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	439	445	390	159.610	NI
Willich, Stadt	439	495	260	50.599	NW
Werl, Stadt	437	800	478	30.061	NW
Augsburg	435	485	435	276.542	BY
Bremerhaven, Stadt	435	530	220	108.844	HB
Dülmen, Stadt	435	495	234	45.870	NW
Herford, Hansestadt	435	440	237	65.333	NW
Höxter, Stadt	435	456	252	29.523	NW

Meschede, Kreis- und Hochschulstadt	435	430	248	30.103	NW
Mettmann, Stadt	435	450	230	37.867	NW
Suhl, Stadt	435	472	332	35.665	TH
Tönisvorst, Stadt	435	435	225	29.181	NW
Brilon, Stadt	434	426	243	25.499	NW
Wegberg, Stadt	433	421	236	27.713	NW
Bocholt, Stadt	432	420	209	70.856	NW
Aschersleben, Stadt	430	400	400	27.995	ST
Brühl, Stadt	430	450	200	44.029	NW
Detmold, Stadt	430	495	192	73.449	NW
Garbsen, Stadt	430	430	430	59.912	NI
Göttingen, Stadt	430	590	530	116.891	NI
Hanau, Brüder-Grimm-Stadt	430	460	200	89.907	HE
Ibbenbüren, Stadt	430	448	234	50.438	NW
Karlsruhe, Stadt	430	420	420	299.103	BW
Kiel, Landeshauptstadt	430	500	400	241.533	SH
Lemgo, Stadt	430	430	230	40.717	NW
Lippstadt, Stadt	430	420	229	66.312	NW
Lübeck, Hansestadt	430	500	400	212.958	SH
Mannheim, Universitätsstadt	430	450	260	296.690	BW
Neustadt am Rübenberge, Stadt	430	440	440	43.378	NI
Plauen, Stadt	430	450	300	63.967	SN
Pulheim, Stadt	430	420	200	53.109	NW
Rheine, Stadt	430	600	310	73.484	NW
Seelze, Stadt	430	490	490	32.397	NI
Senden	430	460	260	20.142	NW
Soest, Stadt	430	455	240	46.699	NW
Wermelskirchen, Stadt	430	488	230	34.472	NW
Wiehl, Stadt	430	430	260	25.047	NW
Wismar, Hansestadt	430	550	300	42.219	MV
Wolfenbüttel, Stadt	430	430	350	51.569	NI

Geseke, Stadt	427	477	279	20.511	NW
Warendorf, Stadt	427	433	279	36.886	NW
Beckum, Stadt	425	435	235	35.909	NW
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	425	535	320	149.743	HE
Delmenhorst, Stadt	425	470	380	74.052	NI
Emmerich am Rhein, Stadt	425	440	250	30.105	NW
Gifhorn, Stadt	425	430	400	41.518	NI
Greifswald, Hansestadt	425	480	300	56.445	MV
Lengerich, Stadt	425	440	220	21.978	NW
Regensburg	425	395	295	140.276	BY
Saarlouis, Kreisstadt	425	340	265	34.354	SL
Xanten, Stadt	425	450	260	21.186	NW
Bad Honnef, Stadt	423	470	260	24.845	NW
Porta Westfalica, Stadt	423	429	229	35.374	NW
Steinfurt, Stadt	423	451	275	33.123	NW
Haan, Stadt	421	433	219	29.985	NW
Heinsberg, Stadt	421	460	280	40.908	NW
Arnstadt, Stadt	420	420	300	23.539	TH
Baesweiler, Stadt	420	430	250	26.497	NW
Cuxhaven, Stadt	420	455	375	48.325	NI
Emden, Stadt	420	480	320	49.790	NI
Erkelenz, Stadt	420	420	240	42.792	NW
Erkrath, Fundort des Neanderthalers, Stadt	420	420	210	43.639	NW
Freiburg im Breisgau, Stadt	420	600	600	220.286	BW
Gießen, Universitätsstadt	420	600	330	77.733	HE
Goch, Stadt	420	415	215	33.063	NW
Goslar, Stadt	420	460	360	40.189	NI
Ilmenau, Stadt	420	440	275	25.949	TH
Koblenz, Stadt	420	420	340	110.643	RP
Köthen (Anhalt), Stadt	420	420	320	26.889	ST
Kreuztal, Stadt	420	460	217	30.899	NW

Landshut	420	430	300	66.179	BY
Lüneburg, Hansestadt	420	440	310	71.668	NI
Markkleeberg, Stadt	420	400	290	23.940	SN
Osterholz-Scharmbeck, Stadt	420	450	450	29.942	NI
Pforzheim, Stadt	420	500	400	117.754	BW
Rüsselsheim, Stadt	420	800	680	60.929	HE
Schwerin, Landeshauptstadt	420	630	400	91.583	MV
Stade, Hansestadt	420	420	420	45.317	NI
Stralsund, Hansestadt	420	500	300	57.301	MV
Stuttgart, Landeshauptstadt	420	520	520	604.297	BW
Trier, Stadt	420	420	350	107.233	RP
Warburg, Hansestadt	420	423	330	23.302	NW
Wernigerode, Stadt	420	360	280	33.479	ST
Worms, Stadt	420	440	330	80.296	RP
Würzburg	420	450	340	124.698	BY
Zittau, Stadt	420	440	330	25.950	SN
Zweibrücken, Stadt	420	400	300	34.084	RP
Lage, Stadt	418	423	220	34.671	NW
Bad Oeynhausen, Stadt	416	423	220	48.294	NW
Geilenkirchen, Stadt	416	456	260	26.626	NW
Ahaus, Stadt	415	423	213	38.753	NW
Borken, Stadt	415	451	213	41.386	NW
Bünde, Stadt	415	440	213	45.189	NW
Büren, Stadt	415	423	312	21.548	NW
Delbrück, Stadt	415	423	250	30.828	NW
Dillingen/Saar, Stadt	415	340	255	20.183	SL
Emsdetten, Stadt	415	423	213	35.447	NW
Geldern, Stadt	415	423	213	33.064	NW
Hoyerswerda, Stadt	415	465	352	34.317	SN
Kevelaer, Stadt	415	460	230	27.635	NW
Kleve, Stadt	415	423	213	48.172	NW

Löhne, Stadt	415	442	246	39.521	NW
Olpe, Stadt	415	439	213	24.592	NW
Pirmasens, Stadt	415	410	310	40.101	RP
Rees, Stadt	415	423	220	21.303	NW
Stadtlohn, Stadt	415	423	213	20.005	NW
Uelzen, Stadt	415	435	400	33.269	NI
Versmold, Stadt	415	423	213	20.753	NW
Vreden, Stadt	415	423	209	22.389	NW
Petershagen, Stadt	414	462	254	25.451	NW
Schmallenberg, Stadt	414	421	213	24.980	NW
Oelde, Stadt	412	504	274	29.014	NW
Gütersloh, Stadt	411	381	195	95.507	NW
Paderborn, Stadt	411	413	209	143.659	NW
Salzkotten, Stadt	411	413	240	24.547	NW
Berlin, Stadt	410	810	150	3.421.829	B
Buxtehude, Hansestadt	410	385	310	39.777	NI
Calw, Stadt	410	520	375	22.374	BW
Celle, Stadt	410	440	320	68.508	NI
Flensburg, Stadt	410	480	390	83.971	SH
Frankenthal (Pfalz), Stadt	410	410	330	47.332	RP
Kaiserslautern, Stadt	410	460	310	97.162	RP
Maintal, Stadt	410	545	395	36.846	HE
Mörfelden-Walldorf, Stadt	410	595	400	32.988	HE
Nettetal, Stadt	410	415	240	41.533	NW
Neumünster, Stadt	410	480	390	77.058	SH
Nordenham, Stadt	410	420	420	26.262	NI
Northeim, Stadt	410	440	420	28.865	NI
Salzgitter, Stadt	410	430	350	98.197	NI
St. Wendel, Kreisstadt	410	300	230	25.890	SL
Walsrode, Stadt	410	375	375	23.353	NI
Weyhe	410	370	370	30.047	NI

Merzig, Kreisstadt	408	325	250	29.668	SL
Bad Kreuznach, Stadt	405	450	390	43.946	RP
Blieskastel, Stadt	405	350	250	20.879	SL
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	405	420	320	161.518	RP
Neuwied, Stadt	405	420	320	63.883	RP
Peine, Stadt	405	375	375	48.377	NI
Rinteln, Stadt	405	385	345	25.228	NI
Speyer, Stadt	405	400	300	49.740	RP
Espelkamp, Stadt	403	423	213	24.604	NW
Gronau (Westf.), Stadt	403	381	192	45.998	NW
Halle (Westf.), Stadt	403	381	192	21.167	NW
Lübbecke, Stadt	403	381	217	25.398	NW
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	403	423	192	46.876	NW
Steinhagen	403	330	192	20.301	NW
Achim, Stadt	400	370	350	29.991	NI
Altenburg, Stadt	400	389	300	32.992	TH
Aschaffenburg	400	400	200	67.844	BY
Baunatal, Stadt	400	350	340	27.353	HE
Bautzen, Stadt	400	380	300	39.607	SN
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	400	390	340	41.259	ST
Blankenburg (Harz), Stadt	400	400	320	20.745	ST
Brandenburg an der Havel, Stadt	400	480	400	71.032	BB
Buchholz in der Nordheide, Stadt	400	400	365	37.876	NI
Burgwedel, Stadt	400	430	430	20.239	NI
Coswig, Stadt	400	410	300	20.560	SN
Cottbus, Stadt	400	480	400	99.595	BB
Emmendingen, Stadt	400	400	400	26.287	BW
Frankfurt (Oder), Stadt	400	480	359	58.018	BB
Friedberg (Hessen), Kreisstadt	400	490	300	27.758	HE
Friedberg, St	400	360	360	28.894	BY

Gotha, Stadt	400	470	300	44.325	TH
Grimma, Stadt	400	405	300	28.553	SN
Halberstadt, Stadt	400	420	400	40.323	ST
Hann. Münden, Stadt	400	460	415	23.668	NI
Heidelberg, Stadt	400	470	400	152.113	BW
Heilbronn, Stadt	400	430	330	118.122	BW
Helmstedt, Stadt	400	390	380	22.934	NI
Hilden, Stadt	400	380	190	54.737	NW
Hof	400	410	300	44.522	BY
Hückelhoven, Stadt	400	400	200	38.709	NW
Idar-Oberstein, Stadt	400	430	340	28.323	RP
Ingolstadt	400	460	350	129.136	BY
Isernhagen	400	450	450	23.090	NI
Limbach-Oberfrohna, Stadt	400	450	300	24.107	SN
Meißen, Stadt	400	400	300	27.135	SN
Mosbach, Stadt	400	410	350	22.735	BW
Mühlhausen/Thüringen, Stadt	400	400	296	33.007	TH
Neu Wulmstorf	400	410	390	20.384	NI
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	400	400	300	52.400	RP
Neustrelitz, Stadt	400	400	400	20.399	MV
Nordhausen, Stadt	400	402	330	41.839	TH
Ostfildern, Stadt	400	380	340	37.085	BW
Passau	400	390	300	49.454	BY
Pfungstadt, Stadt	400	500	500	24.002	HE
Pirna, Stadt	400	440	350	37.645	SN
Radebeul, Stadt	400	400	300	33.434	SN
Ratingen, Stadt	400	423	213	86.388	NW
Riesa, Stadt	400	470	350	31.423	SN
Rietberg, Stadt	400	413	209	28.696	NW
Rosenheim	400	420	330	60.464	BY
Sangerhausen, Stadt	400	400	400	27.830	ST

Sonneberg, Stadt	400	410	345	23.796	TH
Straubing	400	390	350	45.502	BY
Stuhr	400	365	365	32.556	NI
Syke, Stadt	400	380	380	23.666	NI
Torgau, Stadt	400	360	250	20.092	SN
Weimar, Stadt	400	400	296	63.315	TH
Zeitz, Stadt	400	400	300	29.557	ST
Landau in der Pfalz, Stadt	399	430	320	43.825	RP
Andernach, Stadt	395	370	305	29.027	RP
Attendorf, Hansestadt	395	315	170	24.336	NW
Aurich, Stadt	395	395	395	40.637	NI
Bad Hersfeld, Kreisstadt	395	395	395	28.867	HE
Dietzenbach, Kreisstadt	395	600	400	32.750	HE
Eberswalde, Stadt	395	415	300	38.844	BB
Eisenhüttenstadt, Stadt	395	445	294	27.205	BB
Filderstadt, Stadt	395	360	360	44.631	BW
Geislingen an der Steige, Stadt	395	395	395	26.356	BW
Korbach, Kreisstadt	395	431	350	23.264	HE
Lingen (Ems), Stadt	395	330	335	52.158	NI
Springe, Stadt	395	450	450	28.336	NI
Waldshut-Tiengen, Stadt	395	420	270	22.808	BW
Annaberg-Buchholz, Stadt	390	400	300	20.510	SN
Bamberg	390	425	280	71.167	BY
Bayreuth	390	425	250	71.572	BY
Bingen am Rhein, Stadt	390	450	390	24.234	RP
Bruchköbel, Stadt	390	431	338	20.265	HE
Delitzsch, Stadt	390	450	300	25.005	SN
Elmshorn, Stadt	390	390	370	47.667	SH
Esslingen am Neckar, Stadt	390	400	400	89.242	BW
Freiberg, Stadt	390	425	300	40.268	SN
Gelnhausen, Barbarossast., Krst.	390	500	500	22.099	HE

Georgsmarienhütte, Stadt	390	360	360	31.616	NI
Germersheim, Stadt	390	370	310	20.201	RP
Greiz, Stadt	390	402	295	21.284	TH
Griesheim, Stadt	390	660	660	26.198	HE
Hockenheim, Stadt	390	380	320	20.968	BW
Idstein, Stadt	390	390	350	23.836	HE
Konstanz, Universitätsstadt	390	410	410	81.141	BW
Lahr/Schwarzwald, Stadt	390	390	390	43.728	BW
Metzingen, Stadt	390	400	280	21.172	BW
Nagold, Stadt	390	420	380	21.241	BW
Nienburg (Weser), Stadt	390	390	330	30.677	NI
Nürtingen, Stadt	390	390	390	39.755	BW
Osterode am Harz, Stadt	390	390	380	22.317	NI
Pinneberg, Stadt	390	400	380	42.055	SH
Rastatt, Stadt	390	390	350	47.110	BW
Reinbek, Stadt	390	390	390	26.514	SH
Riedstadt, Stadt	390	700	520	22.115	HE
Schorndorf, Stadt	390	440	390	38.431	BW
Schwabach	390	450	300	39.546	BY
Seevetal	390	360	360	40.159	NI
Stadthagen, Stadt	390	410	390	21.594	NI
Stendal, Hansestadt	390	390	290	40.028	ST
Varel, Stadt	390	380	380	23.554	NI
Wetzlar, Stadt	390	460	350	51.135	HE
Homburg, Kreisstadt	388	380	250	41.416	SL
Kempten (Allgäu)	387	380	250	65.044	BY
Apolda, Stadt	385	395	295	21.738	TH
Backnang, Stadt	385	385	385	34.990	BW
Bad Homburg v.d. Höhe, Stadt	385	345	190	52.379	HE
Glauchau, Stadt	385	490	305	23.131	SN
Remseck am Neckar, Stadt	385	480	350	24.512	BW

Rudolstadt, Stadt	383	402	295	22.739	TH
Saalfeld/Saale, Stadt	383	402	295	25.098	TH
Sondershausen, Stadt	383	402	295	21.907	TH
Amberg	380	340	250	41.592	BY
Bad Kissingen, GKSt	380	380	380	21.225	BY
Baden-Baden, Stadt	380	490	490	53.012	BW
Bretten, Stadt	380	370	300	28.589	BW
Büdingen, Stadt	380	431	310	20.995	HE
Burg, Stadt	380	360	300	22.828	ST
Cloppenburg, Stadt	380	330	330	32.985	NI
Ditzingen, Stadt	380	360	320	24.272	BW
Döbeln, Stadt	380	390	270	21.699	SN
Duderstadt, Stadt	380	415	415	20.860	NI
Einbeck, Stadt	380	400	400	31.591	NI
Eisleben, Lutherstadt	380	400	310	24.284	ST
Freising, GKSt	380	320	310	45.806	BY
Freital, Stadt	380	380	280	39.276	SN
Friesoythe, Stadt	380	360	380	21.335	NI
Fulda, Stadt	380	330	220	65.036	HE
Fürstenfeldbruck, GKSt	380	350	310	34.648	BY
Fürstenwalde/Spree, Stadt	380	390	300	30.967	BB
Ganderkesee, Stadt	380	340	340	30.460	NI
Groß-Gerau, Stadt	380	450	360	24.076	HE
Groß-Umstadt, Stadt	380	550	330	20.754	HE
Heide, Stadt	380	390	380	21.105	SH
Heppenheim (Bergstraße), Kreisstadt	380	370	370	25.013	HE
Leimen, Stadt	380	400	400	25.812	BW
Leinfelden-Echterdingen, Stadt	380	370	300	37.609	BW
Leonberg, Stadt	380	445	300	45.458	BW
Lichtenfels, St	380	360	340	20.013	BY
Lindau (Bodensee), GKSt	380	405	325	24.560	BY

Ludwigsfelde, Stadt	380	380	265	23.956	BB
Mühlheim am Main, Stadt	380	450	200	27.475	HE
Naumburg (Saale), Stadt	380	400	280	32.804	ST
Norden, Stadt	380	390	360	24.887	NI
Offenburg, Stadt	380	420	280	57.448	BW
Reutlingen, Stadt	380	400	320	111.357	BW
Rödermark, Stadt	380	540	200	26.494	HE
Rodgau, Stadt	380	450	450	43.115	HE
Schönebeck (Elbe), Stadt	380	390	290	31.582	ST
Schortens, Stadt	380	380	380	20.191	NI
Schwäbisch Gmünd, Stadt	380	430	340	58.564	BW
Schwäbisch Hall, Stadt	380	400	400	37.452	BW
Schwetzingen, Stadt	380	400	300	21.147	BW
Senden, St	380	350	330	21.625	BY
Soltau, Stadt	380	380	380	21.120	NI
Sonthofen, St	380	400	400	21.388	BY
Taunusstein, Stadt	380	475	475	28.515	HE
Tübingen, Universitätsstadt	380	560	360	85.383	BW
Verden (Aller), Stadt	380	367	350	26.668	NI
Wedel, Stadt	380	380	380	32.289	SH
Weiden i.d.OPf.	380	400	320	41.726	BY
Weil am Rhein, Stadt	380	400	400	29.298	BW
Weilheim i.OB, St	380	360	340	21.534	BY
Weingarten, Stadt	380	400	330	23.694	BW
Winsen (Luhe), Stadt	380	380	380	33.351	NI
Wittmund, Stadt	380	380	380	20.363	NI
Crailsheim, Stadt	375	420	400	32.829	BW
Gaggenau, Stadt	375	400	400	28.546	BW
Geesthacht, Stadt	375	360	360	29.363	SH
Ludwigsburg, Stadt	375	375	375	89.639	BW
Weiterstadt, Stadt	375	395	395	24.274	HE

Werdau, Stadt	375	440	300	21.114	SN
Wittenberg, Lutherstadt	375	385	312	46.729	ST
Bad Mergentheim, Stadt	370	390	350	22.470	BW
Bramsche, Stadt	370	350	340	30.134	NI
Butzbach, Friedrich-Ludwig-Weidig-Stadt	370	510	450	24.384	HE
Dreieich, Stadt	370	500	500	39.868	HE
Harsewinkel, Die Mähdscherstadt	370	260	230	23.789	NW
Hofheim am Taunus, Kreisstadt	370	440	400	38.556	HE
Holzminden, Stadt	370	348	340	20.107	NI
Horb am Neckar, Stadt	370	390	410	24.308	BW
Itzehoe, Stadt	370	390	370	31.035	SH
Kirchheim unter Teck, Stadt	370	390	310	39.389	BW
Kornwestheim, Stadt	370	370	300	32.177	BW
Lampertheim, Stadt	370	435	330	31.491	HE
Langen (Hessen), Stadt	370	500	400	35.845	HE
Leer (Ostfriesland), Stadt	370	360	330	33.891	NI
Limburg a.d. Lahn, Kreisstadt	370	340	255	33.843	HE
Marburg, Universitätsstadt	370	330	280	73.125	HE
Neuruppin, Stadt	370	400	300	30.345	BB
Nordhorn, Stadt	370	370	320	52.298	NI
Oranienburg, Stadt	370	370	200	42.028	BB
Radolfzell am Bodensee, Stadt	370	365	365	30.271	BW
Rendsburg, Stadt	370	390	370	27.325	SH
Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	370	280	175	26.318	NW
Schweinfurt	370	385	385	51.851	BY
Senftenberg, Stadt	370	350	250	24.987	BB
Sindelfingen, Stadt	370	360	250	61.669	BW
Sinsheim, Stadt	370	380	330	34.674	BW
Überlingen, Stadt	370	370	290	22.046	BW

Vaihingen an der Enz, Stadt	370	430	400	28.080	BW
Weinstadt, Stadt	370	410	375	26.177	BW
Winnenden, Stadt	370	420	380	27.361	BW
Bad Nauheim, Stadt	365	560	310	30.879	HE
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	365	365	300	26.934	RP
Fellbach, Stadt	365	365	365	44.403	BW
Göppingen, Stadt	365	370	370	55.571	BW
Melle, Stadt	365	325	325	45.844	NI
Tuttlingen, Stadt	365	350	280	33.394	BW
Ravensburg, Stadt	363	370	230	49.098	BW
Aalen, Stadt	360	370	300	66.813	BW
Achern, Stadt	360	350	300	24.618	BW
Ansbach	360	360	360	39.839	BY
Bad Oldesloe, Stadt	360	380	380	24.477	SH
Bad Zwischenahn	360	350	330	27.866	NI
Böblingen, Stadt	360	360	310	46.714	BW
Bruchsal, Stadt	360	395	395	42.871	BW
Ellwangen (Jagst), Stadt	360	385	320	23.555	BW
Gardelegen, Hansestadt	360	360	330	23.110	ST
Garmisch-Partenkirchen, M	360	430	400	26.102	BY
Gersthofen, St	360	310	310	21.311	BY
Heidenheim an der Brenz, Stadt	360	360	280	46.419	BW
Herrenberg, Stadt	360	390	320	30.373	BW
Kehl, Stadt	360	430	350	34.077	BW
Kitzingen, GKSt	360	315	315	20.449	BY
Langenfeld (Rheinland), Stadt	360	380	170	56.982	NW
Lörrach, Stadt	360	405	320	48.307	BW
Meiningen, Stadt	360	350	235	20.966	TH
Neu-Ulm, GKSt	360	375	350	54.969	BY
Oberursel (Taunus), Stadt	360	450	375	44.779	HE
Öhringen, Stadt	360	385	370	22.777	BW

Rheinfelden (Baden), Stadt	360	400	370	32.245	BW
Rotenburg (Wümme), Stadt	360	360	360	20.944	NI
Roth, St	360	340	340	24.339	BY
Rottweil, Stadt	360	400	340	24.378	BW
Salzwedel, Hansestadt	360	360	280	24.282	ST
Schleswig, Stadt	360	400	380	23.635	SH
Singen (Hohentwiel), Stadt	360	360	360	45.717	BW
St. Ingbert, Stadt	360	410	280	36.254	SL
Ulm, Universitätsstadt	360	430	325	119.218	BW
Villingen-Schwenningen, Stadt	360	425	375	81.128	BW
Waghäusel, Stadt	360	310	310	20.195	BW
Waiblingen, Stadt	360	390	300	52.845	BW
Wallenhorst	360	320	320	22.860	NI
Werder (Havel), Stadt	360	350	360	23.838	BB
Wiesloch, Stadt	360	370	345	25.502	BW
Wolfsburg, Stadt	360	420	270	122.457	NI
Dillenburg, Stadt	357	420	420	23.602	HE
Viernheim, Stadt	357	450	280	33.120	HE
Bensheim, Stadt	355	480	350	39.368	HE
Eppingen, Stadt	355	335	335	20.919	BW
Staßfurt, Stadt	355	355	270	27.060	ST
Ahrensburg, Stadt	350	350	350	31.361	SH
Bad Rappenau, Stadt	350	410	375	20.193	BW
Balingen, Stadt	350	380	320	33.270	BW
Bernau bei Berlin, Stadt	350	400	200	36.222	BB
Bernburg (Saale), Stadt	350	370	300	33.879	ST
Blankenfelde-Mahlow	350	360	300	25.664	BB
Bühl, Stadt	350	350	320	28.566	BW
Dachau, GKSt	350	330	300	45.621	BY
Deggendorf, GKSt	350	330	330	31.853	BY
Ettlingen, Stadt	350	350	230	38.819	BW

Falkensee, Stadt	350	400	300	41.258	BB
Forchheim, GKSt	350	390	390	30.705	BY
Friedrichsdorf, Stadt	350	450	450	24.577	HE
Friedrichshafen, Stadt	350	340	300	57.961	BW
Hattersheim am Main, Stadt	350	550	400	25.740	HE
Hennigsdorf, Stadt	350	380	230	25.800	BB
Husum, Stadt	350	370	350	22.053	SH
Karben, Stadt	350	390	390	21.716	HE
Königsbrunn, St	350	320	320	27.487	BY
Königs-Wusterhausen, Stadt	350	375	250	34.240	BB
Kulmbach, GKSt	350	320	270	26.217	BY
Merseburg, Stadt	350	410	300	33.432	ST
Mühlacker, Stadt	350	390	340	24.931	BW
Neuburg a.d.Donau, GKSt	350	300	300	28.748	BY
Obertshausen, Stadt	350	431	431	23.921	HE
Olching, St	350	310	310	26.149	BY
Puchheim, St	350	320	320	20.524	BY
Rathenow, Stadt	350	412	300	24.164	BB
Rottenburg am Neckar, Stadt	350	370	330	41.718	BW
Schwandorf, GKSt	350	310	290	27.817	BY
Schwedt/Oder, Stadt	350	445	250	30.539	BB
Seligenstadt, Stadt	350	431	240	20.431	HE
Spremberg, Stadt	350	370	250	22.431	BB
Strausberg, Stadt	350	375	270	25.744	BB
Unterschleißheim, St	350	280	280	26.363	BY
Waldkirch, Stadt	350	360	360	21.141	BW
Weinheim, Stadt	350	400	350	43.624	BW
Weißenfels, Stadt	350	370	270	39.909	ST
Wertheim, Stadt	350	340	310	22.415	BW
Zerbst/Anhalt, Stadt	350	355	305	22.002	ST
Freudenstadt, Stadt	345	380	320	22.282	BW

Meppen, Stadt	345	310	295	34.109	NI
Papenburg, Stadt	345	345	330	35.614	NI
Pfaffenhofen a.d.Ilm, St	345	380	350	24.441	BY
Rheinstetten, Stadt	345	345	310	20.074	BW
Eckernförde, Stadt	340	320	320	21.792	SH
Landsberg am Lech, GKSt	340	370	295	28.069	BY
Laupheim, Stadt	340	335	335	20.213	BW
Leutkirch im Allgäu, Stadt	340	370	320	21.837	BW
Neusäß, St	340	310	310	21.377	BY
Ottobrunn	340	300	300	20.784	BY
Schramberg, Stadt	340	360	340	20.716	BW
Stutensee, Stadt	340	340	300	23.646	BW
Traunreut, St	340	330	300	20.300	BY
Verl, Stadt	340	265	150	24.947	NW
Waldkraiburg, St	340	370	370	22.525	BY
Wangen im Allgäu, Stadt	340	385	335	26.548	BW
Westerstede, Stadt	340	325	315	21.919	NI
Albstadt, Stadt	335	350	330	44.056	BW
Bietigheim-Bissingen, Stadt	335	255	255	42.210	BW
Herborn, Stadt	335	280	250	20.366	HE
Ingelheim am Rhein, Stadt	332	80	67,5	24.283	RP
Bad Vilbel, Stadt	330	450	450	32.020	HE
Biberach an der Riß, Stadt	330	300	300	31.419	BW
Donaueschingen, Stadt	330	410	350	21.190	BW
Ehingen (Donau), Stadt	330	300	260	24.786	BW
Flörsheim am Main, Stadt	330	490	490	20.197	HE
Gauting	330	310	250	20.097	BY
Germering, GKSt	330	350	335	38.478	BY
Haren (Ems), Stadt	330	320	310	23.090	NI
Kaufbeuren	330	385	250	41.759	BY
Kelkheim (Taunus), Stadt	330	450	275	28.190	HE

Lauf a.d.Pegnitz, St	330	350	350	25.993	BY
Memmingen	330	350	260	41.772	BY
Quickborn, Stadt	330	350	340	20.042	SH
Stadtallendorf, Stadt	330	270	270	20.763	HE
Starnberg, St	330	350	300	22.650	BY
Westoverledingen	330	320	320	20.036	NI
Edeweicht	325	300	300	21.291	NI
Erding, St	325	300	250	35.295	BY
Kaltenkirchen, Stadt	325	315	315	20.080	SH
Luckenwalde, Stadt	325	380	235	20.185	BB
Rastede	325	315	295	21.259	NI
Henstedt-Ulzburg	322	311	311	27.269	SH
Aichach, St	320	320	320	20.560	BY
Geretsried, St	320	380	320	23.610	BY
Güstrow, Stadt	320	400	250	28.540	MV
Herzogenaurach, St	320	280	280	22.918	BY
Kleinmachnow	320	365	200	20.405	BB
Moormerland	320	320	320	22.667	NI
Neckarsulm, Stadt	320	300	300	25.762	BW
Neu-Isenburg, Stadt	320	250	0	35.698	HE
Teltow, Stadt	320	400	300	24.031	BB
Vaterstetten	320	390	330	22.087	BY
Vechta, Stadt	320	280	280	30.944	NI
Zirndorf, St	320	360	305	25.957	BY
Neumarkt i.d.OPf., GKSt	315	275	235	38.477	BY
Bad Soden am Taunus, Stadt	310	450	190	21.556	HE
Hohen Neuendorf, Stadt	310	360	300	25.001	BB
Wandlitz	305	450	300	21.212	BB
Coburg	300	300	300	40.994	BY
Lohne (Oldenburg), Stadt	300	275	275	25.249	NI
Waren (Müritz), Stadt	300	400	280	20.940	MV

Unterhaching	295	280	280	23.217	BY
Monheim am Rhein, Stadt	285	385	380	40.098	NW
Eschborn, Stadt	280	140	170	20.731	HE

Tabelle 3: Realsteuer-Hebesätze der Gemeinden ab 50.000 und mehr Einwohnern in alphabetischer Reihenfolge

Gemeinde	Hebesätze 2015			Einwohner Stand: 31.12.2013	Bundesland
	GewSt	GrSt B	GrSt A		
Aachen, Stadt	475	525	305	241.683	NW
Aalen, Stadt	360	370	300	66.813	BW
Ahlen, Stadt	445	564	400	51.766	NW
Arnsberg, Stadt	459	523	249	73.501	NW
Aschaffenburg	400	400	200	67.844	BY
Augsburg	435	485	435	276.542	BY
Bad Homburg v.d. Höhe, Stadt	385	345	190	52.379	HE
Bad Salzuflen, Stadt	445	620	425	52.121	NW
Baden-Baden, Stadt	380	490	490	53.012	BW
Bamberg	390	425	280	71.167	BY
Bayreuth	390	425	250	71.572	BY
Bergheim, Stadt	480	480	300	59.272	NW
Bergisch Gladbach, Stadt	460	490	255	109.425	NW
Berlin, Stadt	410	810	150	3.421.829	B
Bielefeld, Stadt	480	580	300	328.864	NW
Bocholt, Stadt	432	420	209	70.856	NW
Bochum, Stadt	495	645	250	361.734	NW
Bonn, Stadt	490	680	340	311.287	NW
Bottrop, Stadt	490	590	265	116.055	NW
Brandenburg an der Havel, Stadt	400	480	400	71.032	BB
Braunschweig, Stadt	450	450	320	247.227	NI
Bremen, Stadt	460	580	250	548.547	HB
Bremerhaven, Stadt	435	530	220	108.844	HB
Castrop-Rauxel, Stadt	500	625	600	73.751	NW
Celle, Stadt	410	440	320	68.508	NI
Chemnitz, Stadt	450	580	350	242.022	SN

Cottbus, Stadt	400	480	400	99.595	BB
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	425	535	320	149.743	HE
Delmenhorst, Stadt	425	470	380	74.052	NI
Dessau-Roßlau, Stadt	450	460	250	83.616	ST
Detmold, Stadt	430	495	192	73.449	NW
Dinslaken, Stadt	460	480	280	67.190	NW
Dormagen, Stadt	450	435	241	62.498	NW
Dorsten, Stadt	495	780	450	75.547	NW
Dortmund, Stadt	485	610	325	575.944	NW
Dresden, Stadt	450	635	280	530.754	SN
Duisburg, Stadt	510	855	260	486.855	NW
Düren, Stadt	450	590	370	88.953	NW
Düsseldorf, Stadt	440	440	156	598.686	NW
Erfurt, Stadt	470	490	300	204.880	TH
Erlangen	440	500	350	105.624	BY
Eschweiler, Stadt	460	490	290	55.026	NW
Essen, Stadt	480	670	255	569.884	NW
Esslingen am Neckar, Stadt	390	400	400	89.242	BW
Euskirchen, Stadt	475	496	292	55.558	NW
Flensburg, Stadt	410	480	390	83.971	SH
Frankfurt (Oder), Stadt	400	480	359	58.018	BB
Frankfurt am Main, Stadt	460	500	175	701.350	HE
Frechen, Stadt	450	420	280	51.080	NW
Freiburg im Breisgau, Stadt	420	600	600	220.286	BW
Friedrichshafen, Stadt	350	340	300	57.961	BW
Fulda, Stadt	380	330	220	65.036	HE
Fürth	440	555	350	119.808	BY
Garbsen, Stadt	430	430	430	59.912	NI
Gelsenkirchen, Stadt	480	545	272,5	257.850	NW

Gera, Stadt	470	600	320	94.977	TH
Gießen, Universitätsstadt	420	600	330	77.733	HE
Gladbeck, Stadt	480	690	285	74.011	NW
Göppingen, Stadt	365	370	370	55.571	BW
Görlitz, Stadt	450	500	360	54.042	SN
Göttingen, Stadt	430	590	530	116.891	NI
Greifswald, Hansestadt	425	480	300	56.445	MV
Grevenbroich, Stadt	450	450	260	61.891	NW
Gütersloh, Stadt	411	381	195	95.507	NW
Hagen, Stadt der FernUniversität	520	750	375	185.996	NW
Halle (Saale), Stadt	450	500	250	231.565	ST
Hamburg, Freie und Hansestadt	470	540	225	1.746.342	HH
Hamel, Stadt	455	550	490	56.260	NI
Hamm, Stadt	465	600	225	176.048	NW
Hanau, Brüder-Grimm-Stadt	430	460	200	89.907	HE
Hannover, Landeshauptstadt	460	600	530	518.386	NI
Hattingen, Stadt	490	660	390	54.358	NW
Heidelberg, Stadt	400	470	400	152.113	BW
Heilbronn, Stadt	400	430	330	118.122	BW
Herford, Hansestadt	435	440	237	65.333	NW
Herne, Stadt	480	560	240	154.417	NW
Herten, Stadt	480	795	285	60.582	NW
Hilden, Stadt	400	380	190	54.737	NW
Hildesheim, Stadt	440	540	540	99.390	NI
Hürth, Stadt	480	420	228	57.230	NW
Ibbenbüren, Stadt	430	448	234	50.438	NW
Ingolstadt	400	460	350	129.136	BY
Iserlohn, Stadt	480	496	265	93.119	NW

Jena, Stadt	450	495	300	107.679	TH
Kaiserslautern, Stadt	410	460	310	97.162	RP
Karlsruhe, Stadt	430	420	420	299.103	BW
Kassel, documenta-Stadt	440	490	450	194.087	HE
Kempten (Allgäu)	387	380	250	65.044	BY
Kerpen, Kolpingstadt	500	550	340	63.784	NW
Kiel, Landeshauptstadt	430	500	400	241.533	SH
Koblenz, Stadt	420	420	340	110.643	RP
Köln, Stadt	475	515	165	1.034.175	NW
Konstanz, Universitätsstadt	390	410	410	81.141	BW
Krefeld, Stadt	480	533	265	222.058	NW
Landshut	420	430	300	66.179	BY
Langenfeld (Rheinland), Stadt	360	380	170	56.982	NW
Langenhagen, Stadt	440	430	430	51.847	NI
Leipzig, Stadt	460	650	350	531.562	SN
Leverkusen, Stadt	475	590	295	160.819	NW
Lingen (Ems), Stadt	395	330	335	52.158	NI
Lippstadt, Stadt	430	420	229	66.312	NW
Lübeck, Hansestadt	430	500	400	212.958	SH
Lüdenscheid, Stadt	460	470	330	72.927	NW
Ludwigsburg, Stadt	375	375	375	89.639	BW
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	405	420	320	161.518	RP
Lüneburg, Hansestadt	420	440	310	71.668	NI
Lünen, Stadt	490	760	390	84.775	NW
Magdeburg, Landeshauptstadt	450	495	250	231.021	ST
Mainz, Stadt	440	480	290	204.268	RP
Mannheim, Universitätsstadt	430	450	260	296.690	BW

Marburg, Universitätsstadt	370	330	280	73.125	HE
Marl, Stadt	530	660	285	83.634	NW
Meerbusch, Stadt	450	440	250	54.389	NW
Menden (Sauerland), Stadt	450	495	230	53.354	NW
Minden, Stadt	447	460	249	79.969	NW
Moers, Stadt	480	740	300	103.108	NW
Mönchengladbach, Stadt	475	520	240	255.430	NW
Mülheim an der Ruhr, Stadt	490	640	265	166.640	NW
München, Landeshauptstadt	490	535	535	1.407.836	BY
Münster, Stadt	460	510	255	299.708	NW
Neubrandenburg, Stadt	440	550	300	63.437	MV
Neumünster, Stadt	410	480	390	77.058	SH
Neuss, Stadt	455	495	205	152.252	NW
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	400	400	300	52.400	RP
Neu-Ulm, GKSt	360	375	350	54.969	BY
Neuwied, Stadt	405	420	320	63.883	RP
Norderstedt, Stadt	440	410	300	75.394	SH
Nordhorn, Stadt	370	370	320	52.298	NI
Nürnberg	447	535	332	498.876	BY
Oberhausen, Stadt	550	640	250	209.097	NW
Offenbach am Main, Stadt	440	600	250	119.203	HE
Offenburg, Stadt	380	420	280	57.448	BW
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	439	445	390	159.610	NI
Osnabrück, Stadt	440	460	300	156.315	NI
Paderborn, Stadt	411	413	209	143.659	NW
Pforzheim, Stadt	420	500	400	117.754	BW
Plauen, Stadt	430	450	300	63.967	SN

Potsdam, Stadt	450	520	250	161.468	BB
Pulheim, Stadt	430	420	200	53.109	NW
Ratingen, Stadt	400	423	213	86.388	NW
Recklinghausen, Stadt	510	650	375	115.320	NW
Regensburg	425	395	295	140.276	BY
Remscheid, Stadt	490	784	230	108.955	NW
Reutlingen, Stadt	380	400	320	111.357	BW
Rheine, Stadt	430	600	310	73.484	NW
Rosenheim	400	420	330	60.464	BY
Rostock, Hansestadt	465	480	300	203.431	MV
Rüsselsheim, Stadt	420	800	680	60.929	HE
Saarbrücken, Landes- hauptstadt	450	460	275	177.201	SL
Salzgitter, Stadt	410	430	350	98.197	NI
Sankt Augustin, Stadt	470	440	290	54.285	NW
Schwäbisch Gmünd, Stadt	380	430	340	58.564	BW
Schweinfurt	370	385	385	51.851	BY
Schwerin, Landeshauptstadt	420	630	400	91.583	MV
Siegen, Universitätsstadt	470	475	225	99.403	NW
Sindelfingen, Stadt	370	360	250	61.669	BW
Solingen, Klingenstadt	475	590	255	155.768	NW
Stolberg (Rhld.), Kup- ferstadt	495	595	495	56.191	NW
Stralsund, Hansestadt	420	500	300	57.301	MV
Stuttgart, Landeshauptstadt	420	520	520	604.297	BW
Trier, Stadt	420	420	350	107233	RP
Troisdorf, Stadt	500	500	370	72.978	NW
Tübingen, Universitätsstadt	380	560	360	85.383	BW
Ulm, Universitätsstadt	360	430	325	119.218	BW

Unna, Stadt	470	762	398	58.856	NW
Velbert, Stadt	440	550	215	80.572	NW
Viersen, Stadt	450	450	330	74.907	NW
Villingen- Schwenningen, Stadt	360	425	375	81.128	BW
Waiblingen, Stadt	360	390	300	52.845	BW
Weimar, Stadt	400	400	296	63.315	TH
Wesel, Stadt	440	423	220	60.070	NW
Wetzlar, Stadt	390	460	350	51.135	HE
Wiesbaden, Landeshauptstadt	440	475	275	273.871	HE
Wilhelmshaven, Stadt	440	480	410	75.728	NI
Willich, Stadt	439	495	260	50.599	NW
Witten, Stadt	500	690	250	95.629	NW
Wolfenbüttel, Stadt	430	430	350	51.569	NI
Wolfsburg, Stadt	360	420	270	122.457	NI
Worms, Stadt	420	440	330	80.296	RP
Wuppertal, Stadt	490	620	240	343.488	NW
Würzburg	420	450	340	124.698	BY
Zwickau, Stadt	450	510	300	91.564	SN

Tabelle 4: Gewerbesteuer – Niedrigsteuergemeinden 2014
mit einem Hebesatz bis 275 %

Gemeinde	Gewerbesteuer-Hebesatz 2014	Einwohner Stand: 30.06.2014	Bundesland
Neu Zauche	200	1.110	BB
Schönefeld	200	13.789	BB
Spreewaldheide	200	482	BB
Höhenland	200	1.037	BB
Zossen	200	17.600	BB
Schönbeck	200	426	MV
Lohmen	200	713	MV
Rukieten	200	297	MV
Süderholz	200	3.946	MV
Splietsdorf	200	454	MV
Dragun	200	782	MV
Gadebusch, Stadt	200	5.507	MV
Rögnitz	200	187	MV
Königsfeld	200	971	MV
Hintersee	200	335	MV
Boock	200	587	MV
Schweickershausen	200	161	TH
Lützen, Stadt	217	8.729	ST
Rettenbach am Auerberg	230	837	BY
Wolfertschwenden	230	1.899	BY
Gallin	230	556	MV
Bosau Gr. Plöner See	240	3.404	SH
Grünwald	240	11.086	BY
Pöcking	240	5.435	BY
Gundremmingen	240	1.479	BY
Bad Wörishofen	240	14.912	BY
Wittenbeck	240	812	MV
Großheringen	240	658	TH

Eckartsberga, Stadt	244	2.404	ST
Hamfelde	250	462	SH
Lexgaard	250	56	SH
Gräfelng	250	13.248	BY
Biesenthal	250	5.592	BB
Marienwerder	250	1.753	BB
Schwerin	250	804	BB
Heckelberg-Brunow	250	682	BB
Liebenwalde	250	4.184	BB
Steinhöfel	250	4.382	BB
Breese	250	1.462	BB
Legde/Quitzebel	250	621	BB
Genzkow	250	131	MV
Beseritz	250	117	MV
Melz	250	341	MV
Priborn	250	346	MV
Gülzow	250	438	MV
Jürgenstorf	250	805	MV
Kittendorf	250	302	MV
Knorrendorf	250	651	MV
Ritzerow	250	399	MV
Penzin	250	138	MV
Buschvitz	250	238	MV
Papenhagen	250	555	MV
Weitenhagen	250	243	MV
Groß Kordshagen	250	347	MV
Jakobsdorf	250	477	MV
Lüssow	250	765	MV
Neu Bartelshagen	250	322	MV
Zarrendorf	250	1.065	MV
Schlemmin	250	273	MV

Insel Hiddensee	250	1.017	MV
Schaprode	250	440	MV
Veelböken	250	684	MV
Cramonshagen	250	472	MV
Dalberg-Wendelstorf	250	540	MV
Glasin	250	765	MV
Neu Kosenow	250	539	MV
Katzow	250	607	MV
Nostorf	250	1.196	MV
Altmärkische Höhe	250	1.970	ST
Lutter	250	720	TH
Oppershausen	250	295	TH
Eberstedt	250	210	TH
Möser	251	8.056	ST
Mechow	260	119	SH
Niendorf bei Berkenthin	260	203	SH
Strande	260	1.498	SH
Lockstedt	260	163	SH
Pullach i. Isartal	260	8.892	BY
Oberschöneegg	260	952	BY
Rammingen	260	1.519	BY
Sanitz	260	5.713	MV
Iven	260	188	MV
Laucha an der Unstrut, Stadt	260	3.010	ST
Rehna, Stadt	263	3.470	MV
Walldorf, Stadt	265	14.926	BW
Treplin	265	382	BB
Eldena	265	1.206	MV
Leuna, Stadt	266	13.906	ST
Busenwurth	270	302	SH
Krumstedt	270	519	SH

Altenhof	270	303	SH
Eching a. Ammersee	270	1.667	BY
Oberhaching	270	12.848	BY
Ilmmünster	270	2.092	BY
Aubstadt	270	736	BY
Reichenow-Möglin	270	564	BB
Stavenhagen, Reuterstadt	270	5.641	MV
Deyelsdorf	270	493	MV
Postlow	270	336	MV
Schönwalde	270	468	MV
Wallhausen	270	2.531	ST
Altenhof	273	390	MV
Hodorf	275	212	SH
Hamfelde	275	501	SH
Oststeinbek	275	8.737	SH
Schönhausen	275	238	MV

ifst-Schriften 2016 / 2015 / 2014

2016

Nr. 508 *Wagschal/v. Wolfersdorff/Andrae*, Update Gewerbesteuer und Grundsteuer: Steuerentwicklung, Steuerwettbewerb und Reformblockaden

2015

Nr. 502 *Büttner/Erbe/Hannig/v. Schweinitz*, Steuern und Abgaben im Finanzsektor II

Nr. 503 *Nehls/Scheffler*, Grundsteuerreform: Aufkommens- und Belastungswirkungen des Äquivalenz-, Kombinations- und Verkehrswertmodells

Nr. 504 *Andrae*, Grundsteuer und Gewerbesteuer: Update 2014 – Entwicklung der Hebesätze der Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern im Jahr 2014 gegenüber 2013 –

Nr. 505 *Wilmanns/Menninger/Lagarden*, Marken in multinationalen Unternehmen – Verrechnungspreisaspekte aus dem Blickwinkel des nationalen und internationalen Steuerrechts

Nr. 506 *Hey/Birk/Prinz/v. Wolfersdorff/Piltz*, Zukunft der Erbschaftsteuer, Wege aus dem Reformdilemma aus verfassungsrechtlicher, ökonomischer und rechtspraktischer Sicht

Nr. 507 Die Vorschläge zum steuerpolitischen Ideenwettbewerb

2014

Nr. 494 *Pinkernell*, Internationale Steuergestaltung im Electronic Commerce

Nr. 495 *Kahle/Hiller*, Anschaffungsnebenkosten beim Erwerb von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften

- Nr. 496 *Wagschal/Simon*, Die Steuerpolitik der neuen Legislaturperiode, Tagungsband zum ifst-Kolloquium am 5. Dezember 2013
- Nr. 497 *Roser*, Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen von Nutzungsentgelten nach § 8 Nr. 1d bis f GewStG – Konzeptionelle Grundprobleme und Lösungsüberlegungen –
- Nr. 498 *Simon*, Reformfokus Steuerbilanz, Streitpunkte und Strategien zu einer Weiterentwicklung der Steuerbilanzierung – Ergebnisbericht zum ifst-Kolloquium am 24. Februar 2014 –
- Nr. 499 *Koblenzer/Günther*, Verfassungsrechtliche Grenzen des Zugriffs auf kommunale Steuereinnahmen durch Umlagen am Beispiel der Solidaritätsumlage in NRW
- Nr. 500 *Budäus/Hilgers/Steger*, Entwicklungspfade und Reformdefizite öffentlicher Ressourcensteuerung in Deutschland – Lernen am aktuellen Beispiel Österreich
- Nr. 501 *Lenk*, Föderalismusreform III, Kritische Analyse der föderalen Finanzbeziehungen und aktuell diskutierte Reformansätze